



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Widerstand im spätkolonialen Zeitalter am Beispiel von  
Gebieten kolonialisiert durch Japan zwischen 1895 und  
1945“

verfasst von / submitted by

Katrin Nesensohn

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of  
Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2019 / Vienna, 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

A 190 313 344

Studienrichtung lt. Studienblatt /  
degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Lehramtsstudium  
UF Geschichte, Sozialkunde, Politische Bildung  
UF Englisch

Betreut von / Supervisor:

ao. Univ.-Prof. Dr. Andrea Komlosy

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>ABBILDUNGSVERZEICHNIS</b>	<b>I</b>
<b>CHRONOLOGIE</b>	<b>I</b>
<b>1. EINLEITUNG</b>	<b>1</b>
<b>2. THEORIEN UND BEGRIFFE ZUM KOLONIALISMUS</b>	<b>3</b>
<b>2.1. KOLONIALISMUS UND IMPERIALISMUS</b>	<b>4</b>
2.1.1. HERRSCHAFT	4
2.1.2. KOLONIALISMUS	6
2.1.3. IMPERIALISMUS	10
2.1.4. DER JAPANISCHE IMPERIALISMUS	14
<b>2.2. WIDERSTAND UND GEWALT</b>	<b>18</b>
2.2.1. WIDERSTAND	18
2.2.2. GEWALT	20
<b>2.3. FREIHEIT UND SOUVERÄNITÄT</b>	<b>21</b>
2.3.1. FREIHEIT	21
2.3.2. SOUVERÄNITÄT	23
<b>2.4. NATIONALISMUS UND SOZIALSTRUKTUR</b>	<b>24</b>
2.4.1. NATIONALISMUS	24
2.4.2. SOZIALSTRUKTUR	28
<b>3. VERLAUF DER JAPANISCHEN EXPANSIONSPOLITIK</b>	<b>31</b>
<b>3.1. JAPANS KOLONIALISTISCHE ANFÄNGE UND MEIJI-IMPERIALISMUS</b>	<b>32</b>
3.1.1. ÜBERBLICK ÜBER FRÜHE EXPANSIONEN	33
3.1.2. BEGINN DES KOLONIALISMUS WÄHREND DER MEIJI-PERIODE	33
<b>3.2. KRIEG GEGEN CHINA UM DIE VORHERRSCHAFT IN TAIWAN</b>	<b>36</b>
3.2.1. ERSTER JAPANISCH-CHINESISCHER KRIEG 1894–1895	37
3.2.2. FRIEDENSVERTRAG VON SHIMONOSEKI UND TAIWAN	37
3.2.3. DIE INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT	38
<b>3.3. KRIEG GEGEN RUSSLAND UM DIE VORHERRSCHAFT IN KOREA</b>	<b>39</b>
3.3.1. RUSSISCH-JAPANISCHER KRIEG 1904–1905	39

3.3.2.	VERTRAG VON PORTSMOUTH	40
3.3.3.	ANNEXION VON KOREA 1910	41
<b>3.4.</b>	<b>KOLONIALISTISCHE MILITÄRINVASIONEN UM DEN ERSTEN WELTKRIEG</b>	<b>42</b>
3.4.1.	KRIEGSERKLÄRUNG AN DEUTSCHLAND UND DIE 21 FORDERUNGEN AN CHINA	43
3.4.2.	DAS JAPANISCHE SÜDSEEMANDAT ÜBER NAN'YŌ	44
3.4.3.	EXPANSIONSVERSUCHE IN RUSSLAND	44
3.4.4.	DIE INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT	45
<b>3.5.</b>	<b>MILITÄRISCHE AGGRESSIONEN GEGEN DIE MANDSCHUREI UND CHINA</b>	<b>46</b>
3.5.1.	VON DER MANDSCHUREI ZUM MARIONETTENSTAAT MANDSCHUKUO	47
3.5.2.	DIE INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT	48
3.5.3.	ZWEITER JAPANISCH-CHINESISCHER KRIEG 1937–1945	49
<b>3.6.</b>	<b>INNEN- UND AUSSENPOLITISCHES AUFRÜSTEN ALS LETZTE PHASE DES KOLONIALISMUS</b>	<b>52</b>
3.6.1.	PAZIFIKKRIEG AB 1937	53
3.6.2.	AUFRÜSTUNG INNERHALB JAPANS	54
3.6.3.	DIE „GROSSASIATISCHE WOHLSTANDSPHÄRE“ BIS ZUM ENDE DES KRIEGES	55
<b>4.</b>	<b>WIDERSTAND GEGEN DIE JAPANISCHE KOLONIALMACHT</b>	<b>59</b>
<b>4.1.</b>	<b>TAIWAN</b>	<b>59</b>
4.1.1.	TAPANI-AUFSTAND	60
4.1.2.	UMSTÄNDE UND MOTIVATIONSGRÜNDE	62
4.1.3.	GRAD DES WIDERSTANDS ÜBER DIE KOLONIALZEIT HINWEG	64
4.1.4.	REBELLIERENDE UND KOLLABORATEURE	67
4.1.5.	KOLLABORATION STATT WIDERSTAND	68
4.1.6.	GEGENMASSNAHMEN	72
<b>4.2.</b>	<b>KOREA</b>	<b>74</b>
4.2.1.	DIE BEWEGUNG DES ERSTEN MÄRZ	75
4.2.2.	PROVISORISCHE REGIERUNG IN SHANGHAI	77
4.2.3.	UMSTÄNDE UND MOTIVATIONSGRÜNDE	81
4.2.4.	GRAD DES WIDERSTANDS ÜBER DIE KOLONIALZEIT HINWEG	83
4.2.5.	REBELLIERENDE	85
4.2.6.	VON DER AGRARREFORM ZUM WIDERSTAND	88
4.2.7.	VOM WIDERSTAND ZUR KOLLABORATION	90
<b>4.3.</b>	<b>CHINA</b>	<b>94</b>
4.3.1.	BEWEGUNG DES VIERTEN MAI	94
4.3.2.	DIE ANTIJAPANISCHEN FREIWILLIGENARMEEN DES NORDOSTENS	97

4.3.3.	UMSTÄNDE UND MOTIVATIONSGRÜNDE	100
4.3.4.	GRAD DES WIDERSTANDS	101
4.3.5.	REBELLIERENDE	103
4.3.6.	KOLLABORATION IN MANDSCHUKUO	107
<b>5.</b>	<b>CONCLUSIO</b>	<b>111</b>
<b>6.</b>	<b>BIBLIOGRAPHIE</b>	<b>114</b>
<b>7.</b>	<b>ANHANG</b>	<b>120</b>
7.1.	ABSTRACT DEUTSCH	120
7.2.	ABSTRACT ENGLISH	120

## ABBILDUNGSVERZEICHNIS

ABBILDUNG 1: DAS JAPANISCHE KAISERREICH 1870-1945	III
ABBILDUNG 2: ENTWICKLUNG DER POLIZEIZAHLEN IN TAIWAN	66
ABBILDUNG 3: ENTWICKLUNG DER POLIZEIZAHLEN IN KOREA	84

## CHRONOLOGIE

### **KOLONIEN:**

HOKKAIDO SEIT 1869

KURILEN/KURILEN-ARCHIPEL 1875–1945

RYUKYU INSELN 1879–1945 & SEIT 1972

NANPŌ INSELN 1895–1945

PENGHU INSELN/PESCADOREN 1895–1945

TAIWAN 1895–1945

MINAMI-TORISHIMA 1898–1945 & SEIT 1968

SACHALIN (SÜD-KARAFUTO) 1905–1945

PACHTGEBIET KWANTUNG 1905–1945

KOREA 1910-1945

SHANDONG – ZUVOR DEUTSCHE KOLONIE – 1914-1922

QINGDAO (STADT IN SHANDONG)

NAN'YŌ/JAPANISCHES SÜDSEEMANDAT 1919–1945

OKINOTORISHIMA 1931–1945 & SEIT 1968

### **BESETZTE GEBIETE & MARIONETTENSTAATEN:**

MANDSCHUREI BZW. MANDSCHUKUO 1931–1945

FUJIAN 1915

### **ZWEITER WELTKRIEG:**

BRITISCH BURMA

THAILAND

FRANZÖSISCH INDOCHINA (VIETNAM, KAMBODSCHA, LAOS)

PHILIPPINEN

NIEDERLÄNDISCH-INDIEN (INDONESIEN)

NEU GUINEA  
MONGOLEI  
MALAYSIEN  
CHINA  
SINGAPUR  
BURMA (MYANMAR)  
PORTUGIESISCH TIMOR (OST TIMOR)  
GUAM  
NAURU  
ATTU UND KISKA INSELN  
GILBERT INSELN (KIRIBATI)

**HERRSCHER:**

MEIJI ÄRA 1868–1912  
TAISHŌ ÄRA 1912–1926  
SHŌWA ÄRA 1926–1989

**KRIEGE:**

ERSTER JAPANISCH-CHINESISCHER KRIEG 1894–1895  
RUSSISCH-JAPANISCHER KRIEG 1904–1905  
ERSTER WELTKRIEG 1914–1918  
ZWEITER JAPANISCH-CHINESISCHER KRIEG 1937–1945  
PAZIFIKKRIEG 1937–1945

**VERTRÄGE:**

VERTRAG VON ST. PETERSBURG 1875  
JAPANISCH-KOREANISCHEN FREUNDSCHAFTSVERTRAG 1876  
VERTRAG VON TIENSIN 1885  
VERTRAG VON SHIMONOSEKI 1895  
ANGLO-JAPANISCHE ALLIANZ 1902  
VERTRAG VON PORTSMOUTH 1905  
EINUNDZWANZIG FORDERUNGEN 1915  
FRIEDENSVERTRAG VON VERSAILLES 1919  
FRIEDENSVERTRAG VON SAN FRANCISCO 1952





# 1. EINLEITUNG

Zwischen 1895 und 1945 entwickelte sich Japan zu einem mächtigen Kolonialreich. Veröffentlichungen rundum die japanische Kolonialzeit führten immer wieder zu Debatten zwischen Wissenschaftler\_innen und Politiker\_innen verschiedener ideologischer und historischer Standpunkte und Perspektiven. Insbesondere der Widerstand von betroffenen Einwohnern und Einwohnerinnen ist eines der faszinierendsten und zugleich bedeutsamsten Bereiche im Forschungsgebiet des japanischen Kolonialismus. Nach wie vor gilt es, sich sensibel mit dem Thema des Kolonialismus zu beschäftigen. Historiographie wurde jahrhundertlang aus der Perspektive der Herrschenden geschrieben, ein Wandel begann sich diesbezüglich erst spät zugunsten der Beherrschten zu entwickeln. Der Anspruch der Forschung sollte es weiterhin sein, diesen Wandel auszubauen, insbesondere bezogen auf japanischen Kolonialismus, der sich erst Großteils im 20. Jahrhundert abgespielt hatte. Lediglich eine Minderheit in der Wissenschaft betrachtet den japanischen Kolonialismus kritisch, während der Großteil unbefangen forscht, und ein Teil nach wie vor aus einer apologetischen Perspektive agiert. Das Leitmotiv dieser Arbeit besteht darin, die japanische Kolonialmacht mit ihren Handlungen kritisch zu hinterfragen, und die Fragen des Widerstands in den Mittelpunkt wissenschaftlicher Diskussionen zu rücken.

Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich diese Arbeit mit folgender zentraler Fragestellung: Existierte von Seiten der kolonialisierten Bevölkerung Widerstand gegen die japanische Kolonialmacht? Dies kann hypothetisch mit Ja beantwortet werden. Darauf aufbauend ergeben sich folgende weitere Fragen: Erstens, in welchen Gebieten fand Widerstand statt?; zweitens, welche Formen des Widerstands wurden angewandt?; drittens, welche Gründe haben dazu geführt, dass die Aufständischen Widerstand zeigten?; viertens, wie hat sich Widerstand von Beginn einer Kolonisation oder Besatzung bis zum Ende der Kolonialherrschaft entwickelt?; fünftens, welche Bevölkerungsgruppen schlossen sich dem Widerstand an?; und sechstens, welche Bevölkerungsgruppen entschieden sich für die Kollaboration mit den Herrschenden?

Die grundsätzliche Hypothese der Diplomarbeit lautet: Je besser die Kolonialisierten von den Kolonialisten behandelt werden, desto weniger Widerstand wird geleistet. Das bezieht sich darauf, wie militant ein Gebiet kolonialisiert wird, wie stark die politische,

wirtschaftliche und kulturelle Kontrolle eines Gebietes ausfällt, wie repressiv die Kolonialisten gesamtheitlich gegenüber der kolonialiserten Bevölkerung agieren, und ebenso, welche Anreize geschaffen werden, um Widerstand zu vermeiden. Hieraus kann erstens geschlossen werden, in welchen Gebieten am ehesten Widerstand geleistet wird, und zweitens, welche Gründe die Aufständischen haben, sich zu widersetzen. Denn dort wo Repression ausgeübt wird, wird mit Widerstand reagiert. Die nächste These lautet, antikolonialer Widerstand fällt in jenen Gebieten höher aus, in denen Ideale wie Nationalismus, Freiheit und nationale Unabhängigkeit etabliert sind. Bezüglich der Entwicklung des Widerstands ist die These, dass in der ersten Phase der Besatzung der Grad des Widerstands am höchsten ausfällt. Kolonialherrschaft beruht auf der Einführung von Kolonialpolitik zugunsten der Kolonialisten. Je nachdem wie drastisch die Kolonisation von der Bevölkerung wahrgenommen wird, führt die Einführung der Fremdherrschaft zu Widerstand. Spätere Generationen mögen sich eventuell gar nicht mehr an die vorkoloniale Zeit erinnern, in anderen Worten, sie haben sich an die Kolonialherrschaft angepasst. Was die Bevölkerungsgruppen einer Kolonie betrifft, wird angenommen, dass sich Arbeiter\_innen, Bauern und Bäuerinnen und Studierende tendenziell widerständig zeigen und Angehörige der Eliten, einschließlich Beamte, eher zur Kollaboration neigen. Diese These beruht auf der Annahme, dass die Elite von Seiten der Kolonialisten besser behandelt wird als der Rest – und damit der Großteil der Bevölkerung. Die Elite hat somit weniger Gründe, Widerstand zu leisten. Es wird sich im Verlauf der Arbeit zeigen, ob diese These bestätigt wird.

Mit Hilfe einer Analyse von Sekundärliteratur einschließlich einigen übersetzten Quellen, soll mit der vorliegenden Forschungsarbeit ein Beitrag für ein umfassendes Verständnis von Widerstand gegen den japanischen Kolonialismus geleistet werden. Methodisch wird folgendermaßen vorgegangen: Zunächst werden Beispiele von Widerstandsformen analysiert (jene sind von Gebiet zu Gebiet weitestgehend unterschiedlich – das schließt Aufstände, Widerstandsbewegungen, institutionelle Formen von Widerstand, Guerillagruppen u. v. m. mit ein). Darauf aufbauend wird eine Untersuchung der Umstände und Motive erstellt, welche die Aufständischen zum Widerstand leiteten. Dazu wird jeweils die politische Situation herangezogen, die der Annahme nach mit einem gewissen Grad von Unterdrückung und Repression einhergeht, und zum anderen werden unter den Aufständischen herrschende Ideale und andere persönliche Motive herangezogen. Somit

werden also äußere wie auch innere Umstände berücksichtigt. Anschließend wird die Entwicklung des Widerstands untersucht. Hierzu werden zum einen größere Widerstandsereignisse bzw. -bewegungen ausgewertet, und zwar anhand Personenzahlen, einschließlich Teilnehmenden, Verletzten, Todesopfern und eingesetzten Polizei- und Militärkräften; andererseits anhand einer zeitlichen Skala, die aufzeigt, wie lange z. B. eine Widerstandsbewegung existierte. Für zwei Gebiete werden zudem Zahlen betreffend der eingesetzten Polizeibeamten verwendet, die von Beginn bis zur Ende der japanischen Fremdherrschaft vorhanden sind. Die Anzahl der Polizeibeamten soll indirekt den Grad des Widerstands widerspiegeln, denn die These lautet, wann immer vermehrt Streitkräfte eingesetzt wurden, gab es Widerstand niederzuschlagen. Anschließend wird ebenso mittels einer Literaturanalyse untersucht, welche Bevölkerungsgruppen in welchem Maße am Widerstand und abschließend auch an der Kollaboration beteiligt waren.

Die Arbeit gliedert sich in drei Teile. Um die verwendeten Begrifflichkeiten und Theorien zu klären, werden zunächst die Begriffe Kolonialismus, Widerstand, Gewalt, Freiheit, Souveränität, und schließlich Nationalismus diskutiert und an den japanischen Kolonialismus angepasst interpretiert. Anschließend wird ein Überblick bezüglich der japanischen Expansions- bzw. Kolonialpolitik dargelegt, um Zusammenhänge mit dem Widerstand herzustellen und die Ausführungen im Kernkapitel verständlicher zu gestalten. Schließlich besteht das Kernkapitel aus folgenden drei Unterkapiteln: Taiwan, Korea – die zwei größten japanischen Kolonien – und China, welches stark beeinflusst wurde und wo im Nordosten ein Marionettenstaat errichtet wurde. In diesen Unterkapiteln wird dann jeweils die Analyse vorgenommen, die oben bereits methodisch beschrieben wurde. In der Conclusio folgt schließlich die Beantwortung der für die vorliegende Arbeit behandelten Forschungsfragen, und es wird ein Fazit gezogen.

## 2. THEORIEN UND BEGRIFFE ZUM KOLONIALISMUS

Im Folgenden werden Begriffe und Konzepte behandelt, die eng mit dem Thema des Widerstands gegen die japanische Kolonialherrschaft einhergehen. Dies bedeutet, dass zunächst allgemein die Herrschaftsformen des Kolonialismus und Imperialismus thematisiert werden. Anschließend werden Konzepte des Widerstands und der Gewalt analytisch

diskutiert. Zuletzt werden Theorien von Wertvorstellungen oder Idealen behandelt, die die Basis für den Widerstand darstellen: Freiheit, Souveränität und Nationalismus. Zuletzt gibt es einen Exkurs in die verwendeten Begrifflichkeiten bezüglich der Sozialstruktur. Die Unterkapitel sind folgendermaßen strukturiert: Zuerst werden verschiedene Theorien bzw. Definitionen über die jeweiligen Begriffe präsentiert und diskutiert, und anschließend wird erörtert und argumentiert, welche Begriffsdefinitionen – auch in den weiteren Kapiteln – im Rahmen der japanischen Kolonialepoche bevorzugt verwendet werden.

## 2.1.KOLONIALISMUS UND IMPERIALISMUS

Kolonialismus und Imperialismus werden im Allgemeinen als Herrschaftsformen verstanden. Ein Regiment beherrscht ein fremdes Gebiet. Bevor also die Definitionen des Kolonialismus und Imperialismus tiefer behandelt werden, soll zunächst ein Schritt zurückgegangen und der Begriff der Herrschaft diskutiert werden. Anschließend folgt eine Besprechung der Theorien des japanischen Kolonialismus und Imperialismus.

### 2.1.1. HERRSCHAFT

Der Brockhaus (Herrschaft 2018) definiert Herrschaft als „universell verbreitete, institutionalisierte Form der Machtausübung, der sozialen Über- und Unterordnung“. Vorrangig soll das bedeuten, dass die Beziehung zwischen Menschen, Gruppen oder Institutionen durch Ordnungsbildung strukturiert wird. Max Weber prägt den Begriff aus soziologischer Sichtweise und betont, dass der Grad des Gehorsams die Stabilität der Herrschaft bestimmt: „Herrschaft soll heißen die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden“ (Weber 1960, 42). Das meint, dass Herrschaft eher funktioniert, je höher der Grad der Legitimation ist. Gemeinsame Rechts- und Wertvorstellungen, gemeinsame Ziele von Herrschenden wie auch Beherrschten können als primäre Aspekte einer anerkannten bzw. legitimierten Herrschaft genannt werden.

Wenn man den Begriff in deutscher Sprache betrachtet, hängt er ganz offensichtlich mit dem Wort „Herr“ zusammen. Herrschaft bedeutete ab dem 13. Jahrhundert tatsächlich, dass gewisse Herren über ihre Sachen, Eigenleute oder Gebiete herrschten, seien es Stadt-, Grund-, Gerichts-, Landesherren oder andere. Zuvor schon etablierte Herrschaftskonzepte waren die Lehensherrschaft und die Hausherrschaft (Brunner, Conze, und Koselleck 2004,

2). Anders als bei den lateinischen Bezeichnungen „dominium“, „imperium“ oder „auctoritas“ zeigt der deutsche Herrschaftsbegriff erstens, dass dieser durch das Wort „Herr“ in einer patriarchalen Gesellschaft geformt und benutzt wurde, und zweitens, dass der Begriff vielfältig in sozialen, politischen, rechtlichen und auch theologischen Kontexten verwendet wurde, wie bspw. „Herr“ als Synonym für „Gott“ verwendet wurde.

Modelle der Herrschaft – die Historiographie beschränkt sich hier nach wie vor auf Europa – wurden beispielsweise von Augustin oder Thomas von Aquin schon in der Antike niedergeschrieben. Henisch fasste den Begriff während der frühen Neuzeit als Knechtschaft, als christlicher Dienst. Friedrich der Große entzog dem Begriff im 18. Jahrhundert die christlich-personale Komponente, und fasste Herrschaft als generelle Funktionsbestimmung: Nur der Fürst hatte „der erste Diener des Staates“ zu sein (vgl. Brunner, Conze, und Koselleck 2004b, 3). Während der Industrialisierung entwickelte sich die Klassenherrschaft der Bourgeoisie im konstitutionellen oder liberalen Verfassungssystem, welche weder von Karl Marx noch von Lorenz von Stein als Herrschaft von einzelnen Personen verstanden wurde. So identifizierte Marx die „herrschenden Gedanken [einer Gesellschaft als Ausdruck] der herrschenden Klasse“ (vgl. Brunner, Conze, und Koselleck 2004b, 4).

Der Begriff der Herrschaft hat zusammengefasst jegliche Eindeutigkeit verloren. Ob man Herrschaft in einem Gefüge aus Personen oder Institutionen erfasst, ob Tabuisierung bevorzugt wird oder Ideologiekritik erlaubt ist, oder ob faktische oder abstrakte Systeme analysiert werden – bezüglich der Herrschaft gibt es keinen gemeinsamen Nenner. In dieser Arbeit wird der Begriff Herrschaft im Rahmen eines politischen Staates verwendet. Dieser politische Staat – Japan – zählte in der Zeit zwischen 1895 und 1945 als Königreich. Obwohl natürlich faktisch klar ist, dass die Kaiser in erster Linie über seine eigene Bevölkerung herrschte, liegt der Fokus in dieser Arbeit auf den von Japan besetzten und annektierten Gebieten und deren Einwohner und Einwohnerinnen. Auch die beherrschten Gebiete, die bis dahin anderen Staaten angehörten oder eigene Staaten darstellten, lassen sich nicht in eine Kategorie fassen. Gebiete wurden (wie in Kapitel 3 behandelt wird) besetzt, kolonialisiert oder zu Marionettenstaaten degradiert. Das bedeutet, dass die Herrschaft in institutionellem Sinne stattfand, weil (in unterschiedlichem Ausmaß) die Verwaltung von den Japanern direkt oder indirekt eingenommen wurde. Japanische Kontrolle in der Verwaltung in beherrschten Gebieten bedeutete beispielsweise Entscheidungen zugunsten Japans über die lokalen

Behörden wie der Polizei zu tätigen, oder jeglichen Sprachunterricht abgesehen von Japanisch in Schulen zu verbieten. Der Begriff Herrschaft wird in dieser Arbeit also als Machtinstrument der herrschenden Seite – Japan – über die beherrschte Seite – besetzte und kolonialisierte Gebiete – verwendet. Zweck dieser Herrschaft dient demnach den Interessen der Herrschenden.

### 2.1.2. KOLONIALISMUS

Nicht nur der Herrschaftsbegriff, auch der Kolonialismusbegriff ist geprägt von Unterschiedlichkeit und Uneindeutigkeit. Das liegt schon alleine an den geographischen Ausmaßen, da der Kolonialismus zu einem weltumspannenden Phänomen geworden war. Auch die temporale Ausdehnung vom 14. bis zum 20. Jahrhundert macht es nicht einfacher den Kolonialismusbegriff zu erfassen. Um diese Ausmaße kurz faktisch darzustellen: Mehr als die Hälfte der Welt war nach dem Ersten Weltkrieg in europäischem Kolonialbesitz und zwei Fünftel der Weltbevölkerung wurden von Kolonialisten beherrscht (Pelizaeus 2008, 15). An dieser Stelle soll betont werden, dass die Begriffsdiskussion um den Kolonialismus sich einerseits stark auf den westlichen Kolonialismus bezieht, und zwar aus dem Grund, dass europäische Mächte jahrhundertlang die größten Kolonialisten waren. Andererseits wird am Ende des Unterkapitels erklärt, inwiefern der Kolonialismusbegriff in Bezug auf Japan bzw. Ostasien zwischen dem 19. und 20. Jahrhunderts angewandt wird.

„[E]ine auf Erwerb, Ausbeutung und Erhaltung von Kolonien gerichtete Politik und die sie legitimierende Ideologie; Fremdherrschaft mit spezifischen Strukturen“ soll laut dem Brockhaus Kolonialismus definieren (Kolonialismus 2019). Die Enzyklopädie benutzt, aber erklärt nicht den zusammenhängenden Begriff der Kolonie. Laut Osterhammel und Jansen (2012, 8) und Pelizaeus (2008, 19) bedeutet eine *Kolonisation* den „Prozess der Landnahme“, eine *Kolonie* bezeichnet „die Entstehung eines speziellen Siedlungstyps“ bzw. „eine Art von politisch-gesellschaftlichem Personenverband“, und der *Kolonialismus* schließlich bezieht sich auf das Herrschaftsverhältnis. Jene drei Begriffe sind also Teil eines Expansionsprozesses, der über den angestammten Lebensraum einer Gesellschaft hinaus geht. Osterhammel und Jansen (2012, 9ff) klassifizieren hier sechs verschiedene Expansionsvorgänge: Totalmigration, massenhafte Individualmigration, Grenzkolonisation, überseeische Siedlungskolonisation, reichsbildende Eroberungskriege und Stützpunktvernetzung. Als Expansionsvorgang

entschied sich das Japanische Kaiserreich einerseits für *Eroberungskriege*, aber auch für die *Stützpunktvernetzung*. Die reichsbildenden Eroberungskriege werden kategorisiert durch die „Errichtung der Herrschaft eines Volkes über ein anderes“ und durch den Erhalt eines imperialen Zentrums, wobei die militärische Expansion sich größtenteils durch Ressourcen an Ort und Stelle erhält (Osterhammel und Jansen 2012, 13). Japan wählte also Eroberungskriege für seine Expansionsambitionen. Detailliert beschrieben werden jene Expansionskriege in Kapitel 3. Ein zentraler Teil der japanischen Expansionspolitik war aber auch die Stützpunktvernetzung, welche als maritime Expansionsform insbesondere Handelsinteressen sichern sollte. Ein wichtiger Stützpunkt für Japan war beispielsweise die Hafenstadt Port Arthur (Lüshunkou), die in den 1890er von Russland und Japan umkämpft wurde und vom Qing-Reich 1898 an Russland verpachtet wurde, aber 1905 nach dem Sieg Japans im Russisch-Japanischen Krieg als Vertragshafen an Japan abgetreten wurde (Wilson und Cribb 2017, 79).

Weiters unterscheiden Osterhammel und Jansen (2012, 16ff) nicht nur zwischen Formen von Kolonisationen, sondern auch von Kolonien. Sie differenzieren zwischen Beherrschungskolonien, Stützpunktkolonien und Siedlungskolonien. Die von Japan beherrschten Gebiete, wie beispielsweise Taiwan, Korea und die Mandschurei können als *Beherrschungskolonien* klassifiziert werden. Beherrschungskolonien sind „meist Resultat militärischer Eroberung“. Die Zwecke einer Beherrschungskolonie sind vielfältig: „wirtschaftliche Ausbeutung“ wie z.B. „durch [Errichtung] von Handelsmonopolen“, „strategische Absicherung imperialer Politik“, und auch „nationaler Prestigegewinn“. Jene Zwecke der japanischen Kolonialpolitik werden in der Zeit zwischen 1895 und 1945 alle ersichtlich.

Osterhammel und Jansen (2012, 21) definieren Kolonialismus folgendermaßen:

Kolonialismus ist eine Herrschaftsbeziehung zwischen Kollektiven, bei welcher die fundamentalen Entscheidungen über die Lebensführung der Kolonisierten durch eine kulturell andersartige und kaum anpassungswillige Minderheit von Kolonialherren unter vorrangiger Berücksichtigung externer Interessen getroffen und tatsächlich durchgesetzt werden. Damit verbinden sich in der Neuzeit in der Regel sendungsideologische Rechtfertigungsdoktrinen, die auf der Überzeugung der Kolonialherren von ihrer eigenen kulturellen Höherwertigkeit beruhen.

Somit bezeichnen sowohl Pelizaeus als auch Osterhammel den Kolonialismus als Herrschaftsverhältnis bzw. -beziehung. Osterhammel stellt dabei den Kulturaspekt in den

Mittelpunkt und meint, dass die kulturelle Andersartigkeit der Kolonialisten den Kolonisierten aufgezwungen wird. Aus der Perspektive der Kolonialisten diente der Kulturaspekt als Rechtfertigung für die Kolonisation. Es ist an dieser Stelle hervorzuheben, dass besonders Japan sich der Rhetorik bediente, dass sie „kulturell höherwertig“ waren (Osterhammel und Jansen 2012, 21). Während Kultur und Fremdbeherrschung wichtige Eckpunkte des Kolonialismusbegriffs sind, ist der Wirtschaftsaspekt nicht weniger wesentlich.

Wie Pelizaeus (2008, 16) feststellt, war die Entwicklung des Kapitalismus eine tiefgreifende Ursache für den Kolonialismus. Wenn man dem Wort etymologisch nachgeht, findet man den lateinischen Begriff „colonus“, welcher auf Deutsch sowohl Siedler als auch Bauer und Landwirt bedeutet (Colonus 2019). Die Nutzung von Land und das Entwickeln und Erhalten einer Handelsbeziehung – allerdings mit ungleichem Rechtsstatus beider Seiten – waren primäre Motive der Kolonialmächte. Bei Siedlungskolonien sollten durch Siedlungen Kolonien entstehen, und in jenen Kolonien sollte möglichst günstig produziert werden. Das war beispielsweise durch Sklaverei möglich oder durch Arbeiter\_innen, die an lange Verträge gekettet waren (was unter „indentured labour“ bekannt ist). Sowohl Rohstoffe als auch Plantagenprodukte wurden aus den Kolonien exportiert, was wiederum zum Aufschwung im Heimatland der Kolonialisten führte. Umgekehrt wurden die Kolonien zu einem Absatzmarkt für die verarbeiteten Endprodukte. Pelizaeus (2008, 17) bezeichnet den Kolonialismus in diesem Sinne als „Hebamme des Kapitalismus“. Durch den Prozess des Kolonialismus wurden also bestimmte Gebiete, deren Rohstoffe sowie Einwohner\_innen und auch deportierte Sklav\_innen ausgebeutet wurden, um im Mutterland damit Profit zu schlagen.

Nun werden die verschiedenen Arten einer Wertschöpfung in der Verarbeitungsindustrie und politischen Steuerung betrachtet. Das meint in erster Linie, auf welche Techniken herrschende Länder zurückgriffen um ihre ökonomischen Interessen abzusichern. Dazu unterscheidet man im Allgemeinen zwischen *informeller* und *formeller Herrschaft*. Wendt (2016, 265) beschreibt in seinem Überblickswerk, dass der informelle Kolonialismus auf ungleichen Verträgen basierte. Erstens entstanden die ungleichen Verträge aus einer extrem ungleichen Machtverteilung, und zweitens begünstigte auch das festgeschriebene Resultat nur eine der Vertragsparteien. Japan war Mitte des 19. Jahrhundert

des Öfteren benachteiligt in Verträgen mit westlichen Großmächten. Allerdings änderte sich dies nach und nach: Ein Beispiel seitens Japans war der Japanisch-Koreanische Freundschaftsvertrag von 1876, der klar die japanische Seite bevorzugte. Typische ungleiche Verträge erwirkten die „Öffnung von Häfen, die Aufnahme von Handelsbeziehungen und die Einrichtung von diplomatischen Vertretungen“ (Wendt 2016, 265). Die ökonomischen Vorteile beinhalteten zudem auch Zollvergünstigungen und Steuervorteile. Außerdem erlaubten die ungleichen Verträge den Angehörigen der Kolonialisten meist, sich frei im Land zu bewegen, sich anzusiedeln, Grund anzukaufen und oft auch zu missionieren. Teilweise wurde auch die Ausübung hoheitlicher Rechte ermöglicht, insbesondere bezüglich Steuern, Monopole, und Gerichtsbanken.

Bei einer formellen Herrschaft lag die Macht unabhängig von Verträgen auf der Seite der Kolonialmacht, und die beherrschten Gebiete unterlagen den Entscheidungen der Zentralmacht der imperialen Metropole. Wendt (2016, 268) differenziert weiter zwischen verschiedenen Arten eines „formal empire“: diese bestanden oft neben „klassischen“ Kolonien aus „dominions“, Protektoraten, Völkerbundmandaten und weiteren Rechtskonstruktionen. Jene Formen existierten auch unter japanischer Herrschaft: unter anderem das Protektorat in Korea, oder das Japanische Südseemandat, welches ein Mandat vom Völkerbund war, mit dem die Japaner über die Nan'yō-Inseln regieren konnten.

Überdies wird auch zwischen einer *indirekten* und *direkten Herrschaft* unterschieden. „Direct rule“ ging mit dem Ziel einer möglichst weitgehenden kulturellen und sprachlichen Assimilation des beherrschten Gebietes einher. Die französischen und portugiesischen Kolonialmächte beispielsweise hielten an einer direkten Herrschaft fest. In den von Portugal besetzten afrikanischen Gebieten wurden von den obersten bis zu den untersten Verwaltungsebenen portugiesische Beamte eingesetzt. Zumindest auf Kommunalebene in Dörfern konnte die gebürtige Elite ihre Mitbestimmung wahrnehmen (Wendt 2016, 268).

Die Form der indirekten Herrschaft zog es vor, durchwegs heimische Eliten in koloniale Verwaltungstätigkeiten einzubinden und die Landesstrukturen aufrechtzuerhalten. Neben Japan pflegte u. a. auch die niederländische Kolonialmacht die indirekte Herrschaft. In Indonesien beispielsweise wurden neben den indigenen Fürsten niederländische Residenten eingesetzt. Deren Rolle war es, die indonesischen Regenten in allen Bereichen zu kontrollieren – also indirekt zu herrschen. Die „indirect rule“ versuchte also die Strukturen vor

Ort beizubehalten und den indigenen Eliten Mitbestimmungsrecht einzuräumen, aber der Wahrheit entsprechend waren sie dennoch abhängig von den Entscheidungen der Kolonialverwaltung (Wendt 2016, 268). Nur den Eliten räumte man Mitspracherecht, berufliche Posten und weitere Vorteile ein. Dementsprechend lässt sich daraus ableiten, dass Kolonialismus und dessen politische Steuerung nicht nur auf die Ausbeutung Indigener oder deren Ressourcen abzielte, sondern dass die Kolonisten zusätzlich zwischen sozialer Herkunft der Beherrschten unterschieden. Die Diskriminierungsmechanismen waren also nicht nur ein-, sondern mehrdimensional.

### 2.1.3. IMPERIALISMUS

Obwohl sowohl Kolonialismus als auch Imperialismus Herrschaftsformen sind, die mit Fremdbeherrschung verbunden werden, muss hier sehr wohl zwischen den beiden Begriffen unterschieden werden. Beide Begriffe involvieren ein bestimmtes Maß an wirtschaftlicher und politischer Kontrolle über ein abhängiges Gebiet. Betrachtet man die Etymologie der Wörter, wird der Unterschied klarer. Wie bereits erwähnt entspringt der Kolonialismus vom lateinischen Wort „*colonus*“ und bedeutet Landwirt oder Siedler. Das erinnert daran, dass Kolonisationen oft mit einer Siedlung in ein neues Gebiet und dem Aufbau bzw. Erhalt ungleicher Handelsbeziehung verbunden waren. Imperialismus aber stammt vom lateinischen „*imperium*“ und bedeutet Befehlsgewalt. Beim Imperialismusbegriff steht deshalb die Herrschaft eines Landes über ein anderes im Fokus, sei es durch Siedlungen, durch Souveränität oder durch indirekte Herrschaftsmechanismen (Kohn und Reddy 2017).

Auch der Imperialismusbegriff kann nicht mit einer einzigen konkreten Bedeutung bestimmt werden, da der Imperialismus in verschiedensten Formen über die Geschichte hinweg existiert hat. Je nachdem, ob man sich beispielsweise mit dem Römischen Imperium in der Antike auseinandersetzt oder das Britische Imperium in der Neuzeit analysiert, entstehen unterschiedliche Definitionen von Imperialismus. Lichtheim beispielsweise (1971) beginnt seine Imperialismusanalyse mit dem Römischen Reich. Diese Arbeit beschäftigt sich aber mit Japanischem Imperialismus, welcher historiographisch mit dem Chinesisch-Japanischen Krieg 1894-95 begann und tendenziell mit modernem westlichem Imperialismus verglichen wird. Im folgenden Abschnitt werden Imperialismustheorien veranschaulicht und mit dem Japanischen Imperialismus verglichen.

1902 charakterisierte Hobson (*Imperialism: a study* (1902) vgl. 2004, 216) den wirtschaftlichen Imperialismus, da dieser während einer bestimmten Phase einer ökonomischen Entwicklung in westlichen Gesellschaften entstehen sollte. Hobson (1972, 8) identifizierte die Wurzel des Imperialismus in der Überproduktion, die zu einem Kapitalüberschuss führt, der angelegt werden sollte:

Overproduction in the sense of an excessive manufacturing plant, and surplus capital which could not find sound investments within the country, forced Great Britain, Germany, Holland, France to place larger and larger portions of their economic resources outside the area of their present political domain, and then stimulate a policy of political expansion so as to take in the new areas.

Hobson besagte weiters, dass in erster Linie Investoren wie Banker und Geldgeber am meisten vom Imperialismus profitieren würden. Jene Finanzinvestoren würden sich Unterstützung von Unternehmen erarbeiten und sie mit Erwartungen wie profitablen Geschäften und lukrativen Investitionsmöglichkeiten anlocken. Zu jenen Nutznießern der Investoren zählen auch jene, die sich Posten im Militär oder in der Kolonialverwaltung erhoffen, jene, die dort handeln, jene die Waffen für Kolonialkriege produzieren und jene, die Kapital für Transport und Infrastrukturentwicklung bereitstellen. Das ist ein Muster, das auch im Japanischen Imperialismus zu erkennen ist. Besonders die Elite der kolonialisierten Seite war durch die Schaffung von Positionen in der Kolonialverwaltung bzw. -politik bereit zur Kooperation mit den Kolonialisten.

Rosa Luxemburg veröffentlichte in ihrem 1913 erschienen Werk „Die Akkumulation des Kapitals“ ebenfalls eine bedeutsame Imperialismustheorie. Luxemburg (2012, 368) fokussierte sich bei der Begriffsanalyse auf den Konkurrenzkampf zwischen kapitalistischen Mächten: „Der Imperialismus ist der politische Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus.“ Weiters warf sie eine Frage auf, ähnlich wie Hobson, der meinte, dass Imperialismus in den ökonomisch führenden Zentren der Weltwirtschaft entsteht: „Der Imperialismus ist ebenso sehr eine geschichtliche Methode der Existenzverlängerung des Kapitals [...]“, aber widerspruchsvoll fügte sie hinzu, dass der Imperialismus auch „das sicherste Mittel, dessen [Kapital] Existenz auf kürzestem Wege objektiv ein Ziel zu setzen“ (Luxemburg 2012, 684). Sie betrachtete somit den Imperialismus sowohl als Höhepunkt als auch als Schlussphase des Kapitalismus. Im japanischen Fall (wie

auch in westlichen Fällen) des modernen Imperialismus hat sich Luxemburgs Analyse als unzutreffend herausgestellt. Nach dem Ende des Japanischen Kaiserreiches mit all seinen Kolonien und besetzten Gebieten verstärkte sich die Entwicklung des japanischen Kapitalismus bekannterweise eher, als dass dessen Existenz zu Ende ging.

Auch Lenins Analyse der Thematik schlug in dieselbe Richtung. In seinem 1917 publizierten Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ bezeichnete Lenin den Imperialismus als monopolistisches Endstadium des Kapitalismus (Lenin 1960, 271):

Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.

Das heißt, das Wachstum der Industrie schreitet so schnell voran, dass der Binnenmarkt die Produkte nicht mehr selbst aufnehmen kann. Die freie Konkurrenz führt zu Konzentration von Produktion, und diese führt wiederum zu Monopolen und Kartellen, die die Erhaltung von Profiten im Rahmen von geschützten Märkten bieten, woraus ein Überschusskapital resultiert. Jenes Überschusskapital dafür zu nutzen, den Lebensstandard der Bevölkerung zu steigern, würde wiederum zu sinkendem Profit führen. Dementsprechend scheint es für die westlichen Kapitalisten vorteilhafter in Gebiete zu exportieren, in denen der Profit höher ausfallen sollte – weil dort das Kapital rar, die Arbeitskraft billig und Rohstoffe günstig sein sollten. Dies sollte in jenen Gebieten besonders einfach umzusetzen sein, die politisch abhängig waren, also beispielsweise in Kolonien oder Protektoraten. Politische Dominanz sichert die Grundvoraussetzungen für Investment: den Aufbau von Eisenbahn(linien) und Häfen, die Schaffung sowohl von Finanzstabilität, also auch Recht und Ordnung (Lenin vgl. in Beasley 1987, 2). Lenins Ausführungen über den Imperialismus sind zumindest mit einzelnen Aspekten des Japanischen Imperialismus zu vergleichen. Mit dem Erobern und Besetzen wurden unter anderem Eisenbahnlinien und Häfen erbaut oder angeeignet – ein klassisches Merkmal in Lenins Imperialismustheorie.

Trotzdem lässt sich die japanische Expansionspolitik nicht komplett mit Lenins Analysen gleichsetzen. Langer (vgl. Beasley 1987, 3) identifizierte 1935, aus welchen Beweggründen Großmächte ihr wirtschaftliches Handeln zogen. Wirtschaftliche Motive

waren laut Langer viel eher mit Schutz verbunden, als mit dem Vergrößern von Märkten und Investment-Möglichkeiten. Er zog deshalb internationale Konkurrenz als wesentlichen Grund für seine Imperialismustheorie heran. Im Speziellen bezog er sich auf die Rivalitäten, die sich als Antwort auf die hegemoniale Rolle des British Empire zwischen den sich industrialisierenden Staaten entwickelten.

Nolte (2017, 354) besagt wiederum, dass während des Imperialismus im Zuge des Zentrum-Peripherie-Handels keine durchschnittlich höheren Gewinne gemacht wurden, als im Kern-Kern-Handel. Jedenfalls liegen hier keine Belege vor. Nolte bezieht sich auf eine 1916 publizierte Studie von Lenin, die folgende These enthält: Beide Handelsarten (Zentrum-Peripherie und Zentrum-Zentrum) wiesen sowohl außerordentliche Gewinne als auch außerordentliche Verluste vor. Ein anderer Zusammenhang verschärfte laut Nolte (2017, 354) die Ungleichheiten zwischen Zentrum und Peripherie. Oft wird und wurde die Verfügung über Rohstoffe als Reichtum verstanden, obwohl ein höherer und vor allem permanent wachsender Teil der Wertschöpfung erst in der Verarbeitung passiert. Je stärker sich Wirtschaft durch zunehmende Arbeitsteilung entwickelt, desto mehr nimmt die Wertschöpfung der Rohstoffe prozentuell ab. Daraus kann geschlossen werden, dass bei gleicher Gewinnquote das Kapital der Fertigwaren produzierenden Länder kontinuierlich wächst. Auch sollte betont werden, dass in der Produktion von Rohstoffen oft weniger wirtschaftliches Knowhow anfällt als in der Fertigwarenproduktion (Nolte 2017, 354). Von Rohstoffproduzenten kann versucht werden, Monopole zu errichten, um die Preise hoch zu halten; daraufhin werden Fertigwarenproduzenten versuchen, diese Monopole zu verhindern. In der Regel funktioniert ökonomische Macht in diesen Prozessen auf Dauer nicht ohne den Einsatz von politischer und nicht selten militärischer Macht (Findlay und O'Rourke vgl. Nolte 2017, 355).

Die Imperialismuskussion hat sich soweit auf wirtschaftliche Elemente fokussiert. In der Fülle der Theorien, die zum Imperialismus aufgestellt wurden, existieren auch solche, die weit weniger bzw. gar nicht ökonomisch sind. Carlton Hayes (vgl. Beasley 1987, 3) beispielsweise, sah 1941 den Imperialismus als „ein nationalistisches Phänomen“ auf der Suche nach Prestige im Ausland. Er besagte, dass Großmächte aus politischen Gründen kolonialisierten, und dass die wirtschaftliche Rechtfertigung nachträglich geltend gemacht wurde. Ein weiteres Argument in jene Richtung gehend kam kurz nach dem Ersten

Weltkrieg von Joseph Schumpeter. Imperialismus wäre „die objektlose Disposition eines Staates zu gewaltsamer Expansion ohne angebbare Grenze“ (vgl. Beasley 1987, 5). Demnach wäre Imperialismus kein direkter Ausdruck des Kapitalismus, sondern eher etwas Atavistisches. Schumpeter bezog sich dabei auf den sich fortschreitenden Einfluss des Militärs und der grundbesitzenden Elite auf die Gesellschaft. Jene Gruppen führten eine Ideologie der Bourgeoisie weiter, die Elemente des Protektionismus und der territorialen Expansion beinhaltete. Mit anderen Worten, wo Luxemburg und Lenin den Imperialismus einerseits als Folge und andererseits als Höhepunkt des Kapitalismus sahen, schrieb Schumpeter den Imperialismus einer Phase der Unreife des Kapitalismus zu. Schumpeter vernachlässigt aber, dass das Kapital eine Allianz mit der jeweiligen Staatsmacht braucht, und beide Seiten daher kein Widerspruch darstellen, sondern sich gegenseitig ergänzen.

#### 2.1.4. DER JAPANISCHE IMPERIALISMUS

Der Japanische Imperialismus besaß sowohl Elemente von Schumpeters Analyse wie auch von marxistischen Imperialismustheorien. Die sozialen und ökonomischen Veränderungen, die es Japan ermöglichten zu kolonisieren, können jedenfalls der Entwicklung des Kapitalismus im Land zugeschrieben werden. 1934 veröffentlichten Tanin und Yohan eine tiefgehende Analyse des Japanischen Imperialismus mit dem deutschen Übersetzungstitel „Japan rüstet zum großen Krieg“ (Tanin und Yohan 1936). Sie stellten fest, dass die erste Phase der japanischen Expansionspolitik nach 1894 durch das Bestreben der Samurai entstanden war. Die Samurai-Ideologie beinhaltete, den japanischen Einfluss auf das asiatische Festland auszuweiten, vor allem um Widerstand gegen den „weißen Imperialismus“ zu leisten. Im Vertragshafensystem, welches vom British Empire geleitet wurde, war Japan tatsächlich in einer unterworfenen Position. Bis zum Russisch-Japanischen Krieg 1904–05 waren die expansionspolitischen Handlungen Japans *kein* direktes Produkt des Kapitalismus, sondern ein opportunistischer Versuch, seine „primitive kapitalistische Akkumulation“ zu steigern um die Stärke des Landes auszubauen (Tanin und Yohan, vgl. Mayo 1970, 69). Nach 1905 wurden die Imperialismus-Motive viel offensichtlicher von einer japanischen Kapitallogik bestimmt, wobei die Basis immer noch eine Allianz zwischen dem Militär und der Bourgeoisie im Rahmen der Monarchie war. Diese Balance der politischen Kräfte zeigte, dass die vorherige bürgerliche Revolution unvollständig war. Tatsächlich wurde die

Modernisierung im späten 19. Jahrhundert (bekannt als Meiji-Restauration) gesellschaftlich nur akzeptiert, weil ein Kompromiss zwischen den modernisierenden Bürokraten und der damals feudalen herrschenden Klasse geschlossen wurde. Aus diesem Grund war es für die Bourgeoisie unmöglich, die feudalen Strukturen in der Landwirtschaft komplett aufzugeben. Dadurch wiederum gab es nur eine geringe Kaufkraft und das Wachstum der japanischen Binnenwirtschaft blieb eingeschränkt. Die Industrie war daher mehr oder minder gezwungen, auswärts nach Märkten zu suchen. Tanin und Yohan (vgl. Mayo 1970, 74) kamen zum Punkt, dass der Japanische Imperialismus deshalb „unreif“ war, weil er sich mehr auf Handel und Rohstoffquellen bezog als auf Kapitalexport.

Tanin und Yohans Analyse wurde von japanischen marxistischen Theoretikern weiter ausgeführt oder verändert, jedenfalls aber nicht verworfen. In einem 1956 publizierten Artikel beschrieb Fujii Shoichi den Japanischen Imperialismus vor 1904 als feudal, militärisch und abhängig. Der Japanische Imperialismus, schrieb er, war ein Produkt des traditionellen Bestrebens des Kaiserhauses nach territorialer Ausweitung, verstärkt durch die Entstehung des industriellen Kapitalismus. Durch Kriegsprofite, Reparationszahlungen und die Öffnung von neuen Märkten entwickelte sich der japanische Kapitalismus schnell und erfolgreich. Besonders größere Unternehmen, die *zaibatsu*, welche in enger Verbindung mit der Regierung standen, entwickelten sich zügig in Monopolbetriebe. Exakt jene Unternehmen trieben ab 1905 die wirtschaftliche Expansion in Übersee an. Der Finanzkapitalismus blieb aber schwach. Dementsprechend war der Japanische Imperialismus in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg durch eine Bündelung von Macht in den Händen des Militärs charakterisiert, und zeigte sich abhängig und eingeschränkt von Imperialismen anderer Großmächte (Fujii vgl. Mayo 1970, 69–73).

Als Resultat seiner Analyse identifizierte Fujii (vgl. Mayo 1970, 73) zwei unterschiedliche Ursachen des Imperialismus im modernen Japan. Ein Grund war innenpolitisch: die absolutistische Allianz zwischen Bürokraten, Grundbesitzern und der Bourgeoisie, welche die japanische Bevölkerung in deren Abhängigkeit hielt. Die zweite Ursache war international: das Bedürfnis Japans, sich an eine kapitalistische und imperialistische Weltstruktur anzupassen, um sich selbst als entwickelten Zentrumsstaat definieren zu können. Inoue Kiyoshi, einer der einflussreichsten marxistischen Historiker auf diesem Gebiet, assoziierte Fujiis zwei Konzepte mit den internen und externen Formen des

Imperialismus, welche laut Lenin auch im zaristischen Russland existierten. So sollte erstens die zaristische Autokratie über die russische Bevölkerung bewahrt werden, und zweitens sollte die russische Macht in Persien, der Mongolei und der Mandschurei ausgeweitet werden (Kiyoshi vgl. Halliday 1975, 111–13).

Inoue Kiyoshi, wie viele Theoretiker zuvor, sah ebenfalls den Russisch-Japanischen Krieg als Wendepunkt von einem vormodernen feudalistischen Imperialismus zu einem modernen Imperialismus. Allerdings behandelte er Japans Teilhaberschaft am westlichen Imperialismus als Teil einer kapitalistischen Phase. Kiyoshi argumentierte, dass Japan als Vertretung für den angloamerikanischen Imperialismus gegen Russland in den Krieg zog, um die zukünftige Ausbeutung in Asien für die angloamerikanischen Mächte zu erleichtern. Japan wurde anschließend mit wirtschaftlichen Privilegien vergütet, was wiederum den Einfluss der Kapitalisten im Land selbst verstärkte. Trotzdem bedeutete das keinen Rückgang der Macht des japanischen Militärs. Im Gegenteil: dessen Befehlsgewalt stieg, weil es durch internationale Konkurrenz neue Schlüsselrollen in der Verteidigung der Kolonien einnahm. Und obwohl die *zaibatsu* nicht komplett mit den expansionspolitischen Ansichten der Armee übereinstimmten, profitierten genau jene Unternehmen von den Militärausgaben und schützten mithilfe von Militärgewalt den Zugang zu Märkten in Übersee. Demzufolge blieb das Bündnis zwischen Militär und Bourgeoisie stabil. Folglich war auch nach 1905 die japanische Gesellschaftsordnung keine, die einem Endstadium bzw. Höchststadium des Kapitalismus (in seiner westlichen Art) glich.

Somit kann zusammengefasst werden, dass der Japanische Imperialismus diesbezüglich nicht mit der Kapitalismusanalyse Lenins und Luxemburgs verbunden werden kann. Wenn man Schumpeters Theorie heranzieht, kann argumentiert werden, dass die Schwäche der Bourgeoisie während der Meiji-Restauration im 19. Jahrhundert dazu führte, dass sich der politische Einfluss des Militärs signifikant verstärkte. Weiters fühlte sich Japan von der imperialistischen Weltstruktur bedroht bzw. angetrieben, selbst in jene Richtung zu arbeiten. Japan entwickelte sich also zu einem illegitimen Nachkommen des westlichen Kapitalismus, mit internationaler Rivalität als Geburtshelferin, wie Beasley (1987, 9) treffend vergleicht. Diese Art von Eklektizismus führt dementsprechend zu Überschneidungen von marxistischen und nicht-marxistischen Interpretationen der japanischen Expansionspolitik. Die Letzteren erkennen ebenso die Wichtigkeit des Militärs und die internationalen Rahmenbedingungen

als Gründe für das Handeln Japans an. Auch wird akzeptiert, dass der japanische Kapitalismus schwach war und dadurch der Japanische Imperialismus mitimpliziert wurde.

Eine nicht-marxistische Theorie wurde beispielsweise von Jansen aufgestellt. Er betonte, dass die imperialistischen Ambitionen eine Reaktion auf das sich entwickelnde Bewusstsein waren, dass die Welt eine imperialistische war. „[M]ost articulate Japanese were prepared to accept the argument that Darwinian selection and competition in the international order made imperialist expansion the expected path for a vigorous and healthy polity that expected to compete” (Jansen 1984, 66). Ob die Darwin'sche natürliche Selektion tatsächlich durch imperialistisches Handeln ermöglicht wurde, sei dahingestellt, zumindest führte der Japanische Imperialismus zu einer Überlegenheit ihrer Seite. Jansen jedenfalls war davon überzeugt, dass sowohl die Monarchie, Religion, der sich entwickelnde Parlamentarismus, als auch die breite Gesellschaft diese Ansicht akzeptierte bzw. guthieß. Eine klare Opposition wurde nur von einer kleinen marginalen Gruppe der Gesellschaft gestellt, von Sozialist\_innen und romantischen Idealist\_innen, so Jansen. Demzufolge wurde Imperialismus zur sozialen Norm in der japanischen Öffentlichkeit (Jansen vgl. Beasley 1987, 9f).

Akira Iriye (1972; 2015) betrachtete die Thematik wesentlich differenzierter und stellte klar, dass sich die Motive für das expansionspolitische Handeln über die Zeit hinweg veränderten. Er identifizierte in erste Linie wirtschaftliche Beweggründe: Japan versuchte sich durch Handel und Emigration international zu positionieren. Andere Gründe waren militärisch und territorial: das Streben nach Macht durch die Erlangung direkter Kontrolle über Boden und Ressourcen. Während der frühen Phase des Japanischen Imperialismus existierten zwei Aspekte zur selben Zeit. Als die japanische Industrie wuchs, vor allem während des Ersten Weltkriegs, wurde den wirtschaftlichen Zielen Vorrang gegeben. Einerseits wurden jene Ziele in Konkurrenz mit anderen Mächten verfolgt, andererseits verstand man sich in einem globalen Rahmen, in dem sich sowohl Japan als auch die anderen aneinander anpassten. Erst nach der Weltwirtschaftskrise 1929 entschied sich Japan dazu, diese Form der internationalen Kooperation aufzugeben. Japan entwickelte laut Iriye Ängste, und begann sich in einer Art nationalen Gefahr zu sehen – primär wegen überlegener wirtschaftlicher Konkurrenz. Sie fürchteten sich davor, von der Konkurrenz und von Absatzmärkten ausgeschlossen zu werden, und dass ihnen der Zugang zu Rohstoffen

verwehrt werden würde (Iriye vgl. Beasley 1987, 10). Dieses Denken führte zu militärischer Aufrüstung, wie auch zum Plan, die „Großasiatische Wohlstandssphäre“ zu erschaffen – mehr zu diesem imperialistischen Großprojekt ist im folgenden Kapitel nachzulesen.

## 2.2. WIDERSTAND UND GEWALT

Dieses Unterkapitel befasst sich mit Definitionen der Begriffe Widerstand und Gewalt. Dies geht einher mit einer allgemeinen Begriffsdiskussion, die an den Rahmen der Diskussion von Kolonialismus und Imperialismus angepasst geführt werden soll.

### 2.2.1. WIDERSTAND

Im Allgemeinen bezeichnet Widerstand „vielfältige Formen gesellschaftlicher Verweigerung und Gegnerschaft aus geistiger und moralischer Entscheidung beziehungsweise politischer, demokratischer oder revolutionärer Grundüberzeugung“, so die Definition im Brockhaus (Widerstand 2019). Im Spezifischen beinhaltet Widerstand „das aktive Sichwidersetzen gegen alle Versuche sozialer und gesellschaftlicher Disziplinierung, gegen die Zwänge geschlossener politischer Systeme“. Diese grundlegende Definition lässt sich auch auf Widerstand gegen die japanische Kolonial- und Imperialismuspolitik umsetzen. Sofern in den japanischen Kolonien Widerstand gegen Japan vorherrschte – sei es gegen lokal eingesetzte Kolonialbeamte, Politiker, gegen Vertreter der japanischen Polizei oder des Militärs – wurde er angetrieben von einer Grundüberzeugung gegen die japanische Beherrschung und vom Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit, wie im nächsten Abschnitt zu lesen ist. So beschreibt auch der Brockhaus weiter, dass Handlungen „gegen alle Formen von (politischer) Unterdrückung und Verfolgung [...] sowie der Okkupation“ Teil von Widerstand sein können, und nähert sich dabei thematisch dem Widerstand gegen koloniale und imperiale Herrschaftssysteme. Es kann zwischen Widerstandsbewegung und Befreiungsbewegung differenziert werden. Politisch organisierter Widerstand kann frei als *Widerstandsbewegung* bezeichnet werden, und (bewaffneter) Kampf gegen eine Kolonialherrschaft als *Befreiungsbewegung* (Widerstand 2019). Doch gerade wenn Widerstand gegen Fremdbeherrschung in kolonialer oder imperialistischer Weise analysiert werden, sind beide Begriffe anwendbar. Politischer Widerstand an sich schließt indes Befreiung als Ziel nicht

aus. Der politisch organisierte Widerstand könnte demnach als Mittel zum Zweck benannt werden, und die Befreiung somit als Zweck.

Auch Osterhammel und Jansen (2012) verwenden Widerstand gegen Kolonialismus als Synonym für nationalen Befreiungskampf. Sie betonen, dass sich eher die jüngere Forschung mit den Betroffenen von Kolonialherrschaft beschäftigt hat, um jene Opfer als Subjekte ihrer eigenen Geschichte zu ihrer Berechtigung kommen zu lassen – das schließt Thesen über Widerstand gegen koloniale Interventionen mit ein. Generell, schreiben Osterhammel und Jansen (2012, 53), lösten weniger militärische Eroberungen Widerstandsbewegungen aus, sondern viel eher spätere Erfahrungen mit Repression, das Verlangen der Kolonialbehörden nach Arbeitskräften, Soldaten, Steuern, und Missionierungen, um indigene Kulturen auszulöschen. Kolonialherren wurden oft unerwartet mit Widerstand konfrontiert, zu einer Zeit als „Pazifizierung“ schon als erreicht gegolten hatte. Darauf reagierten die Kolonialherren nicht selten mit sehr brutalen Niederschlagungen der Widerstandsbewegungen in Kombination mit strikten Änderungen der Imperialismus. Aber selbst nach dem unwillkürlichen Ende von breiten Widerstandsbewegungen blieb es nicht immer ruhig. Proteste entluden sich stetig, besonders auf lokaler Ebene, was auch in den japanischen Kolonien erfolgte. Da die Kolonialbehörden übliche Widerstandsformen vorzugsweise in ländlichen Gebieten blockierten, ergab sich oft keine andere Möglichkeit als eine direkte Konfrontation mit den Kolonialherren (Adas 1992, 112). Dieses Muster ist auch im japanischen Kolonialismus zu erkennen, insbesondere in Taiwan gab es hohen Druck auf die Peripherien, was im Detail in Kapitel 4 analysiert wird.

Adas' These besagt also, dass Widerstand in vielen Fällen zu einem späteren Zeitpunkt im Verlauf der Kolonisation stattgefunden hat. Die vorliegende Arbeit stellt allerdings die These auf, dass Widerstand gegen Japan zu Beginn der Kolonisation bzw. (versuchter) Inbesitznahme tendenziell am größten war. Kapitel 4 wird diese Frage detailliert beantworten. Aber dass Widerstand, insbesondere bewaffneter Widerstand, schnell und brutal niedergeschlagen wurde, kann zumindest bestätigt werden. Ebenso kann der Auffassung, dass Widerstand auch nach einer Niederschlagung nicht komplett verschwand, beigestimmt werden. Ob sich jene Thesen nach dem derzeitigen Forschungsstand bestätigen, wird im Kernkapitel erläutert.

### 2.2.2. GEWALT

Ein Aspekt, der die Frage nach Widerstand begleitet, ist die Frage nach Gewalt. Das meint nicht nur, welche Formen der Gewalt im Widerstand angewendet wurden, oder wie gewalttätig es im physischen Sinne war. Hinter der Gewaltfrage stecken weitere Aspekte, um die Thematik tiefgehend analysieren zu können.

Grundsätzlich wird zwischen *direkter persönlicher Gewalt* und *legitimer institutioneller Gewalt* unterschieden – „*violentia*“ auf der einen Seite und „*potestas*“ auf der anderen. Wo hier in vielen Sprachen differenziert wird, vereint das Deutsche beide Aspekte in einem Wort (Brockhaus, Gewalt 2019). Weiters lassen sich innerhalb des Gewaltbegriffs sieben Bedeutungselemente differenzieren. Erstens, *wer* Gewalt ausübt. Dieses erste Bedeutungselement soll die Frage nach Tätern beantworten, dies schließt Personen, Gruppen, Institutionen oder Strukturen mit ein. Zweitens, *was* passiert, während Gewalt praktiziert wird – dies soll die Tatbestände einer Gewalthandlung und die konkreten Abläufe von Gewalt beschreiben. Drittens, *wie* Gewalt ausgeübt wird – physisch, psychisch, symbolisch, oder kommunikativ. Dieses Bedeutungselement soll die Frage nach der Form der Gewalthandlung beantworten, sowie der dabei verwendeten Mittel. Viertens, *wem* gilt die Gewalt – das betrifft die Opfer von Gewalt. Dies können sowohl Personen als auch Gegenstände sein. Fünftens, *warum* wird Gewalt ausgeübt. Dies soll die Fragen nach Ursachen und Gründen analysieren. Sechstens, *wozu* wird Gewalt verrichtet. Das betrifft die Frage nach Motiven und Zielen der Gewalthandlung. Und schließlich siebtens, *weshalb* wird Gewalt ausgeübt. Hierbei werden Rechtfertigungsmuster und Legitimationsstrategien von Gewalt geklärt. Weiters soll beantwortet werden, inwiefern eine Gewaltausübung legal oder illegal ist, und ob sie als legitim oder illegitim klassifiziert werden kann. Legitimität kann allerdings je nach vorherrschenden Normen einer Gesellschaft offenbar unterschiedlich ausfallen (Imbusch 2002, 34ff).

Zudem unterscheidet Imbusch (2002, 38) zwischen Dimensionen der Gewalt. Das beinhaltet die Frage, ob die Gewalt physisch, institutionell, strukturell, kulturell oder symbolisch ausfällt. Insbesondere *physische Gewalt* lässt sich von psychischer differenzieren, weil die erstgenannte Dimension Schaden, Verletzung oder gar Tötung beabsichtigt. Die *institutionelle Gewalt* wiederum ist von Abhängigkeits- und Unterwerfungsverhältnissen geprägt. Als Prototyp einer institutionellen Gewalt gilt beispielsweise der Staat. Die

*strukturelle Gewalt* beschreibt ungleiche Verhältnisse innerhalb einer Gesellschaft. Mit anderen Worten, strukturelle Gewalt herrscht dann, wenn zwar keine direkten Täter existieren, aber sehr wohl ein permanenter Zustand von Gewalt, eingebettet in die sozioökonomischen Strukturen eines Systems. *Kulturelle Gewalt* bezeichnet einen Unterbegriff der *strukturellen Gewalt*, zumal kulturelle Aspekte zur Legitimation von direkter, illegitimer institutioneller oder struktureller Gewalt verwendet werden können. *Symbolische Gewalt* repräsentiert jene Gewaltdimension, die ausgeübt wird, um „nicht offen eingestandene Herrschaftsverhältnisse zu ‚verlarven‘, zu verklären und zu beschönigen“ (Imbusch 2002, 41).

### 2.3. FREIHEIT UND SOUVERÄNITÄT

In diesem Unterkapitel sollen Ziele und Ideen behandelt werden, die die Triebkräfte hinter dem Widerstand darstellen; also Motive für die Organisation und Durchführung von Widerstand gegen Kolonialmächte. An erster Stelle soll hier die Freiheit stehen. Unter Fremdbeherrschung – einer Einschränkung von Freiheit – scheint das Streben nach Freiheit naturgemäß zu wachsen. Im Sinne der Thematik der Diplomarbeit wird der politische Aspekt des Freiheitsbegriffs behandelt – zuerst allgemein. Im Folgenden werden die Begriffe der Souveränität und des Nationalismus ausgeführt, die zweifelsohne nicht weniger wichtige Faktoren im Widerstand gegen Kolonialherrschaft repräsentieren. Insbesondere soll sich hier herauskristallisieren inwiefern sich befreiender Nationalismus von herrschendem Nationalismus abgrenzt.

#### 2.3.1. FREIHEIT

Das historische Lexikon der Geschichtlichen Grundbegriffe (Brunner, Conze, und Koselleck 2004a, 425) leitet aus dem Freiheitsbegriff folgende Hauptbedeutungen ab:

- 1) Freisein (Freiheit) bedeutet Ledigsein von fremder Gewalt innerhalb der Gruppe oder des Bereichs, in denen „Freiheit“ gewahrt ist; 2) Freisein (Freiheit) kann nur bestehen, wenn sie durch eine eigene bzw. anerkannte, durchsetzbare Gewalt gegen Verletzung oder Unterdrückung durch fremde Gewalt geschützt ist.

Weiters, so im Lexikon, war Freiheit immer von der „Reichweite der konkurrierenden Machtinhaber“ abhängig, bevor sich ein moderner Staat entwickelte und sein Recht auf

legitime Gewaltanwendung verwirklichte (Brunner, Conze, und Koselleck 2004b, 425). Diese Definitionen lassen sich kurzerhand auf die (kaum bis gar nicht existierende) Freiheit in den von Japan beherrschten Gebieten anwenden: Die fremdbeherrschte Bevölkerung war wohl kaum ledig von fremder Gewalt – im Gegenteil. Ebenso wurden sie nicht von einer eigenen, anerkannten Gewalt vor der Unterdrückung durch eine fremde Gewalt geschützt – sondern von eben dieser fremden Gewalt beherrscht. Und zudem waren sie während des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs immer wieder Ziel von konkurrierenden Mächten, was man unter anderem in Korea feststellen kann, wo Japan und China um die Vorherrschaft kämpften.

Der Brockhaus (Freiheit 2019) beschreibt die politischen Aspekte des Freiheitsbegriffs folgendermaßen: Man unterscheidet zwischen *individueller* und *kollektiver* (oder *institutioneller*) *Freiheit*. Während individuelle Freiheit das Freisein von Personen benennt, bezieht sich die Definition der kollektiven Freiheit auf Staaten, Parteien, Verbände, Unternehmen, Organisationen und Institutionen. Ob allerdings Individuen, die in einem kolonialisierten Gebiet leben, als frei bezeichnet werden können, sei zu bezweifeln. Man könnte somit feststellen, dass der Grad der kollektiven Freiheit auch den Grad der individuellen Freiheit beeinflusst.

Die Diskussion um die Freiheit von Personen wird in weitreichenden Kontexten im Rahmen von Menschen- und Bürgerrechten abgehalten. So besagt der Brockhaus (Freiheit 2019), dass zwischen negativen und positiven Freiheitsrechten differenziert wird. Die Ersteren bezeichnen *Abwehrrechte der liberalen Tradition*, wie z. B. Meinungs-, Versammlungs-, Religionsfreiheit und freie Berufswahl – diese Rechte schützen die Individuen vor Übergriffen des Staates und anderer. Auf der anderen Seite existieren *Rechte, um von seiner Freiheit einen eigenständigen Gebrauch machen zu können*, diese schließen beispielsweise das Recht auf Arbeit, Bildung, Mindestlohn, soziale Absicherung und vieles mehr mit ein. Diese Rechte sind vom Staat oder einer Solidargemeinschaft bereitzustellen.

Ein weiterer interessanter politischer Aspekt der Freiheit ist laut dem Brockhaus (Freiheit 2019) das Teilnahmerecht: „Wer kein Recht auf politische Partizipation besitzt (besonders das aktive und passive Wahlrecht), wird kaum als politisch frei gelten können“. Es kann auch ausgeschlossen werden, dass ein solches Teilnahmerecht in den von Japan beherrschten Gebieten existiert hat – jedenfalls, dass es demokratische Abstimmungen über

die japanische Fremdbeherrschung gegeben haben soll. Andererseits ist dieser Aspekt in Ostasien des 19. und 20. Jahrhunderts differenzierter zu beurteilen, da sich der Brockhaus wohl auf einen demokratischen Nationalstaat (in Europa) mit freien Wahlen als Prototyp der Freiheit bezieht.

Weiter heißt es, dass Freiheit „ein fundamentaler, wenn nicht gar der zentrale politische Wert“ zu sein scheint, und dass „[j]eder Handelnde [...] an seiner Freiheit und an der Erhaltung oder Erweiterung ihres Umfangs ein unmittelbares Interesse nehmen [muss].“ Die Thesen, dass Freiheit *der* zentrale politische Wert sein soll und, dass ein jeder an seinem Erreichen von Freiheit Interesse nehmen muss, wirken auch als Motive für Widerstand gegen die japanische Fremdbeherrschung mehr als passend.

Der Brockhaus (Freiheit 2019) betont, dass ferner die Freiheit von Staaten im Außenverhältnis – also ihre Souveränität – von Bedeutung ist: „Ein Staat ist frei (souverän), wenn er keinem fremden Willen unterworfen und als gleichberechtigter Akteur anerkannt ist“. Freiheit und Souveränität sind also keine unterschiedlichen Konzepte, im Gegenteil – Freiheit ist immer Teil der Souveränität eines Staates, und umgekehrt bedeutet Souveränität institutionelle Freiheit innerhalb eines Staates. Außerdem kann es individuelle Freiheit – wie zuvor erwähnt – nur bedingt geben, sollte keine institutionelle Freiheit existieren.

### 2.3.2. SOUVERÄNITÄT

Da die Souveränität als Ziel in vielen Gebieten – lokal, wie auch überregional – während der japanischen Besetzungs- und Kolonialzeit essenziell war, wird diesem Konzept ein weiterer Abschnitt gewidmet.

Kley (2013, 1) differenziert zwischen der Souveränität, die sich nach innen richtet, und jener, die sich nach außen richtet:

Unter S. verstehen das Staats- und das Völkerrecht die höchste selbstständige, nicht abgeleitete Staatsgewalt (*suprema potestas*), die sich gegen innen in der Rechtssetzung, der Verwaltungsausübung und der Justiz manifestiert. S. gegen aussen konstituiert den Anspruch auf Unabhängigkeit (Recht auf unabhängige Aussenpolitik, Schutz vor Interventionen) und Gleichbehandlung unter den Gesichtspunkten des Völkerrechts.

Souveränität gilt erst seit der Mitte des 20. Jahrhunderts nicht mehr als absolut. Stattdessen soll sie in ein Regelwerk von internationalen Normen und Verträgen eingebunden sein. Der Brockhaus (Souveränität 2019) führt hier aus, dass das Völkerrecht auf dem

Grundsatz der Gleichheit souveräner Staaten basiert. Mitgliedschaften in internationalen Organisationen (z. B. der UNO) und das Annehmen von modernen völkerrechtlichen Verträgen führen allerdings zu einer gewissen Einschränkung der Souveränität. Jedenfalls muss immer die rechtlich und formell existierende Souveränität von Staaten im Kontext mit steigenden wechselseitigen, politischen, militärischen und wirtschaftlichen Verbindungen der Staaten betrachtet werden. Im Gegensatz zu jenen souveränen Staaten sind jedoch solche zu unterscheiden, die durch einen anderen Staat eingeschränkt sind, also die halbsouveränen Staaten. Die Beziehung zwischen dem souveränen Oberstaat und dem halbsouveränen Staat wird auch als *Suzeränität* bezeichnet. Den Letzteren wird meist die selbstständige Sicherung der auswärtigen Hoheitsrechte entzogen, während ihnen die innere Schutzgewalt belassen wird – was (gleichermaßen) mit dem Begriff des Protektorats verglichen werden kann. Ein Protektorat wurde beispielsweise im Jahre 1905 von Japan in Korea errichtet.

## 2.4. NATIONALISMUS UND SOZIALSTRUKTUR

Wenn man Freiheit und Souveränität als Aspekte des Widerstands gegen Kolonialbeherrschung thematisiert, ist die Beschäftigung mit Nationalismus in diesem Kontext ebenso relevant. Anschließend werden zur Klärung der verwendeten Begriffe auch Theorien der Sozialstruktur dargelegt.

### 2.4.1. NATIONALISMUS

Nationalismus ist eine stark hybride Ideologie, die zahlreiche unterschiedliche Eigenschaften in sich tragen kann, so Rothermund (2006, 44). Die Forschung hat sich bisher tiefgehend mit den Ursprüngen des Nationalismus beschäftigt, doch die Ergebnisse fielen eher uneinheitlich aus.

Die Voraussetzungen für das Entstehen von Nationalismus können eine gemeinsame standardisierte Sprache sein, ebenso Literatur, und Printmedien, die die Ideologie des Nationalismus verbreiten (Anderson 1983; Deutsch 1953). Smith (1991, 1995) beruft sich darauf, dass Nationalismus auf Ethnien basiert. Ethnien sind als Glaubenssysteme von Gruppenzugehörigkeit zu verstehen, die durch gemeinsame Ursprungsmythen, gemeinsame Kulturen, sowie historische Erinnerungen aufrechterhalten werden, und durch Nationen um politische Rechte und Pflichten politisch ausgeweitet werden. Smiths Definition erklärt somit

ethnische Identität als Grundlage für Nationalismus, und sieht die Ursprünge des Nationalismus in den Wurzeln von Gemeinschaften jeder Ethnie. Er hält sich dabei an einen vorstaatlichen oder „state-seeking nationalism“.

Eine andere These besagt, dass die bürgerliche Revolution und Industrialisierung als Gründe für das Aufkommen von Nationalismus genannt werden können (Gellner 1983). Gellner besagt weiter, dass die Herausbildung von Nationen nur in politisch und kulturell deckungsgleichen Räumen stattfinden kann. Nationalismus fußt somit auf einem kombinierten Nationsbegriff aus objektiven und subjektiven Perspektiven, sowie auf einer politischen Doktrin, die im Sinne der Kongruenz von Nation und Staat eine nationalstaatliche Ordnung bildet (vgl. Hoppel 2019, 15).

Gellners Theorie zu Nationalismus ähnelt Andersons (1983) Überlegungen: Er versteht Nation als Begriff einer „vorgestellten politischen Gemeinschaft“ mit einer Kombination aus kultur- und staatsnationalen Faktoren. Anderson bezieht Nationalismus auf ein kulturelles Modell, das ältere identitätsstiftende Bezugssysteme auflöst, und somit eine neue nationalstaatliche Gemeinschaft erschafft. Nationalismus definiert sich daher als kollektiv konstruiertes Bewusstsein, so Anderson (vgl. Hoppel 2019, 14f).

Diesen kulturbezogenen Nationalismustheorien kann Greenfelds (1992) Analyse gegenübergestellt werden. Greenfeld betrachtet den Nationsbegriff aus einer subjektiven Perspektive und definiert Nation als rein politische Gemeinschaft. Nationalismus basiert zum einen auf dem Prinzip der Souveränität, das der Nation kollektiv Selbstbestimmung überlässt; zum anderen definiert Greenfeld Nation auch im Sinne der Gleichheit zwischen ihren Angehörigen. Nationalismus lässt sich daher als Emanzipationsbewegung moderner Gesellschaften und als Befreiungsideologie erklären (vgl. Hoppel 2019, 15).

Insbesondere Theorien von Anderson, Gellner, sowie Hobsbawm (1992) zählen nicht nur zu grundlegenden Nationalismustheorien, sondern betrachten die Thematik auch aus einer kritischen Perspektive. Die drei Forscher gehen alle von einer Vielzahl von Nationalismen aus, da ihre Ansätze auf rein objektiven oder rein subjektiven Nationalismusverständnissen fußen. Sie plädieren für die Nation als Resultat der Moderne, die mit Industrialisierung, Einführung der kapitalistischen Produktionsweise, und Säkularisierung entstand. Des Weiteren besteht Nation aus einer gesellschaftlichen Konstruktion, die eine Kategorie kollektiver Subjektivität und somit eine spezifische

Vorstellung einer sozialen Ordnung entwickelt. Hobsbawm, aber auch Anderson und Gellner definieren Nationalismus als Produkt der Nation. Nationalismus ist daher kein Ausdruck oder Bestreben einer vorpolitischen Gemeinschaft, sondern Basis der Existenz einer Nation als vorgestellte Gemeinschaft (Mense 2016b, 17f).

Darauf aufbauend entstanden weitere kritische Theorien aus dem Postmarxismus und den Cultural Studies. Beispielsweise fokussieren sich Hall, Balibar und Wallerstein auf den Zusammenhang von Rassismus und Nationalismus, wie auch die Verbindung von Macht, Herrschaft und kollektiver Identität. Ihre Ansätze wenden sich dezidiert von kulturalistischen und ethnizistischen Zugängen ab, und erarbeiten damit die Zusammenhänge von Nationalismus und Kapitalismus. Sie stellen sich eurozentristischen Ansätzen entgegen und heben die Bedeutung des Kolonialismus hervor; einerseits für die Entwicklung des europäisch-imperialistischen Nationalismus, andererseits auch für den antikolonialen Befreiungsnationalismus. Besonders Wallerstein (vgl. Mense 2016b, 18f) betont die Zusammenhänge von Nationalismen in strukturell ungleichen Zentrum-Peripherie-Beziehungen im Rahmen der Weltsystemtheorie.

Im Folgenden werden Nationalismen erläutert, die im Zusammenhang mit Antikolonialismus, Antiimperialismus, Entwicklung und Modernisierung entstanden. Im Zuge dessen wird auch dargelegt, welche Aspekte des dominanten westlichen Nationalismus übernommen, verändert oder abgelehnt wurden. Dies schließt Nationalismen in sich entwickelnden Nationalstaaten mit ein, dessen Grenzen willkürlich von Kolonialherren gezogen wurden, die aber auch von zahlreichen Ethnien, Sprachen und Religionen geformt wurden. Insbesondere Nationalismen sollen im Folgenden betrachtet werden, die im Zusammenhang mit antikolonialer Befreiung *nicht* staatsfixiert waren, und deren Konzepte einer Nation bedeutend breiter und inklusiver ausfielen als westliche Nationsbilder; das schließt auch diverse nationalistische Konzepte mit ein, die verschiedenste politische Ideale umfassen.

Das emanzipatorische Potenzial von Nationalismus lässt sich bereits lange vor der Errichtung nationalstaatlicher Ordnung erkennen; beispielsweise in den französischen oder nordamerikanischen Sozialrevolutionen, die für den Aufbau von Souveränität stehen. Die Erschaffung einer Nation über sprachliche und ethnische Grenzen hinweg führte zu einer Geschlossenheit im Widerstand gegen bestehende Herrschaftsverhältnisse. Der Staat wurde

somit zur institutionalisierten Ausprägung der Selbstbestimmung. Allerdings wurden bei dieser Art von Nationsbildung Gruppen ausgeschlossen, was wiederum auf die ambivalente Beziehung zwischen Nationalismus und Befreiung hinweist (Mense 2016b, 210ff). Die Nation als Kategorie einer kollektiven Subjektivität beeinflusste infolgedessen auch Kolonialgebiete. Anfänglich bildeten sich also antikoloniale Widerstandsbewegungen gegen die europäische Herrschaft. Zwischen dem 18. und 19. Jahrhundert waren es insbesondere bürgerliche Gruppen, die selbst durch die Kolonisation in die Gebiete gesiedelt waren, und anschließend politische und ökonomische Freiheiten forderten. Allerdings war dies nicht die Regel: aus der ersten Sklav\_innenrebellion entstand Haiti als unabhängiger Nationalstaat und in Teilen Mexikos gab es erfolgreiche soziale Revolutionen. Unabhängig davon war das Nationskonzept der lateinamerikanischen Befreiungskämpfer\_innen politisch definiert und nur für einen eingeschränkten Teil der Bevölkerung bestimmt, da größere Teile der Gesellschaft rassistisch ausgeschlossen wurden (vgl. Mense 2016a).

Während des 20. Jahrhunderts stieg die Anzahl antikolonialer Kämpfe global an, und viele Widerstandsbewegungen in Afrika und Asien setzten sich für nationale Unabhängigkeit ein. Diese Bewegungen wandten sich einer antiimperialistischen Ideologie zu und waren vielfach sozialistisch oder kommunistisch orientiert – beeinflusst durch die Ideale der Russischen Revolution, an deren Stelle zuvor die Ideale der Französischen Revolution standen, so Mense (2016b, 122). Nach der Verkündung von Woodrow Wilsons *Selbstbestimmungsrecht der Völker* organisierten sich in erster Linie soziale Nationalbewegungen, die sich primär gegen die von den Kolonialherren gezogenen Grenzen stellten. Sie richteten sich jeweils auch gegen Eliten, die sich oftmals an westliche Ideale hielten und Posten in der Kolonialverwaltung eingenommen hatten (vgl. Kompradorenbourgeoisie im Unterkapitel der Sozialstruktur). Die antikolonialen Bewegungen konnten sich jedoch nicht gegen die verfestigte Kolonialverwaltung und gegen den sich verbreitenden Kapitalismus durchsetzen (Öner 2002, 142). Widerstandsbewegungen mussten sich somit oftmals auch in Prozessen der Dekolonisierung weiterhin der imperialistischen Weltordnung unterwerfen, denn nur für Nationen galt das Selbstbestimmungsrecht als völkerrechtliche Grundlage. Weiters war die Nationsbildung dahingehend unumgänglich, um Zugang zur Weltwirtschaft zu bekommen (Mense 2016b, 102). Die Entstehung von Nationalstaaten in ehemaligen Kolonialgebieten wurde somit tragend von Eliten gelenkt. Deren

Nationsverständnis unterschied sich zwar grundlegend von dem der Kolonialmächte, bezog sich allerdings oft auf die von den Kolonialherren konzipierte Gemeinschaft, welche das entsprechende Territorium betraf, das nun zur nationalen Unabhängigkeit geleitet wurde (Öner 2002, 142). Rothermund (2006, 45) kommt zu ähnlichen Ergebnissen und beschreibt den Ansatz von liberalen „nation-builders“, die versuchten, die Hindernisse auf dem Weg zu einer nationalen Solidarität realistischer zu bewerten (als nationalistische Widerstandsbewegungen) und auf politische Bildung und Aufbau von Institutionen zu vertrauen, anstatt dem Einsatz oder der Neuinterpretation von Traditionen.

#### 2.4.2. SOZIALSTRUKTUR

Für die Analyse der jeweils Widerständigen und Kollaborateure in den von Japan besetzten Gebieten, ist eine Begriffserklärung der Sozialstruktur unumgänglich. Hinzu kommt, dass in jenen Gebieten die soziale Gliederung natürlich nicht vollkommen ident ausfiel. Aufgrund dessen sollte vorerst eine allgemeine Analyse der verwendeten Begriffe vorgenommen werden.

Sozialstruktur kann als Sammelbegriff für das gesamte Innere einer Gesellschaft gesehen werden, diese wird von einer Vielzahl von Institutionen und Handlungsfeldern, von religiösen und kulturellen Wertvorstellungen gelenkt. Wehler (1979, 9) bestimmt allerdings Herrschaft, Wirtschaft und Kultur als die wichtigsten Dimensionen der Sozialstruktur. Mit diesen drei Dimensionen kann man die Sozialstruktur und damit auch soziale Ungleichheit als eine verschiedenartige Verteilung von Lebenschancen und Lebensrisiken definieren.

Macht und Herrschaft, Einfluss- und Durchsetzungschancen sind in jeder Gesellschaft ständig ungleich verteilt. Wehler bezieht sich auf Max Weber (1972), der vorbringt, dass der Kampf um die Absicherung oder die Gewinnung von Machtchancen innerhalb von Herrschaftsverhältnissen eine wichtige Rolle spielt. Die ökonomische Lage gilt als Kern der Sozialstruktur. Nach Marx existieren in kapitalistischen Gesellschaften die Klasse der Produktionsmittelbesitzer und die Klasse der von diesem Besitz ausgeschlossenen Arbeiter und Arbeiter\_innen. Seiner Mehrwerttheorie zufolge wird der Arbeiter\_innenklasse ein Teil des von ihr geschaffenen Werts vorenthalten, während die Kapitalistenklasse sich diesen Wert aneignet. Max Weber unterscheidet allerdings zwischen einem allgemein gebräuchlichen, einem universalgeschichtlich verwendbaren Klassenbegriff einerseits, und einem für die

kapitalistischen Marktmechanismen, engeren Klassenbegriff andererseits. Der allgemeine Klassenbegriff definiert er als diejenigen „Gruppen von Menschen, deren ökonomische Lage vom Standpunkt bestimmter Interessen gleichartig ist“. Die Klassenlagen versteht er als „durch typische ökonomische Lagen [...] bedingten Versorgungs- und Erwerbschancen“, und die „daraus folgenden allgemeinen, typischen Lebensbedingungen“. Daneben seien noch die „primär marktbedingt[en]“ Besitzklassen und die quantitativ völlig überwiegenden Erwerbsklassen erwähnt. Mit der sozialen Klasse wird die Gesamtheit von benachbarten Klassenlagen zusammengebündelt, zwischen denen ein Wechsel leicht möglich ist (Weber vgl. Wehler 1979, 12). Kulturelle Deutungsmuster verweisen auf die dritte Dimension der sozialen Ungleichheit. Dabei können diese Deutungsmuster dazu dienen Gruppen und Individuen nach Prestige (Status) zu unterscheiden, oder wie historische Gesellschaften insgesamt beurteilt werden (Wehler 1979, 14ff).

Bezüglich der Stände während des Feudalismus entscheidet grundsätzlich die Geburt über die Zugehörigkeit eines Standes, deshalb spricht man auch von Geburtsständen. In der sozialen Wirklichkeit aber, gab es Möglichkeiten zum Ab- oder Aufstieg. An der Spitze stand der Adel, aufgrund von vielseitigen Herrschaftsrechten und aufgrund von Landbesitz. Der zweite Stand, der Klerus, konnte sich viele Jahrhunderte durch überlegene Organisationserfahrung und durch Schreib- und Lesefähigkeit herrschaftlich durchsetzen. Darunter befanden sich eine Mehrzahl von kleineren Gruppen, wie Großbürgerliche, kleinbürgerliche Gewerbebetreibende, freie und abhängige Bauern, usw. Die unterständischen Gruppen wurden aus Landlosen, Vagabunden und Kriminellen gebildet (Wehler 1979, 17f).

Mit dem Aufkommen kapitalistischer Marktbeziehungen entstehen nun auch marktbedingte Klassen, die auf ungleicher Verwertung von Gütern und Leistungsqualifikationen beruhen. Eine Dichotomie bestehend aus der Besitzklasse der Produktionsmittelbesitzer und der Erwerbsklasse ohne Produktionsmittel bilden sich. Das Arbeitskräfteangebot der Erwerbsklassen ist aber sehr differenziert, damit sind auch die Lebenschancen hochgradig unterschiedlich, zudem spielt die soziale Ehre der industriellen Klassen eine genauso entscheidende Rolle wie bei den Ständen. Der Beruf entwickelt sich als Indikator sozialer Ungleichheit (Wehler 1979, 19f).

Eine Klasse kann erst zu einer politisch handelnden Klasse werden, wenn sie sich ihrer sozioökonomischen Gemeinsamkeiten, ihrer Herrschaftsinteressen, ihrer Konflikte mit

anderen Klassen, ihrer Ideologie, ihrer Aktionsziele und Homogenität bewusst geworden ist. Objektiv beurteilt, besitzt eine Klasse eine gemeinsame latente Interessensbasis mit dem Ziel, die Ressourcen ihrer Klasse zu verteidigen oder zu verbessern. In subjektiver Erfahrung allerdings, bildet die Familie die wichtigste Untereinheit der Klasse, denn das „Hineingeboren werden“ entscheidet ausschlaggebend über Besitz, Einkommen, Prestige, Ausbildungsmöglichkeiten, Kompetenzen und Lebenschancen. Erst nach der Familie folgt das Individuum innerhalb einer Klasse. Und innerhalb von Schichten, Ständen und Klassen können sich oft Eliten herausbilden, seien es Funktioneliten, Eliten in Politik, Wissenschaft, Kirche, Militär, Unternehmerschaft oder Management (Wehler 1979, 22).

Nun herrschten in Taiwan, Korea und China während der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert noch feudale Strukturen, wobei Korea schon wenige Jahrzehnte zuvor begann, sich wirtschaftlich weiterzuentwickeln (D. L. Mcnamara 1986). Trotzdem wird in der Analyse zunächst zwischen Ober- und Unterschicht differenziert. Zur Oberschicht zählend wird der Begriff der Eliten oder des Bürgertums verwendet, was nach Weber als Besitzklasse definiert wird, denn das zentrale, konstituierende Element der Klassenlage ist der „Besitz oder Nichtbesitz von Sachgütern“ (Weber vgl. Wehler 1979, 13). Die Elite bezeichnet aber nicht nur die besitzende Klasse, sondern auch die einflussreiche oder gar herrschende Klasse. Angelehnt an Wehler zeigt Hoffmann-Lange (1992), dass die Begriffsbedeutung breit ausfällt:

Der sozialwissenschaftliche Elitebegriff bezeichnet Personen bzw. Personengruppen, die über wichtige Machtressourcen verfügen, die es ihnen erlauben, Einfluß auf gesellschaftlich bedeutsame Entscheidungen zu nehmen. Damit ist der Begriff nicht auf politische Eliten im engeren Sinne beschränkt, d. h. auf führende Politiker. [...] Ihr Einfluß kann sich auf die Kontrolle unterschiedlicher Machtressourcen gründen: u. a. auf die mit politischen Ämtern verbundene formale Gesetzgebungsbefugnis, die Verfügungsgewalt über Kapital, die Fähigkeit zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung, aber auch auf persönliche Qualifikationen wie Expertentum und Verhandlungsgeschick.

Zur Unterschicht werden Bauern und Arbeiter\_innen gezählt. Nach Weber zählen jene, wie auch Handwerker und Kaufleute zur Erwerbsklasse. Demnach werden diese kleinbürgerlichen Gruppen und weiter auch besitzlose Intellektuelle (wie z.B. Studierende) *nicht* als Angehörige der Oberschicht definiert.

Doch nicht nur Wirtschaft, auch Herrschaft ist eine der Dimensionen, die die Sozialstruktur bildet. Poulantzas (1977) hat hierzu den folgenden marxistischen Ansatz entwickelt: Zu den herrschenden Klassen in Kolonien und abhängigen Gebieten zählen feudale Gutsbesitzer, Kapitalisten in der Stadt, und Großbauern auf dem flachen Land. Die Kapitalisten können in die Kompradoren-Bourgeoisie und die nationale Bourgeoisie geteilt werden. Als Kompradoren werden einheimische Vermittler zwischen den ausländischen Monopolen und dem kolonialen Absatz- und Rohstoffmarkt bezeichnet. Zusammen mit der Entwicklung einer Industrie in den Kolonialgebiet wächst eine nationale Bourgeoisie heran, die zwiegespalten ist: auf der einen Seite erschwert die imperialistische Fremdherrschaft und die spätfeudalen Überreste den Weg zur politischen und ökonomischen Herrschaft des Gebiets, auf der anderen Seite beutet sie mit den ausländischen Monopolen die Arbeiter- und Bauernschaft aus. Aufgrund dessen, dass nationaler Befreiungskampf sich gegen die Fremdherrschaft, gegen die feudalen Überreste, und für das Erreichen einer nationalen Souveränität des Gebietes richtet, nimmt die nationale Bourgeoisie in bestimmten Phasen eine progressive Rolle ein und nimmt am Befreiungskampf teil.

### 3. VERLAUF DER JAPANISCHEN EXPANSIONSPOLITIK

Japan war das einzige asiatische Land, welches sich zu einer Kolonialherrschaft entwickelt hatte. Für die meiste Zeit beschränkte sich Japan geopolitisch auf den japanischen Archipel und benachbarte Inseln. Zwischen 1845 und 1945 aber vergrößerte sich Japan hauptsächlich durch militärische Expansionen zu einem riesigen Imperium, das sich sowohl vom ostasiatischen Festland, Gebieten in Südostasien sowie durch zahlreiche pazifische Inseln zog. Japans Kolonialismus war weniger eine Nachahmung von westlichem Imperialismus, sondern mehr eine Reaktion auf die Westmächte, sich eine Art Schutzzone im asiatischen Raum zu errichten – insbesondere um die ungleichen Verträge zu revidieren, in denen Japan lange den Westmächten untergeordnet war. Japanische Kolonien sollten also von wirtschaftlichem Wert für die Hauptinsel sein, während die Gebiete separat und untergeben bleiben sollten. Und während der japanische Kolonialismus darauf basierte, die Unterworfenen und deren Gebiete auszubeuten, stellte die japanische imperiale Ideologie trotzdem immer Respekt für die verschiedensten asiatischen Kulturen sowie wirtschaftliche

Komplementarität in den Vordergrund. Ob das von der kolonialisierten Bevölkerung auch so empfunden wurde, ist eine Frage, die in diesem Kapitel nicht behandelt wird.

Die japanische Regierung begann ab Mitte des 19. Jahrhunderts vermehrt Gebiete zu besetzen oder zu annektieren, besonders aber nach dem Sieg im Ersten Japanisch-Chinesischen Krieg im Jahr 1895 nahm die Expansion bis 1945 schrittweise eine neue Dimension an. Dieses Kapitel soll in groben Zügen die Anfänge der japanischen Kolonisationen bis zum Zusammenbruch des Japanischen Kaiserreichs am Ende des Zweiten Weltkriegs beschreiben. Die Fragen nach der Expansionspolitik werden anhand von Phasen in engem Zusammenhang mit Eroberungskriegen im Raum Ostasiens und im Pazifik beantwortet – Erster Japanisch-Chinesischer 1894–1895, Russisch-Japanischer Krieg 1904–1905, Erster Weltkrieg 1914–1918, Zweiter Japanisch-Chinesischer Krieg 1937–1945, und der Pazifikkrieg 1937–1945. Die Kriege in diesem Zeitraum stehen in Verbindung mit den Territorialerweiterungen Japans. Somit wird der Verlauf des japanischen Kolonialismus geklärt und zwischen Kolonien, Protektoraten und besetzten Gebieten unterschieden. Ein wesentlicher Teil der folgenden Unterkapitel widmet sich den internationalen Beziehungen zwischen Japan und Ländern, die mit Japan im Krieg standen. Dazu zählen auch die Verhandlungen und Ergebnisse von Friedensverträgen. Dies spielt insofern eine primäre Rolle, da die Entscheidungen im internationalen Rahmen oft beeinflussten, inwiefern Japan in seinen außenpolitischen Ambitionen eingeschränkt wurde oder sich zur nächsten (expansionspolitischen) Handlung treiben ließ.

### 3.1. JAPANS KOLONIALISTISCHE ANFÄNGE UND MEIJI-IMPERIALISMUS

Da sich Japan im Vergleich mit westlichen Ländern erst spät zu einer Kolonialmacht entwickelt hatte, fanden vor dem 20. Jahrhundert nur sehr vereinzelt Expansionen statt. Zu Beginn der Neuzeit nahm Japan kleinere Gebiete ein, wobei jene nie als Kolonien bezeichnet wurden. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts aber öffnete sich das Reich und mit der Meiji-Zeit begann eine neue Form der Herrschaft in Japan. Meiji wollte das Land modernisieren, das Feudalsystem des Shōgunats endgültig durch ein industrialisiertes System ersetzen, die ungleichen Verträge revidieren, gleichzeitig andere Gebiete kolonialisieren, um zu einem großen Imperium zu werden, welches zu einer Zentrumsmacht in Asien und gegenüber dem

Westen werden sollte. Die Meiji-Zeit stellt die erste Phase des japanischen Kolonialismus dar.

### *3.1.1. ÜBERBLICK ÜBER FRÜHE EXPANSIONEN*

Von Japan aus emigrierten erstmals im 14. Jahrhundert Menschen auf die nördlich gelegene Insel Hokkaido (ehemals Ezo). Seit dem 15. Jahrhundert zählt die Insel als Teil administrativ zu Japan. Über eigene lokale Anführer wurden die Indigenen Ainu von Japan aus indirekt beherrscht, obwohl die Insel nie als japanische Kolonie bezeichnet wurde. Die Feudalherren der japanischen Provinz Satsuma auf der Südinself Kyushu besiegten im Jahr 1609 das Königreich von Ryukyu, die Inselkette südwestlich von Kyushu. Anschließend war Ryukyu tributpflichtig an Satsuma und die Herrscher der Qing-Dynastie Chinas. Der tributpflichtige Status bedeutete für Ryukyu eine Unterlegenheit im internationalen Netzwerk, allerdings wurde die Inselkette nicht unter externe administrative Kontrolle gestellt. (Wilson und Cribb 2017, 77f)

### *3.1.2. BEGINN DES KOLONIALISMUS WÄHREND DER MEIJI-PERIODE*

Die Meiji-Periode begann 1868. Bis Ende des 19. Jahrhunderts wurde Japan von einem Spielball der Westmächte zu einer neuen Großmacht in Ostasien. Zöllner (2006, 62) periodisiert die Meiji-Zeit folgendermaßen: Die erste Phase einer defensive Reaktion von 1853 bis 1871, in die der Abschluss der ungleichen Handelsverträge mit den Westmächten fiel; die zweite Phase zwischen 1871 und 1894, die eine diplomatische Lehrzeit und eine Periode versuchter Expansion in kleinen Schritten darstellte, in der Japan seine Beziehungen und Grenzen zu den Nachbarn neu zu definieren suchte.

Doch bereits 1845 stellte Japan Anspruch auf die Souveränität über Nordsachalin und die Kurilen. Diese Inselgebiete waren aber auch Expansionsziele Russlands. Das Shōgunat fand in den 1860ern zunehmend mehr Kritiker. Diese Opposition brachte ein Umdenken und einen politischen Kurswechsel ins Rollen. Die strikt anti-westliche Politik wurde aufgegeben, und die Kritik gegen den Shōgun und seine Regierung wurde weiter verschärft. Adelige am Kaiserhof schlossen ein Bündnis mit den einflussreichen han von Chōshū und Satsuma, die gemeinsam den Sturz des Shōgunats planten (Schwentker 1999, 52). Nachdem 1869 den

Tokugawa<sup>1</sup> und deren militärischen Autoritäten durch einen Umsturz schließlich die Macht entzogen wurde, wurde eine Gruppe von Oligarchen eingesetzt, die unter den Augen des Meiji-Herrschers<sup>2</sup> ein fortschrittliches Modernisierungsprogramm umsetzen sollten (Wilson und Cribb 2017, 78). Dabei sollten auf „[n]ützliche Kenntnisse der Außenwelt [eingeführt werden] und auf diese Weise die Grundlage des Reiches erweitert werden“, so Punkt fünf im auf deutsch übersetzten Fünf-Artikel-Eides – die erste Grundsatzerklärung des Meiji-Regimes (Zöllner 2006, 192). Während der Meiji-Periode wurde Japan mit einer drastischen Geschwindigkeit von einer Feudalherrschaft zu einer modernen Imperialherrschaft entwickelt. Neben Förderungen für die Industrialisierung und technischer Innovation, sollten insbesondere die ungleichen Verträge widerrufen werden, die Japan gegenüber westlichen Großmächten benachteiligten. Der letzte ungleiche Vertrag wurde 1869 mit Österreich Ungarn geschlossen und bereits von der neuen Regierung ratifiziert. Die Beziehungen zum Westen galten somit als geklärt – wenn auch höchst unbefriedigend (Zöllner 2006, 202). Nach und nach plante Meiji die Kontrolle auf Gebiete außerhalb Japans auszuweiten. Also wurde 1869 schließlich die Kolonialisierungskommission für Sachalin und die Kurilen errichtet, deren Arbeit aber durch russische Expansionen in den Gebieten weitestgehend blockiert wurde. Mit dem Vertrag von St. Petersburg 1875 gab Japan seine Vorherrschaft über Sachalin mit der Bedingung auf, dass Russland Japans Souveränität über die dünn besiedelten Kurilen zu akzeptieren habe (Wilson und Cribb 2017, 78). Die sogenannte Meiji-Restauration galt aber als unvollständig. Auf Grund dessen, dass sie als Kompromiss zwischen Feudalherren und modernen Bürokraten abgeschlossen wurde, kann man auch den Meiji-Imperialismus eher feudal als kapitalistisch bezeichnen – jedenfalls im Vergleich zu späteren Phasen des japanischen Kolonialismus (Tanin und Yohan vgl. Mayo 1970, 74). Vor allem unterscheidet sich das japanische Kolonialreich doch entscheidend von seinen europäischen Pendanten, da dessen spezifische Umstände kein zweites Mal zu finden sind. Viele Gebiete wurden von westeuropäischen Mächten in Besitz genommen als Reaktion auf die Handlungen der Kaufleute, Missionare, Soldaten und auch Abenteurer, die teilweise weit

---

<sup>1</sup> Die Tokugawa oder auch Edo waren eine Shōgun-Dynastie, die von 1603 bis 1868 über Japan regierten (Tokugawa period 2018).

<sup>2</sup> Die Qing- oder Mandschu-Dynastie war die letzte imperiale Dynastie Chinas (1644–1912). Während der Qing-Dynastie konnte das Gebiet verdreifacht werden und die Bevölkerung wuchs zwischen 150 Millionen auf 450 Millionen an. Viele nicht-chinesische Minderheiten wurden sinisiert und eine Volkswirtschaft wurde eingeführt (Meiji 2018).

über das Limit der europäischen Interessen oder Autoritäten agierten. Im Gegensatz dazu wurden die japanischen Kolonialgebiete (mit Ausnahme von Taiwan) aufgrund von vorsätzlichen Entscheidungen der Verantwortlichen der jeweiligen Regierung besetzt, damit das jeweilige Gebiet Japans unmittelbare strategische Interessen unterstützen konnte, so Peattie (2005, 217f).

Im Jahre 1872 deklarierte der Meiji-Herrscher Ryuku zu japanischem Gebiet, um auf diese Weise eigenhändig den tributpflichtigen Status der Inselkette zu beenden (Wilson und Cribb 2017, 78). 1874 aber griffen die Japaner Taiwan an, um die Indigenen dafür zu bestrafen, dass sie zuvor Fischer von Ryuku getötet hatten. Das unterstützte Japans Anspruch auf Ryuku, China allerdings protestierte gegen diesen Anspruch. Nach chinesischem Verständnis zählte das Königreich nach wie vor als chinesischer Tributstaat. Nach japanischem Verständnis allerdings unterstand Ryuku seit dem 17. Jahrhundert Satsuma und war dementsprechend Teil Japans. (Zöllner 2006, 205). Und trotzdem erteilte der Meiji-Herrscher dem König Ryukus offiziell den japanischen Adelsstand, und inkorporierte die Inseln dann 1879 endgültig zu Japan. Zuvor, im Jahre 1876, annektierte die japanische Regierung die Bonin- (Ogasawara-) Inseln, die sich etwa 1.000 km südlich von Tokio im Pazifischen Ozean befinden. Die Bonin-Inseln wurden 1827 von Großbritannien in Anspruch genommen, und wurden anschließend von Menschen aus Großbritannien, den US-Staaten und pazifischen Inseln besiedelt (Wilson und Cribb 2017, 78). Japan herrschte also ab 1876 über eine international besiedelte Insel.

Das wichtigste Expansionsziel der Japaner war aber Korea. Das Königreich Joseon<sup>3</sup> auf der koreanischen Halbinsel war seit dem 17. Jahrhundert tributpflichtig an die Qing-Herrschaft Chinas. Trotzdem standen sie unter Selbstverwaltung, wie die Ryuku-Inseln. Mit der Meiji-Restauration 1868 kam ein neues Gefühl der Überlegenheit über benachbarte Gebiete. Zudem brach der neue Eifer auf, mit westlichem Imperialismus mitzuhalten, und auch der Fakt, dass Korea eine ausgezeichnete Quelle für Lebensmittel, Kohle und Eisen bot, machte Korea sehr attraktiv. Zuerst versuchten die Japaner, Einfluss in Korea selbst zu gewinnen. Japan war bestrebt, zunächst Handels- und diplomatische Beziehungen mit Korea aufzubauen (Schwentker 1999, 56f). Sie wurden aber mit Widerstand einerseits vonseiten der

---

<sup>3</sup> Die Joseon-, Chosön- oder Yi-Dynastie war die letzte und längste imperiale Dynastie in Korea (1392–1910) (Chosön dynasty 2018).

Joseon-Dynastie und andererseits im Wettkampf mit westlichen Mächten konfrontiert. 1875 leiteten die japanischen Autoritäten schließlich einen Konflikt mit koreanischen Truppen auf der koreanischen Insel Ganghwa ein. Im Jahr darauf wurde der Japanisch-Koreanische Freundschaftsvertrag verhandelt, der auf den sogenannten ungleichen Verträgen basierte, bei denen Japan in den 1850ern selbst als Unterlegener von westlichen Mächten gezwungen wurde, zu unterzeichnen. Im Vertrag wurden Japan Handelsrechte sowie Exterritorialitätsrechte in Busan und in zwei weiteren Häfen zugesprochen. 1882 wurde Japan in einem zusätzlichen Vertrag das Recht eingeräumt, die eigenen Bürger\_innen in Korea zu schützen, aber Qing-China berief sich auf den unterlegenen Status Koreas ihnen gegenüber und stationierte eine Militärgarnison auf der Halbinsel, um so die Expansionspläne Japans zu durchkreuzen. Schließlich verhandelten China und Japan und legten im Vertrag von Tientsin 1885 fest, dass beide Mächte ihre Truppen zurückziehen würden und nicht militärisch auf Korea einzugreifen hatten ohne den jeweilig anderen zu informieren (Duus 1996, vgl. Wilson und Cribb 2017, 78).

Neben kleinen Territorialerweiterungen ab der Mitte des zweiten Jahrtausends begann Japan sich zwar recht spät im 19. Jahrhundert, dafür aber zunehmend schonungsloser zu einer Kolonialherrschaft auszuweiten. Es vergrößerte sich vom japanischen Archipel mit einzelnen Nebeninseln zuerst mit Hokkaido, dann im 19. Jahrhundert mit den Kurilen und kurzzeitig mit Nordsachalin, das wieder abgetreten werden musste. Des Weiteren wurden die Ryuku-Inseln und die Bonin-Inseln zu japanischem Gebiet erklärt und der Kampf um Korea nahm seinen Anfang. Meijis Kolonialismus galt als feudal und militärisch – die Meiji-Restauration als Modernisierungs- und Industrialisierungsmaßnahme war nicht vollständig durchgeführt. Grundsätzlich können das Bestreben des Kaiserhauses nach territorialer Ausweitung in Kombination mit dem sich entwickelnden japanischen Kapitalismus als Basismotive für den Kolonialismus während der Meiji-Periode genannt werden.

### 3.2. KRIEG GEGEN CHINA UM DIE VORHERRSCHAFT IN TAIWAN

Japan und China führten zwischen 1894 und 1895 einen einjährigen Krieg um die Vorherrschaft in Korea. Sich provoziert gefühlt von China, zogen japanische Truppen nach Korea und bald auch in chinesische Gebiete. Mit dem anschließenden Friedensvertrag von Shimonoseki ging Japan als Gewinner hervor. Taiwan sollte zur ersten Kolonie Japans

werden. Weiters bekam Japan noch Handelsrechte zugesprochen, und es wurden Vertragshäfen für sie geöffnet. Doch international – in erster Linie vonseiten westlicher Mächte – wurde Japan mit reichlich Kritik konfrontiert und ihr Einfluss wurde zurückgedrängt.

### *3.2.1. ERSTER JAPANISCH-CHINESISCHER KRIEG 1894–1895*

1894 brach in Korea eine Rebellion gegen die westlichen Mächte aus. Die chinesische Regierung schickte daraufhin Truppen um die koreanische Regierung bei der Bändigung dieser Rebellionen zu unterstützen. Als Reaktion darauf befanden die japanischen Mächte, dass China mit dem Senden seiner Truppen nach Korea den Vertrag von Tientsin gebrochen hatte. Somit schickten sie ihre eigene Armee aus Japan, die ankam als die chinesischen Truppen sich zurückzogen. Die japanischen Truppen nahmen daraufhin den koreanischen König fest und setzten im Juli 1894 eine neue Regierung ein. Zwei Tage später begannen die Kriegshandlungen gegen China. Bestens ausgerüstet und trainiert, drängte die japanische Armee die verbleibenden chinesischen Truppen zügig aus Korea, schlugen eine chinesische Flotte an der Flussmündung des Yalu nieder und besetzten die Halbinsel Liaodong im Süden der Mandschurei. Die japanische Armee war der chinesischen klar überlegen, also baten sie um Friedensverhandlungen (Wilson und Cribb 2017, 78).

### *3.2.2. FRIEDENSVERTRAG VON SHIMONOSEKI UND TAIWAN*

Der Krieg wurde im April 1895 mit dem Vertrag von Shimonoseki beendet. Laut diesem Abkommen sollte China die Halbinsel Liaodong, Taiwan und die Pescadore (Penghu-Inseln) auf unbefristete Zeit an Japan abtreten. In gleicher Weise sollte China auf die Suzeränität über Korea verzichten und die koreanischen Häfen für Japan öffnen (Brooks 2000; Esselstrom 2009; vgl. Wilson et al. 2018, 78f). China machte größere Zugeständnisse als Japan. Neben der Öffnung von Vertragshäfen für Japan, und ihrem neugewonnenen Recht, über weitere Gebiete zu regieren, erhielten sie zusätzlich noch Entschädigungen in Form von Gold von China. Ein weiterer Handelsvertrag erlaubte Japan gewisse Steuerbefreiungen zu genießen, und 1896 wurden zusätzliche Handels- und Manufakturprivilegien beschlossen. Japan zeigte also auch nach dem Abschließen dieser ungleichen Verträge mit allen Mitteln, dass sie China überlegen waren. Der Erfolg seitens Japans wurde überdies im Innern gefeiert.

Die neu gewonnenen Gebiete und Rechte erbrachten der japanischen Regierung viel Prestige und Bestätigung der eigenen Bevölkerung (Peattie 2005, 225).

### 3.2.3. *DIE INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT*

Mit Taiwan gewann Japan nun seine erste substanzielle Kolonie. Aber Frankreich, Russland und das Deutsche Reich waren strikt dagegen, die japanischen Errungenschaften zu bestätigen. Mit der Tripel-Intervention, oder auch Intervention von Shimonoseki, verlangten die drei Mächte von Japan, die Halbinsel Liaodong an China zurückzugeben. Im Gegenzug dazu sollte Japan aber größere Territorien von China pachten können (Wilson und Cribb 2017, 79). Trotz dem vorherigen Sieg über China wurde Japans Einfluss also zurückgedrängt. Zum einen wurde Japan durch Großbritannien und dem Deutschen Reich beschränkt, weil die westlichen Mächte Pachtgebiete auf der Halbinsel Shandong gegenüber von Korea einnahmen. Zum anderen übernahm Russland die Hafenstadt mit dem Kolonialnamen Port Arthur auf der Halbinsel Liaodong und vergrößerte seinen Einfluss in Korea. Im Zuge von russischen Militäreinsätzen als Teil eines internationalen Kontingents, um die Boxer-Rebellion in China im Jahr 1900 niederzuschlagen, besetzten russische Truppen die Mandschurei, und blieben lange nachdem die Rebellion unterbunden wurde (Wilson und Cribb 2017, 79). Die westlichen und besonders russischen Interventionen waren sehr einschneidend für Japan und zeigen, dass Japans militärische Siege nur unter gewissen Umständen vom Westen toleriert wurden, und in manchen Fällen selbst eingegriffen wurde.

Nachdem also der chinesische Einfluss in Korea gestiegen war und Korea selbst 1894 China um Hilfe bat, um eine Rebellion im Inneren des Landes in Schach zu halten, schickte Japan ebenso Truppen nach Korea. Es artete schnell im Krieg aus, und die japanische Seite war der chinesischen sowohl auf dem Land als auch auf See weit überlegen. Im April 1895 schließlich wurde der Vertrag von Shimonoseki unterzeichnet, der festhielt, dass Japan und China beide die Unabhängigkeit von Korea anerkannt hatten. Weiters überließen die chinesischen Verhandler mehrere Gebiete der japanischen Seite: Taiwan, die Pescadore und die Liaodong-Halbinsel. Zu den weiteren Zugeständnissen Chinas an Japan zählten die Öffnungen von Vertragshäfen, eine signifikant große Zahlung in Gold sowie Steuerbefreiungen und Handelserleichterungen. Frankreich, Deutschland und Russland aber akzeptierten das nicht und forderten die Rückgabe der Liaodong-Halbinsel von Japan an

China. Des Weiteren beschloss Russland, mehr Einfluss in Korea und der Mandschurei zu nehmen, und wollte Japan damit eine Art Überlegenheit beweisen. Dies war auch ein Grund, der knapp ein Jahrzehnt später zum Russisch-Japanischen Krieg führte. Der japanische Kolonialismus gilt in dieser Phase nach wie vor als sich entwickelnd, da Japan anderen Großmächten unterlegen war. Der Gewinn von Taiwan als substantielle Kolonie kann jedoch als gewichtig gewertet werden.

### 3.3. KRIEG GEGEN RUSSLAND UM DIE VORHERRSCHAFT IN KOREA

Nach dem Krieg zwischen Japan und China um die Vorherrschaft in Korea, dauerte es nicht lange bis sich Japan von russischen Interventionen in Korea und in der Mandschurei provoziert sah, was alsbald zum Russisch-Japanischen Krieg zwischen 1904 und 1905 führen sollte. Der Krieg war seitens Japans ziemlich kompromisslos und sollte mit dem Friedensvertrag von Portsmouth beendet werden, der wiederum sehr zugunsten Japans ausfiel.

#### 3.3.1. *RUSSISCH-JAPANISCHER KRIEG 1904–1905*

Die russischen und deutschen Expansionen in Ostasien trugen offenbar dazu bei, dass Japan sich von den Westmächten im Wettrennen um Kolonien nicht unbedingt fair behandelt fühlte. Aber sie fanden mit dem Vereinigten Königreich einen Alliierten. Mit der Anglo-Japanischen Allianz beschlossen die Länder 1902 sich jeweils gegenseitig zu unterstützen, sollten zwei oder mehr andere Mächte angreifen, aber neutral zu bleiben, wenn nur ein Land Japan oder dem Vereinigten Königreich den Krieg erklären sollte (Zöllner 2006, 285ff). Linhart (2007, 25) betont die Bedeutung dieses Vertrages für das damalige Japan, der bis 1921 verlängert werden sollte. Schließlich befand sich Japan nur 50 Jahre zuvor in Isolation, das nun mit dem damals mächtigsten Imperium eine Allianz als gleichberechtigter Partner abschließen konnte.

Gestärkt durch die Unterstützung des Vereinigten Königreiches, begannen die Japaner also 1903 mit den Russen über die Machtverteilung in Korea und der Mandschurei zu verhandeln (Wilson und Cribb 2017, 80). Das Angebot an Russland stand fest: Die Japaner wollten den Russen die Mandschurei zuerkennen, im Gegenzug dazu verlangten sie allerdings freie Hand in Korea. Russland aber wollte den Einfluss in Korea nicht so schnell aufgeben und erkannte lediglich den Status quo an. Ohne lange zu zögern, entschieden die japanischen

Herrscher Russland zu attackieren, womit der Russisch-Japanische Krieg im Jahre 1904 begann (Peattie 2005, 226). Die erste Handlung der japanischen Truppen war es, Korea zu besetzen. Laut Peattie (2005, 226) konnten sie sogleich die Liaodong-Halbinsel und somit auch die strategisch wichtigen Häfen von Port Arthur und Dairen im Jänner 1905 zurückgewinnen, die sie 1895 abtreten mussten. In Richtung Nordosten gelang es den Japanern, auf Sachalin zu landen und die Kontrolle so weit auszubauen, dass sie die Insel in den folgenden Friedensverhandlungen im amerikanischen Portsmouth als Trumpfkarte ausspielen konnten, wie im nächsten Unterkapitel erklärt wird. Die russisch-baltische Seeflotte, welche sieben Monate lang gen Osten segelte, wurde in der Schlacht von Tsushima im Mai 1905 komplett zerstört (Wilson 2005, 80). Nachdem die Russische Revolution von 1905 obendrein zu Aufständen im Inneren geführt hatte, entschied sich Zar Nikolaus II. dazu, einen Friedensvertrag abzuschließen. Obwohl in ihren Augen erfolgreich, galt der Krieg für die Japaner als sehr kostspielig, und zwar nicht nur in Form von Geldmitteln – der Krieg forderte auch viele Menschenleben. Schlussendlich breitete sich auf beiden Seiten Erleichterung aus, als der US-amerikanische Präsident Roosevelt anbot, Friedensverhandlungen zu vermitteln (Zöllner 2006, 297).

### 3.3.2. VERTRAG VON PORTSMOUTH

Der Russisch-Japanische Krieg endete also im September 1905 mit dem Vertrag von Portsmouth. Jener Friedensvertrag bestätigte sowohl Japans Vorherrschaft in Korea, als auch ihren Einfluss in der Mandschurei, d. h. Japan erhielt die Konzession über das vormals russische Pachtgebiet Kwantung auf der Liaodong-Halbinsel, mit dem Kriegshafen Port Arthur und der südmandschurischen Eisenbahn. Auch die Souveränität in Südsachalin wurde Japan zugesprochen, welches sie in Karafuto umbenannten (Wilson und Cribb 2017, 80). Laut Peattie (2005, 226) war der japanische Delegierte in den Friedensverhandlungen angewiesen worden auf die Liaodong-Halbinsel zu bestehen. Weiters sollte der Delegierte auch jene Bestätigung Russlands einfordern, die Japans ganzheitliche Handlungsfreiheit in Korea betraf – aber nur mit dem Ausspielen der Trumpfkarte Nordsachalin, welches, im Gegensatz zu Südsachalin, abgetreten werden sollte. Der klare Sieg über Russland veränderte wiederum die Machtverhältnisse in Ostasien zum Vorteil Japans. In Japan selbst aber galt der Vertrag von Portsmouth als weitestgehend unbeliebt, da die Delegierten keine

Reparationszahlungen für die immens hohen Kriegskosten erhandelt hatten (Zöllner 2006, 297).

### 3.3.3. ANNEXION VON KOREA 1910

Mit der neu ausgeweiteten Vorherrschaft in Korea nach dem Unterzeichnen des Vertrags von Portsmouth, hatten die Japaner als Kolonialisten freie Hand. Schrittweise führte das im Jahre 1910 zur gesamten Annexion von Korea.

Die erste umfangreiche Handlung der japanischen Kolonialmacht war die Gründung eines Protektorats über Korea im November 1905. Mit bemerkenswerter Unterstützung vom japanischen Militär wurde Korea in einen japanischen Satellitenstaat umgewandelt. Die koreanische Monarchie sollte erhalten bleiben – allerdings nur symbolisch. Während der koreanische König auf seinem Thron verweilen durfte, wurde die gesamte Entscheidungsmacht in das Büro des Generalresidenten verlegt – dieser Posten wurde rein für die Außenverwaltung Koreas geschaffen. Der erste Generalresident, ein Meiji-Oligarch namens Itō Hirobumi, pflegte in seiner Funktion Korea zu kontrollieren und zu verwalten eher moderate Vorgangsweisen. Sein primäres Ziel war es, Korea gleichzeitig zu modernisieren und den japanischen Einfluss zu stärken (Wilson und Cribb 2017, 80). Mit einem Vertrag wurde im Jahre 1907 beschlossen, dass die koreanische Regierung die Entscheidungen des japanischen Generalresidenten zu akzeptieren habe. Das bedeutete, dass Korea im gleichen Abhängigkeitsverhältnis zu Japan stand, wie die indirekt beherrschten Länder der Westmächte (Wilson und Cribb 2017, 80).

Nun formierten sich sowohl in Japan als auch in Korea gegnerische Gruppen der Kolonialpolitik Koreas. Japanische Hardliner und Ultranationalisten kritisierten Hirobumis Maßnahmen als zu sanft und forderten die sofortige Annexion Koreas. In Korea organisierten sich also patriotische Gruppen aller Klassen, die sich vor allem zwischen 1908 und 1910 gegen das japanische Protektorat zu Wehr setzten. Diese Proteste wurden vonseiten des japanischen Militärs niedergeschlagen und endeten mit 12.000 Toten auf der Seite Koreas. Mehr zum koreanischen Widerstand wird im Kernkapitel erklärt. 1909 wurde der Generalresident Itō von einem koreanischen Patrioten ermordet (Peattie 2005, 227), was im Jahr darauf schließlich zur vollständigen Annexion Koreas an Japan führte. Der koreanische König wurde 1910 dazu gezwungen, einer kompletten und permanenten Abtretung der

Souveränität an Japan zuzustimmen. Somit wurde Korea zur zweiten substanziellen Kolonie Japans (Wilson und Cribb 2017, 80).

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass sich Japan mit dem steigenden russischen Einfluss in der südlichen Mandschurei und in Korea provoziert fühlte. Als Reaktion darauf attackierten sie die russische Flotte bei Port Arthur, womit der Russisch-Japanische Krieg seinen Anfang nahm. Russland war durch die Revolution 1905 im Inneren und durch die Schlacht von Tsushima mit Japan im Äußeren sehr geschwächt. Und Japan selbst musste den Verlust von zahlreichen Menschenleben und übermäßig hohen Kriegskosten verkraften, demzufolge wurde der Friedensvertrag von Portsmouth verhandelt und beschlossen. Er hielt fest, dass Russland die ökonomischen und politischen Einflüsse in der südlichen Mandschurei und auf der Liaodong-Halbinsel an Japan abtreten sollte. Des Weiteren sollte Japan Südsachalin überlassen werden.

Mit den ebenfalls neu gewonnenen Machteinflüssen in Korea zögerten die japanischen Behörden nicht lange und setzten einen Generalresidenten in Korea ein. Sie ernannten das Land zu japanischem Protektorat und annektierten es im Jahre 1910 trotz Widerstandsbewegungen schließlich komplett. Somit sah sich Japan nun gleichwertig mit europäischen Mächten und galt als größtes Imperium in Ostasien. Der japanische Kolonialismus kann nun als deutlich kapitalistischer gewertet werden. Nach wie vor basierte das expansionspolitische Handeln auf einer Allianz des Militärs und der Bourgeoisie im Rahmen der Monarchie – wobei der Russisch-Japanische Krieg als Wendepunkt angesehen werden kann. Die japanische Armee entwickelte ab diesem Zeitpunkt eine signifikante Macht, die als neue Phase des japanischen Kolonialismus klassifiziert werden kann.

### 3.4. KOLONIALISTISCHE MILITÄRINVASIONEN UM DEN ERSTEN WELTKRIEG

Gestärkt mit neuen Möglichkeiten seine Macht auszubauen, ließ sich Japan auch im Ersten Weltkrieg nicht beschränken. Sie nahmen explizit auf der Seite der Alliierten am Ersten Weltkrieg teil und fokussierten sie ihre Einsätze ausschließlich darauf, die deutschen Kolonialgebiete in China und im Pazifik zu übernehmen. Besonders die 21 Forderungen, die Japan an China stellte, waren weitestgehend kompromisslos. Nach der Russischen Revolution entwickelte Japan darüber hinaus Expansionsambitionen in Russland.

### 3.4.1. KRIEGSERKLÄRUNG AN DEUTSCHLAND UND DIE 21 FORDERUNGEN AN CHINA

Nach der Annexion Koreas im Jahre 1910 ging es Schlag auf Schlag, und Japan eroberte zunehmend mehr Gebiete. Kurz nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs in Europa erklärte Japan – mit dem Ōkuma<sup>4</sup>-Kabinett an der Macht – Deutschland den Krieg und stellte sich damit auf die Seite der Alliierten. Durch Militär- und Marineoperationen gelang es Japan alsbald, die deutschen Kolonien in Ostasien an sich zu reißen. Zu diesen ehemals deutschen Kolonien zählten die Stadt Tsingtao auf der chinesischen Shandong-Halbinsel, und später die Nan'yō-Inseln im Nordpazifik namens Marschall-Inseln, die Karolinen und die Mariannen (Frühstück 1999, 89). Die beginnende Phase des Ersten Weltkriegs war also durch eine Reihe militärischer Angriffe der Japaner in den deutschen Kolonien gekennzeichnet. Die Stadt Tsingtao wurde zwar von den Deutschen beständig verteidigt, fiel aber nach wenigen Wochen, und die Japaner breiteten sich aus. Weiters wurden die relativ nahen aber isolierten Inselgebiete ohne Widerstand von Japan erobert (Peattie 2005, 228).

Im Jänner 1915 stellte Japan in einem Vertrag 21 Forderungen an China. Jener Vertrag enthielt teils extreme Verstärkungen des politischen Einflusses von Japan in China. Eine der Forderungen lautete, die japanischen Handelsrechte in der Mandschurei auszudehnen, des Weiteren forderten sie eine geteilte Kontrolle der Han Yeh Ping-Minen in China. Eine besonders herausragende Forderung war aber der Einsatz von japanischen Beratern im chinesischen Militär, in der Polizei und in der Finanzverwaltung (Frühstück 1999, 89). Laut Wilson et al. (2018, 81) enthielten diese 21 Forderungen zudem eine klare Einschränkung des chinesischen Marktes, was den Zugang für westliche Länder betraf. Der Vertrag sorgte damit international für Aufruhr. Es galt nun als unumstritten, dass China zum nächsten Kolonialgebiet Japans werden sollte.

Frühstück (1999, 89) beschreibt weiter, dass das japanische Ōkuma-Kabinett China ein Ultimatum für das Beschließen des Übereinkommens stellte. Durch Ablehnung der westlichen Länder – insbesondere der USA – und durch Proteste in China wurden zumindest die kontroversiellsten Forderungen zurückgezogen, und der Vertrag wurde von beiden Seiten

---

<sup>4</sup> Ōkuma Shigenobu war bereits 1898 Premierminister Japans und dann ein weiteres Mal zwischen 1914 und 1916. Er war bekannt dafür, westliche Technologien und Formen der Demokratie in Japan zu fördern (Ōkuma Shigenobu 2018).

unterzeichnet. Somit konnten die Japaner ihren Machteinfluss in den chinesischen Provinzen Shandong und Fujian bestätigen und ausweiten.

#### 3.4.2. *DAS JAPANISCHE SÜDSEEMANDAT ÜBER NAN'YŌ*

Laut Peattie (2005, 228) erkannte Japan, dass die Eroberung von Pazifikinseln besonders interessant sein könnte, da es von großem expansionspolitischem Vorteil wäre, über Marinestützpunkte im Pazifik zu verfügen. Am Ende des Ersten Weltkrieges wurde Japan vom Völkerbund das Mandat über die ehemals deutschen Kolonien auf den Mariannen- und Karolinen-Inseln zugesprochen (Wilson und Cribb 2017, 81). Die Inseln sind auch unter Nan'yō oder als das Japanische Südseemandat bekannt. Das sogenannte „C-Mandat“ erlaubte Japan über die Inseln zu regieren als wäre es japanisches Gebiet. Weiters wurden die Inseln für internationalen Handel geöffnet. Bedingung für das C-Mandat aber war, dass Japan dem Völkerbund regelmäßig über Verwaltung der Inseln zu berichten hatte, und Peattie (2005, 228) führt weiter aus, dass hier keine Militärbasen errichtet werden sollten – genau das, was sie ursprünglich erwartet hatten, wurde also verboten.

#### 3.4.3. *EXPANSIONSVERSUCHE IN RUSSLAND*

Die Russische Revolution von 1917 und der Zusammenbruch des Zarenreichs führte viele westliche Länder – insbesondere Großbritannien und die Vereinigten Staaten – dazu, im Osten Sibiriens gegen die Bolschewiken einzugreifen oder gar die lokale Weiße Bewegung<sup>5</sup> zu unterstützen. Japan sah den Umbruch in Russland einerseits als Chance, selbst in sibirische Gebiete zu expandieren, war aber auch durch den angloamerikanischen Einfluss alarmiert. Somit sendete die japanische Regierung ihre eigenen Truppen mit mehr als 70.000 Soldaten nach Sibirien. Sie besetzten Wladiwostok und kamen Richtung Westen bis zum Baikalsee. Die Militärintervention stellte sich für Japan allerdings längerfristig als Fehlschluss heraus, da sie finanziell sehr kostspielig war und laut Wilson politisch schlecht gehandhabt wurde. Zudem scheiterten die japanischen Truppen daran, ernsthafte politische Unterstützung der

---

<sup>5</sup> Die Weiße Bewegung bzw. deren bewaffnete Truppen, die als Weiße Armeen bekannt sind, sahen die Vernichtung des aufkeimenden Kommunismus bzw. der Bolschewiki als ihr erklärtes Ziel (Soviet Union 2018).

sibirischen Bevölkerung zu gewinnen. Erst 1922 zog Japan die letzten Truppen aus Russland zurück und behielt die Kontrolle nur noch über Nordsachalin (Narangoa und Cribb, 2014, vgl. Wilson et al. 2018, 81).

#### 3.4.4. *DIE INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT*

Besonders die 21 Forderungen an China wurden also international stark kritisiert. In China und Korea traten vermehrt anti-japanische nationalistische Widerstandsgruppen auf, die von US-Präsident Woodrow Wilson unterstützt wurden (Wilson und Cribb 2017, 81). Linhart weist darauf hin, dass die Bewertung der 21 Forderungen bis ins 21. Jahrhundert in China und Japan höchst unterschiedlich ausfällt. Für chinesische Historiker\_innen stellen sie übelst imperialistische Politik dar, die die chinesische Unabhängigkeit hinterfragt hätten; während die japanische Seite besagt, dass die 21 Forderungen lediglich eine Übersicht des Status quo bedeutet hätten. Linhart sagt weiter, dass der politische und ökonomische Gewinn aus den 21 Forderungen aus heutiger Sicht als bedeutungslos für Japan gewertet wird, da es nach der Washingtoner Konferenz unabhängig davon auf seine Interessen in Shandong verzichtete (Linhart 2007, 26).

Im Jänner 1918 wurden jene 14 Punkte entworfen, die als Basis für Friedensverhandlungen gelten sollten. In einer zusätzlichen Reihe von Verträgen, die während der Flottenkonferenz in Washington D. C. zwischen 1921 und 1922 verhandelt wurden, wurde Japans Einfluss weiter zurückgedrängt. Zu diesen Verträgen zählten das Viermächteabkommen zwischen Japan, Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Frankreich, welches die Anglo-Japanische Allianz ablösen sollte; das Fünfmächteabkommen (zusätzlich mit Italien), welches das Einsetzen von Kriegsschiffen einschränken sollte; und schließlich das Neunmächteabkommen, welches China vor weiteren einseitigen Forderungen (wie die der 21 Forderungen) schützen sollte. Japan zog sich von der Shandong-Halbinsel zurück, ebenso die bereits erwähnten Truppen von Sibirien. In einem 1925 unterzeichneten Friedensvertrag bestätigte Japan erstmals wieder seine diplomatische Anerkennung von Russland und zog schließlich auch die Truppen aus Nordsachalin wieder ab (Zöllner 2006, 344f). Im 1919 neu gegründeten Völkerbund wurde Japan neben Großbritannien, Italien und Frankreich eines der vier ständigen Mitglieder des Völkerbundesrates, und war ebenso 1919 als industriell hochentwickeltes Land einer von neun Gründungsstaaten der Internationalen

Arbeitsorganisation (ILO). Allerdings gelang es Japan nicht immer seine Forderungen in Verhandlungen zu realisieren. Beispielsweise konnte es sich nicht durchsetzen, in der Präambel der Charta des Völkerbundes eine Grundsatzerklärung einzufügen, die das Prinzip der Gleichheit aller Nationen und Rassen anerkennt, und sich für eine gerechte und gleiche Behandlung der Bürger aller Nationen einsetzen würde. Es bildete sich zwar eine Mehrheit dafür, aber Woodrow Wilson sprach sich dagegen aus und schlug vor, solche weitreichenden Beschlüsse nur noch mit Einstimmigkeit genehmigen zu lassen – somit war der Antrag Japans gefallen. Auch bei der Washingtoner Flottenkonferenz 1921–1922 musste Japan hinnehmen, dass es hinter den dominierenden englischsprachigen Mächten der USA und Großbritannien nur einen zweitrangigen Platz in der Gemeinschaft internationaler Großmächte einnahm (Linhart 2007, 26f).

Über Japans Handeln um und im Ersten Weltkrieg kann resümiert werden, dass das Kaiserreich expansionspolitisch offenbar keinen Halt machte. Mit der Stadt Tsingtao, der chinesischen Halbinsel Shandong und später den Nan'yō-Inseln im Pazifik rissen sie deutsche Kolonialgebiete an sich, wobei sie sich nach dem Weltkrieg wieder von Shandong zurückzogen. Um künftig die Macht auch in China weiter auszubauen, stellten die Japaner die sogenannten 21 Forderungen, die so extrem ausfielen, dass es einen internationalen Aufschrei zugunsten Chinas gab. Nach dem Ersten Weltkrieg invadierten japanische Truppen Russland, was schließlich Anfang der 1920er Jahre mit einer Reihe von Friedensverträgen beendet wurde.

### 3.5. MILITÄRISCHE AGGRESSIONEN GEGEN DIE MANDSCHUREI UND CHINA

Dieses Unterkapitel soll eine neue Phase der militärischen Aggression Japans ab Ende der 1920er Jahre veranschaulichen. Die Kwantung-Armee agierte ohne Mandat der japanischen Behörden, verursachte Morde, Explosionen und setzte schließlich den neuen Marionettenstaat Mandschukuo ein. International fand das keinerlei Akzeptanz und aus diesem Grund verließ Japan 1933 den Völkerbund. Japan ließ sich auch in den späteren 1930ern nicht bremsen und begann chinesische Truppen auf der Marco-Polo-Brücke bei Peking zu attackieren. Diese Kampfhandlungen sollten wiederum zum Zweiten Japanisch-Chinesischen Krieg führen, der erst zusammen mit dem Zweiten Weltkrieg 1945 sein Ende nahm. Das japanische Militär erlangte zwar ab dem Russisch-Japanischen Krieg zunehmend

mehr Macht, doch die Attacken, Invasionen und die Eroberungskriege in China waren derart gewaltsam und offensiv, dass hier eine neue, aggressivere kolonialistische Phase Japans identifiziert werden kann.

### *3.5.1. VON DER MANDSCHUREI ZUM MARIONETTENSTAAT MANDSCHUKUO*

Linhart (2007, 29) hebt hervor, dass für viele Historiker\_innen der lange Krieg in Ostasien mit den japanischen Angriffen auf die Mandschurei begann, der erst im August 1945 zu Ende sein sollte. Dies bestätigt sich auch in dieser Arbeit. Teile des japanischen Militärs agierten laut Wilson et al. (2018, 81) zunehmend autonom. Insbesondere die Kwantung-Armee, die im Kwantung-Pachtgebiet (südlicher Teil der Liadong-Halbinsel – inklusive Port Arthur) eingesetzt war, zeigte ihren eigenen Willen unabhängig von den japanischen Behörden. Angesichts der Distanz fiel es Tokio auch sehr schwer, die Armee zu kontrollieren. Frühstück (1999, 98) führt weiter aus, dass die japanische Herrschaftsgewalt zu diesem Zeitpunkt weitere militärische Expansionen in der Mandschurei ablehnte. Das damals gültige Militärgesetz, welches besagte, dass Truppenbewegungen in feindlichem Gebiet ohne Zustimmung des Kaisers unter Todesstrafe zu stellen sind, wurde aber von der Kwantung-Armee ignoriert. Abgesehen von einzelnen Regionen unter japanischer Kontrolle wurde das Kwantung-Pachtgebiet von Zhang Zuolin dominiert. Zhang Zuolin regierte über ein friedliches und wohlhabendes Land, so Wilson (2017, 82), das zudem effektiv unabhängig von China war. Nach dem Jahre 1925 begann er seine Armee aufzubauen, weil er selbst Expansionsambitionen in Richtung China hatte. Dies brachte ihm, abgesehen von viel Kritik, auch eine sehr hohe Belastung der regionalen Wirtschaft ein. Lange hatte Japan auf eine Zusammenarbeit mit Zhang Zuolin gesetzt, er galt als projapanisch. Doch er begann zunehmend nur noch seine eigene Politik zu verfolgen und Anweisungen Japans zu ignorieren (Linhart 2007, 28f). Da er der Kwantung-Armee dadurch ein Dorn im Auge war, beging diese ein Attentat auf ihn, indem sie 1928 eine Bombe installierte, und zwar unter dem Zug in welchem er gerade in die Hauptstadt namens Mukden (mittlerweile Shenyang) reiste (Wilson und Cribb 2017, 82). Zhang Zuolins Sohn Xueliang verbündete sich nach dem Tod seines Vaters im Dezember 1928 mit Chiang Kai-shek, somit geriet die Mandschurei unter Einfluss der chinesischen Regierung (Zöllner 2006, 352). In Tokio selbst führte die Aktion

zum Rücktritt der japanischen Regierung (Linhart 2007, 29). Die Kwantung-Armee aber wagte unterdessen weitere imperialistische Schritte.

Im September 1931 führte die japanische Kwantung-Armee ein geheimes Unterfangen aus. Militärische Einsatzkräfte ließen auf der Strecke der südmandschurischen Eisenbahn in der Nähe von Mukden eine Bombe hochgehen. Sie beschuldigten China hinter der Sabotage zu stecken, ignorierten die zentrale Herrschaftsgewalt in Tokio, und benutzten den Vorfall als Grund die Mandschurei einzunehmen. Bis Februar 1932 hatten Truppen der Kwantung-Armee zusammen mit Truppen der koreanischen Armee die komplette Mandschurei besetzt. Gerade diese Stärke der Kwantung-Armee machte es dem Zentralorgan in Tokio schwierig gegen die Operationen der Armee zu argumentieren. Die japanische Regierung war aber nach wie vor gegen eine direkte Annektierung der Mandschurei. Stattdessen gründete die Kwantung-Armee einen „neuen Staat“, welche sie Mandschukuo nannte, was übersetzt Mandschu-Staat bedeutet. Damit setzten die Japaner den letzten Kaiser der Qing-Dynastie ein, Aisin-Gioro Puyi (Wilson und Cribb 2017, 82).

Obwohl sie damit konfrontiert wurden, bestritten Offiziere der Kwantung-Armee, dass sie Imperialisten waren – im Gegenteil – sie behaupteten, dass sie die Selbstbestimmung der Einwohner\_innen der Mandschurei sogar unterstützten. Laut Duara (2003, vgl. Wilson und Cribb 2017, 82) sollte Mandschukuo auch als Mikrokosmos dargestellt werden, in dem Menschen verschiedener Herkunft in Harmonie miteinander lebten. Weiters sollten die angesiedelten japanischen Kolonisten den indigenen Mongolen und Mandschu sowie den immigrierten Chinesen, Koreanern und Russen die Herrschaft über Mandschukuo überlassen.

### 3.5.2. *DIE INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT*

Japans neues aggressives Handeln kann laut Iriye (vgl. Beasley 1987, 10) auf die Weltwirtschaftskrise 1929 zurückgeführt werden. Zuvor wurden internationale Allianzen geschlossen, es wurde kooperiert. Nun geriet Japan aufgrund globaler wirtschaftlicher Bedingungen in eine Art nationale Angst. Das primäre Ziel war nun, durch Invasionen militärische und territoriale Kontrolle über Grund und Ressourcen zu erlangen, was längerfristig wiederum wirtschaftliche Sicherheit bringen sollte.

Verglichen mit anderen militärpolitischen Operationen und Entscheidungen Japans, wäre zu erwarten, dass die internationale Gemeinschaft schon längst aufgeschrien hätte. Aber

gerade Großbritannien, die USA und die Sowjetunion hielten sich lange zurück, was das Kommentieren der Operationen Japans in der Mandschurei betraf. Frühstück (1999, 98) stellt gegenüber, dass keines der Länder einen Konflikt mit Japan auslösen wollte, da sich alle aus verschiedenen Gründen in ökonomisch schwierigen Lagen befanden. Aber nachdem die Kwantung-Armee 1932 noch weiter ging und Kampfhandlungen in Shanghai provozierte, lief das Fass über, und Japan wurde international mit viel Kritik konfrontiert. Die Kwantung-Armee führte die Militäroperation in Shanghai aus, um von der Errichtung des Marionettenstaats Mandschukuo abzulenken. Ein Jahr später jedenfalls verließ Japan wegen internationaler Kritik seiner Kampfhandlungen in der Mandschurei den Völkerbund (Frühstück 1999, 98). Wilson (2017, 82) führt hier aus, dass auf Wunsch Chinas eine Kommission des Völkerbunds eingerichtet wurde, welche untersuchen sollte, inwiefern Japans Interventionen in der Mandschurei gerechtfertigt waren. Obwohl der Bericht der Kommission recht wohlwollend gegenüber Japan war, argumentierte die Kommission mit der Explosion bei der Eisenbahn gegen die Rechtfertigung Japans, und wies auf den Fakt hin, dass der Großteil der chinesischen Bevölkerung den neuen Staat Mandschukuo ablehnte. Als der Völkerbund den Bericht positiv abstimmte und sich somit gegen das Handeln Japans stellte, verließ die japanische Delegation aus Protest den Saal. Diese Reaktion wurde als Zeichen wahrgenommen, dass sich Japan zunehmend von der internationalen Gemeinschaft isolieren wollte. Wilson (2017, 82) weist allerdings darauf hin, dass der Bedeutung dieses Zwischenfalls nicht zu viel Wert beigemessen werden sollte. Bemerkenswert ist jedenfalls, dass Mandschukuo bis 1939 nur von acht Staaten weltweit anerkannt wurde. Trotzdem bemühten sich viele Staaten – auch China – darum, die diplomatischen Beziehungen und die Handelsverbindungen mit Mandschukuo aufrechtzuerhalten. Zudem wurde Japan 1936 ausgewählt, die Olympischen Spiele 1940 (nachträglich annulliert) auszutragen, um ihnen trotzdem noch Respekt innerhalb der internationalen Gemeinschaft zu bekunden (Wilson und Cribb 2017, 82).

### 3.5.3. ZWEITER JAPANISCH-CHINESISCHER KRIEG 1937–1945

Japan erlangte also direkte Kontrolle über die Mandschurei und expandierte in weitere nordchinesische Provinzen, die allesamt wirtschaftlich genutzt wurden. Als nächster Schritt sollte im Juli 1937 der Ausbau der Schwerindustrie Japans im Parlament beschlossen werden.

Doch im gleichen Monat wurde der Zweite Japanisch-Chinesische Krieg durch eine Schießerei nahe der Marco-Polo-Brücke in einem Vorort von Peking ausgelöst. In Japan herrschten nun Meinungsverschiedenheiten über das weitere Vorgehen nach diesem Zwischenfall. Befürworter der Ausweitung des japanischen Marktes waren gegen die Ausrufung eines Krieges, weil sie glaubten, dass ein Krieg zu diesem Zeitpunkt ihre Pläne der Kolonisation durchkreuzen würde. Sie fürchteten sich auch vor dem Verlust von bisher errungenen Gebieten. Allerdings wurde diese Gruppe überstimmt. Die anderen waren davon überzeugt, dass der „China-Zwischenfall“ („Shina jihen“) ein Grund war, die nationalistische Bewegung in China zu attackieren. Und das gelang: Peking wurde innerhalb eines Tages und einer Nacht von der japanischen Armee eingenommen. Die Truppen marschierten weiter gen Süden in Richtung des Yangtze-Flusses (Wilson und Cribb 2017, 84). Der japanische Ministerpräsident Konoe Fumimaro legte Chiang Kai-shek nach der Schießerei an der Marco-Polo-Brücke folgende Forderungen vor, die eine „grundlegende Lösung der chinesisch-japanischen Beziehungen“ darstellen sollten: Japan verlangte von der chinesischen Regierung die Anerkennung Mandschukuos, den Beitritt zum Anti-Komintern-Pakt, und die Beendigung aller antijapanischen Aktivitäten in China. China antwortete am 14. August mit einer Bombardierung japanischer Marineeinrichtungen in Shanghai (Linhart 2007, 31). Am 15. August rief das chinesische Generalstabshauptquartier die allgemeine Mobilmachung aus. Das bedeutete, dass nun auch die chinesische Seite den Krieg anordnete und somit der Zweite Japanisch-Chinesische Krieg offiziell seinen Anfang nahm und für acht Jahre andauern sollte (Zöllner 2006, 365). Ein paar Monate später, im Dezember 1937, machte sich die japanische Armee in Nanking für eines der schrecklichsten Kriegsverbrechen gegen China verantwortlich. Das Massaker von Nanking ging mit tausenden von Vergewaltigungen und Morden der Japaner an chinesischen Zivilist\_innen in die Geschichte ein (Frühstück 1999, 100). Wilson (2017, 84) verdeutlicht, dass das Massaker zwischen 40.000 und 300.000 Tötungen hervorbrachte. Die Zahlen variieren je nachdem, welche zeitliche und räumliche Skala herangezogen wird. Und abhängig davon, ob chinesische oder japanische Quellen betrachtet werden, fällt die Berichterstattung über das Massaker unterschiedlich aus. Chinesische Quellen behandelten das Massaker als einen Akt von unsäglich Grausamkeit gegen eine wehrlose Bevölkerung. Japanische Texte betonten, dass die Tötungen während fortlaufender Kampfhandlungen stattfanden. Jedenfalls gibt es keine Zweifel, dass die

japanischen Truppen zehntausende hilflose Zivilist\_innen ermordeten, chinesische Soldaten entwaffneten und tausende Frauen vergewaltigten (Wakabayashi, 2007, vgl. Wilson und Cribb 2017, 84).

Niemand rechnete damit, dass der Krieg jahrelang anhalten sollte. Japan bezweckte, den Krieg zu gewinnen und zudem autark zu werden, was sich allerdings als unüberwindbare Barriere erwies. Konträr zu ihren Wünschen und Erwartungen machten sie sich vermehrt abhängig von anderen Mächten (besonders von den USA) was Kriegsmittel betraf. Zudem verschärfte sich die Versorgungslage in Japan, nachdem der Zweite Weltkrieg in Europa ausgebrochen war, da es von mehreren Handelspartnern abgeschottet war. Die Besetzung Frankreichs hatte zur Folge, dass die USA ihre Aufrüstung intensivierte und für ein härteres Vorgehen gegen Japan eintrat. Und der Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion beendete schließlich jegliche Hoffnungen auf Kriegsmaterial und Rohstoffe aus anderen Ländern, abgesehen von den USA. Letzten Endes führte das zu folgenschweren Entscheidungen der Japaner in den Jahren 1940 und 1941 (Frühstück 1999, 100).

Mit dem Bewusstsein, dass die Eroberung ganz Chinas mit Schwierigkeiten verbunden war, war Japan bereit für Verhandlungen. Dementsprechend wurde erwartet, dass das Ergebnis lediglich begrenzte und überschaubare Gewinne für die japanische Seite erzielen sollte. Chinas Präsident Chiang Kai-shek wollte aber nur unter der Bedingung verhandeln, dass die Grenzen wieder wie zu Vorkriegszeiten gezogen werden sollten. Währenddessen sollten die japanischen Truppen Widerstand von verschiedenen Kräften bekämpfen: die Guomindang-Streitkräfte – jene Guerillas, die hinter den Reihen der japanischen Truppen arbeiteten – und schließlich die Kommunistische Partei Chinas (Mitter, 2013, vgl. Wilson und Cribb 2017, 84).

Japan verwickelte sich also zunehmend in einem strapaziösen und brutalen Krieg, der sich quasi über ganz Ostchina verbreitet hatte. Zusätzlich zur japanischen Militärstrategie bemühten sie sich, Bündnisse mit politisch nahen Gruppen in China einzugehen. Mit ihrer Suche nach Unterstützung waren sie tatsächlich erfolgreich. Die japanischen Truppen rekrutierten bedeutende Unterstützer der Inneren Mongolei. Diese waren während der chinesischen Revolution 1911 daran gescheitert ihre Unabhängigkeit zu erreichen und waren mit Verlust von Land und einem wachsenden politischen Einfluss der Guomindang konfrontiert. Weiters mobilisierten die japanischen Truppen Chinesen, die Japan als beste

Instanz sahen, um die chinesische Wirtschaft zu fördern. Zudem waren antikommunistische Chinesen willkommen, die japanische Armee in dieser Hinsicht zu unterstützen. Der führende Guomindang-Politiker, Wang Jingwei, wechselte zur japanischen Armee. Er glaubte, dass der Westen eine größere Gefahr für China darstellte als Japan. Weiters verurteilte er Chiangs Annäherung zwischen China und den USA als Verbündete gegen Japan. 1940 ging er gar soweit, dass er entschloss, die sogenannte „Neuorganisierte Regierung der Republik China“ zu führen (Brook 2005, vgl. Wilson und Cribb 2017, 84).

Nach einer Reihe von ordnungswidrigen Operationen und Invasionen der Kwantung-Armee im gleichnamigen Pachtgebiet auf der Liaodong-Halbinsel, rekonstituierten die Japaner die Mandschurei als „neuen unabhängigen Staat“ – ein Marionettenstaat mit dem Namen Mandschukuo. Der Völkerbund empfahl Japan, sich von der Mandschurei zurückzuziehen, was ignoriert wurde und darin resultierte, dass Japan den Völkerbund als Mitglied verließ. 1937 begann mit Kampfhandlungen nahe von Peking der Zweite Japanisch-Chinesische Krieg, der mit dem Massaker von Nanking seinen Höhepunkt fand. Trotz erheblichem Widerstand Chinas – insbesondere von kommunistischen und nationalistischen Gruppen – wurden zusätzlich die Innere Mongolei und Chinas nördliche Provinzen von der japanischen Armee eingenommen. In den letzten Jahren bevor das japanische Imperium 1945 zusammenbrach, schien Japan mit seinen expansionspolitischen Entscheidungen und seiner Beschränktheit gegenüber der internationalen Gemeinschaft nochmals martialischer geworden zu sein. Dies bestätigt sich auch im folgenden Unterkapitel, welches den Pazifikkrieg thematisiert.

### 3.6. INNEN- UND AUSSENPOLITISCHES AUFRÜSTEN ALS LETZTE PHASE DES KOLONIALISMUS

Mit dem Pazifikkrieg zwischen 1937 und 1945 agierte Japan zunehmend imperialistischer und plante das Land im Inneren wie im Äußeren komplett für den Krieg zu mobilisieren und zu organisieren. Mit dem Besetzen von Indochina, Niederländisch-Indien, Burma und vielen weiteren Gebieten war das erklärte Ziel Japans, ein Imperium unter dem klingenden Namen einer „Großasiatischen Wohlstandssphäre“ zu errichten. Japan musste dementsprechend mit internationaler Kritik rechnen, besonders in der Form von Handelsembargos seitens der Vereinigten Staaten. Die Schlachten mit den USA erlangten

mit dem Angriff auf Pearl Harbor ihren Höhepunkt und fanden mit den US-amerikanischen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki ihr Ende.

### *3.6.1. PAZIFIKKRIEG AB 1937*

Mit dem Höhepunkt des Ultrationalismus im September 1940 unterzeichnete Japan den Dreimächtepakt (zuvor den Antikominternpakt von 1936) zusammen mit Deutschland und Italien. Darauf folgten Einführungen von Handelsembargos von US-amerikanischer Seite (Frühstück 1999, 102). Die Vereinigten Staaten waren nach und nach davon überzeugt, dass Japans Kontrolle über China unvereinbar mit ihren eigenen Interessen war, und beschlossen 1938 Handelsbeschränkungen gegen Japan einzuführen. Im Jahre 1940 stoppten sie zudem den Export von Metallen nach Japan und verboten japanischen Schiffen den Panama-Kanal zu durchqueren. Im darauffolgenden Jahr wurde das Embargo ausgeweitet, Ölexporte wurden blockiert und das gesamte Vermögen der Japaner, welches in den USA angesiedelt war, wurde eingefroren. Und weil sich Japans Devisen in den USA befanden, blockierte diese Maßnahme Japan vollständig vom internationalen Handel. Die Hull-Note der US-amerikanischen Regierung vom November 1941 enthielt, dass das Embargo unter der Bedingung aufgehoben würde, wenn sich Japan komplett aus China zurückziehen würde. Die japanische Regierung war von der Hull-Note keineswegs überzeugt und wählte eine neue Strategie. Sie plante Militärschläge in weiteren südostasiatischen Regionen, um sich einerseits die Kontrolle der dortigen Ölvorkommen zu sichern, und um andererseits die US-amerikanische Marine zu schwächen (Ike 1967, vgl. Wilson und Cribb 2017, 84).

Am 8. Dezember 1941 griffen die japanischen Truppen Thailand und Britisch-Malaya an und kurz darauf den US-amerikanische Marinestützpunkt in Pearl Harbor auf Hawaii. Laut Linhart (2007, 33) war der Angriff Japans auf Pearl Harbor eigentlich eine Verzweiflungstat und versuchte einerseits die Pazifikflotte der USA zu vernichten und die überlegenen USA somit an den Verhandlungstisch zu bringen. Es gelang aber nicht nach Japans Vorstellungen. In den darauffolgenden sechs Monaten sollte die japanische Armee nahezu ganz Südostasien attackieren. Um genau zu sein, bekämpfte sie britische, niederländische, US-amerikanische und australische Truppen und fasste etwa 130.000 westliche Kriegsgefangene (Tarling 2011, vgl. Wilson und Cribb 2017, 84). Somit nahm die japanische Armee die Philippinen,

Hongkong, Singapur und Indonesien ein. In den folgenden Monaten besetzte sie ein Gebiet, dessen Grenze durch Burma, Thailand, Malaysia, Singapur, Sumatra, Java, Borneo, die Celebes-Inseln und die Solomon-Inseln gezogen wurde. Bis März 1942 waren die japanischen Truppen bereits bis nach Neuguinea vorgedrungen und standen für den Angriff auf Australien bereit. Zu diesem Zeitpunkt war man vom Erfolg dieser Blitzkriegsstrategie überzeugt, diese Hoffnungen sollten sich aber spätestens 1943 als falsch erweisen (Wilson und Cribb 2017, 84).

Frühstück (1999, 101) sieht die Gründe für den Pazifikkrieg seitens Japans ebenfalls im Konflikt mit China, in der Abhängigkeit von Ressourcen aus dem Ausland und in den Achsenmächten mit dem Deutschen Reich und Italien. Frühstück aber fokussiert sich thematisch auf die (fehlenden) Ressourcen. Um ein paar Beispiele zu nennen: Etwa die Hälfte der japanischen Bevölkerung war in der Landwirtschaft beschäftigt, und trotzdem mussten 20 Prozent des Reisbedarfs pro Jahr importiert werden. Anfang des Zweiten Weltkriegs war die durchschnittliche Kalorienzufuhr pro Kopf nur sehr knapp über dem Minimum, gleichzeitig wuchs die Bevölkerung rasant an – zwischen 1930 und 1944 um 14 Millionen auf 77 Millionen Einwohner\_innen. Am Ende des Krieges hungerte die Bevölkerung. Rohstoffe hätten mit einer riesigen Flotte aus den kolonialisierten Gebieten herangeschafft und die Seestraßen dazu freigehalten werden sollen – keine der zwei Bedingungen hatte Bestand.

### *3.6.2. AUFRÜSTUNG INNERHALB JAPANS*

Um Japan „kriegsfit“ zu machen, wurde das gesamte Land auf jeder Ebene neu aufgestellt. 1940 also wurde die „Neue Nationale Organisation“, bekannt unter „Shintaisei“ von Premierminister Fumimaro eingeführt. Die Parteien wurden aufgelöst und stattdessen ein „Bund zur Förderung der Kaiserherrschaft“ implementiert. Dieser beinhaltete die „allgemeine Mobilmachung“ an der Front, die „Mobilisierung des Volkswillens“ und die „geistige Mobilisierung“. Die „allgemeine Mobilmachung“ bedeutete die Umgestaltung des gesamten Landes für den Krieg. Und tatsächlich waren 1941 alle Ebenen reorganisiert, von den Nachbarschaftsgruppen bis zu den Städtekomitees. Die Nachbarschaftsgruppen, oder „tonarigumi“, waren dafür verantwortlich Regierungspropaganda zu vervielfältigen, Rationierungen bereitzustellen, zivile Verteidigung zu organisieren und Spenden zu sammeln. Die „Mobilisierung des Volkswillens“ sah vor, alle sozialen, kulturellen und politischen

Organisationen zu verbinden. Es wurde massiver Druck auf Gewerkschaften, Zeitungen, Berufsorganisationen und Parteien ausgeübt, wenn sie nicht gerade verboten wurden. Ziel war, dass sie als einheitliche Organisation zu agieren hatten und im Sinne der japanischen Regierung für den Krieg zu handeln hatten. Schließlich bestand die „geistige Mobilmachung“ darin, konformes Denken und Nationalismus im Sinne der Vergangenheit Japans in Schulen und Universitäten zu lehren. Das damals neue Lehrbuch „Die Grundlagen der Staatsform Japans“ beinhaltete einerseits die Veranschaulichung der Besonderheit des japanischen Volkes und andererseits deren essenzielle Aufgabe, zwischen Ost und West eine Brücke zu schlagen (Frühstück 1999, 101f).

### 3.6.3. DIE „GROSSASIATISCHE WOHLSTANDSPHÄRE“ BIS ZUM ENDE DES KRIEGES

Im Jahre 1940 veröffentlichte der japanische Außenminister Pläne, mit denen die sogenannte „Großasiatische Wohlstandssphäre“ kreiert werden sollte. Das war eine euphemistische Bezeichnung, die gegenseitige Achtung von verschiedenen asiatischen Kulturen vorsah, gegen Kommunismus eintrat und komplementäre Wirtschaft im ostasiatischen Raum anberaumte. In Wirklichkeit aber bedeutete die „Großasiatische Wohlstandssphäre“, südostasiatische Gebiete zu erobern, um dort Kriegsindustrien zu errichten, unter dem Vorwand asiatische Gemeinschaften von westlicher Herrschaft zu befreien. Das alles lief unter dem Slogan „Asien für die Asiaten“ (Wilson 2018, 85). Linhart (2007, 35) zeigt, dass unter revisionistischen japanischen Historikern eine andere Sichtweise vorherrscht: Japans Armee habe während des Zweiten Weltkriegs für die Befreiung von asiatischen Ethnien vom westlichen Imperialismus gekämpft, sodass die japanischen Kriegsanstrengungen schließlich mit antikolonialem Befreiungskampf gleichgesetzt werden könnten. Um zu betonen, dass Japan der Befreier war, überließen sie Thailand deren Regionen, welche im späten 19. Jahrhundert von Frankreich und Großbritannien eingenommen worden waren. Außerdem bewilligten sie Burma und den Philippinen nominelle Unabhängigkeit (Wilson 2018, 85). Linhart (2007, 36) wirft hier ein, dass Japan ganz klar an der Installierung projapanischer Regierungen interessiert war, und am ehesten jenen Ländern Unabhängigkeit zustehen wollte, die relativ weit von Japan entfernt waren, während die eng angrenzenden Länder wie Taiwan und Korea möglichst assimiliert werden sollten.

Weiters starteten die japanischen Behörden Propagandakampagnen, um die direkte Unterstützung der lokalen Bevölkerungen zu gewinnen. Aber die „Großasiatische Wohlstandssphäre“ verwirklichte sich nie. Wilson (2018, 85) sieht hier mehrere Ursachen für das Scheitern. Zum einen war die japanische Wirtschaft zu klein, um alle Produkte der Regionen zu verarbeiten, welche zuvor in großen Mengen in die USA und nach Europa exportiert wurden. Zum anderen blockierte die US-amerikanische Marine den Schiffstransport. Die außerdem schon genannten fehlenden Konsumgüter und die Arbeitslosigkeit führten zusammen mit einem überproportional großen Reismarkt zu Hungerkatastrophen, besonders im Norden Indochinas und in Java. Und genau in Indochina, auf den Philippinen und in Malaya sollten die japanischen Truppen mit maßgeblichem Widerstand von kommunistischen Guerilla-Truppen rechnen. Denn die dringliche Durchführung eines militärischen Projektes, das unter anderem das Erbauen einer Bahnstrecke zwischen Thailand und Burma vorsah, führte zu Zwangsarbeit. Die lokalen Arbeiter\_innen und Kriegsgefangenen wurden gezwungen, bei harten und gesundheitsschädigenden Bedingungen für die Japaner zu arbeiten (Kratoska 2005, vgl. Wilson und Cribb 2017, 85).

Im letzten Abschnitt des Krieges verdrängten die Alliierten die japanischen Truppen von den pazifischen Inseln, den Philippinen und Burma. Groß angelegte Bombardements auf japanische Städte begannen Ende 1944, mit dem Höhepunkt der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945. Die Sowjetunion erklärte am selben Tag (9. August) Japan den Krieg, und Japan kapitulierte am 2. September 1945 bedingungslos. Der Internationale Militärgerichtshof für den Fernen Osten, der 1946 von den Alliierten geführt wurde, klagte 28 militärische und politische Anführer Japans an – wegen Verschwörung gegen den Weltfrieden, Mord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Totani 2008, vgl. Wilson und Cribb 2017, 85). Die Strafe für die Verbrechen gegen den Frieden beinhaltete das Streichen des im Vorhinein anerkannten Rechtes für alle Staaten, Gebiete durch Militäreinsätze erobern zu können. Doch sollte das Unterzeichnen des Friedensvertrags von San Francisco bis 1952 dauern, da Japan so lange seinen Anspruch auf die zuvor eingenommenen Gebiete nicht aufgab. Somit war das Japanische Kaiserreich mit all seinen Kolonien, Protektoraten und Besetzungen Geschichte,

und den Japaner\_innen blieben ihre vier Hauptinseln mit den Ryuku-Inseln und einzelne kleinere küstennahe Inseln (Wilson und Cribb 2017, 85).

Die Gründe für den Pazifikkrieg sind also vielfältig, hängen aber alle miteinander zusammen. Der Druck auf China seitens Japans veranlasste die USA Handelsembargos einzuführen. Jene Embargos zusammen mit der stark wachsenden Bevölkerung Japans führten zu Hunger und Rohstoffknappheit. Die Rohstoffknappheit zusammen mit den US-amerikanischen Embargos hatten wiederum Eroberungskriege in weiteren südostasiatische Regionen zur Folge, um Rohstoffe abzuführen und den Krieg aufrechtzuerhalten. Und nicht zu vergessen ist der Dreimächtepakt mit dem Deutschen Reich und Italien – Japan war also dazu verpflichtet gegen die Alliierten einzutreten. Japan führte mithin aus verschiedensten Gründen Kriegshandlungen gegen die Vereinigten Staaten aus, die mit Pearl Harbor ihren Gipfel erreichten und durch die Atombombenabwürfe seitens der USA beendet wurden. Aufgrund der Weltwirtschaftskrise von 1929 und einer neuen nationalen Angst der Japaner, wurde ab diesem Zeitpunkt militärisch aufgerüstet – ab 1940 sogar auch innerhalb Japans. Das großimperialistische Projekt der „Großasiatischen Wohlstandssphäre“ hatte bis zuletzt zum Ziel, die Kontrolle über weitläufige Gebiete und deren Ressourcen in Ostasien zu gewinnen, um sich gegen Westmächte zu verteidigen.

Mit diesem Kapitel kann resümiert werden, dass mit der Meiji-Periode im 19. Jahrhundert die erste Phase des japanischen Kolonialismus begann. Japan sollte industrialisiert und modernisiert werden, die ungleichen Verträge mit den Westmächten sollten revidiert werden, und Japan sollte sich als ostasiatische Zentrumsmacht positionieren. Ziel war es, durchwegs bis 1945 den japanischen Einfluss auf asiatischem Festland und weiteren Inseln im Pazifik auszuweiten. Mit Eroberungskriegen und Stützpunktvernetzungen vergrößerte sich das Japanische Kaiserreich zu einer mächtigen Kolonialherrschaft. Nach dem Ersten Japanisch-Chinesischen Krieg 1895 erlangten die Japaner ihre erste substanzielle Kolonie mit Taiwan. Der japanische Kolonialismus galt bis zum Russisch-Japanischen Krieg 1905 allerdings eher als feudal. Es waren vielmehr Versuche, als Erfolge, die kapitalistische Akkumulation auszubauen. Der Krieg gegen Russland kann als Wendepunkt identifiziert werden. Japan errichtete ein Pachtgebiet über Kwantung auf der Lioadong-Halbinsel und herrschte ab sofort in Südsachalin, welches in Karafuto umbenannt wurde. Ein Protektorat wurde über Korea gegründet, der japanische Einfluss wurde so stark ausgeweitet, dass Korea schließlich 1910 als

Kolonialgebiet gesamtheitlich annektiert wurde. Der japanische Kolonialismus entwickelte sich in eine modernere Richtung – die Basis war aber nach wie vor eine Allianz zwischen dem Militär und der Bourgeoisie, eingebettet in der japanischen Monarchie. Mit gestärktem Selbstbewusstsein in den Jahren vor und während des Ersten Weltkriegs sollte der japanische Einfluss in Ostasien weiter ausgebaut werden. Die 21 Forderungen an China waren extrem umstritten, trotzdem konnte Japan dadurch seine Kontrolle über die Shandong-Halbinsel und die Stadt Tsingtao vergrößern. Durch den Völkerbund erhielt Japan das sogenannte „Japanische Südseemandat“ über die Mariannen- und Karolineninseln zugesprochen, welche ehemals deutsche Kolonien waren. Der japanische Kolonialismus hatte vorrangig wirtschaftliche Ziele, dementsprechend wurden internationale Allianzen gegründet, Japan beschloss und hielt sich an Friedensverträge. Die Weltwirtschaftskrise 1929 kann anschließend als Umbruch kategorisiert werden. Japan sah sich vermehrt in einer Art nationalen Gefahr, begann eine weitere Stufe militärischer Aufrüstung umzusetzen und entwickelte die Idee eines mächtigen japanischen Imperialreichs mit dem euphemistischen Namen „Großasiatische Wohlstandssphäre“. Ab 1931 handelte die Kwantung-Armee zunehmend eigenständig und machte sich verantwortlich für unzählige Morde, Vergewaltigungen und Bomben. Zudem errichteten sie den Marionettenstaat „Mandschukuo“ in der Mandschurei. Aus diesen Gründen wurde Japan mit internationaler Kritik konfrontiert, und gab anschließend seine Mitgliedschaft im Völkerbund auf. Nicht nur die Kwantung-Armee, auch die zentralen Kolonialautoritäten in Japan selbst waren nun bereit, das Land inner- wie außerhalb zu reorganisieren – einerseits um die Alliierten im Rahmen des Zweiten Weltkriegs zu bekämpfen, und andererseits um ihren Traum der imperialistischen „Großasiatischen Wohlstandssphäre“ zu verwirklichen, was ihnen u. a. Rohstoffe, Kriegsmaterial und Konsumgüter verschaffen sollte, da es ihnen an allem mangelte. Ihre Pläne stellten sich als erfolglos heraus. Die japanische Kolonialherrschaft endete mit dem Zweiten Weltkrieg, und Japan zog sich von allen Kolonien, Protektoraten, Marionettenstaaten und Pachtgebieten auf die vier Hauptinseln, die in heutiger Form noch bestehen, zurück.

## 4. WIDERSTAND GEGEN DIE JAPANISCHE KOLONIALMACHT

Das vorliegende Kapitel beschäftigt sich mit den Kernfragen der vorliegenden Arbeit – dem antijapanischen Widerstand in Ostasien zwischen 1895 und 1945. Widerstand trat von Gebiet zu Gebiet unterschiedlich stark auf. In diesem Sinne liegt der Fokus geographisch zum einen auf den zwei großen substantiellen Kolonien des Japanischen Kaiserreichs: Taiwan und Korea. Zum anderen konzentriert sich die Analyse auf China, weil dieser Staat lange ein expansionspolitisches Ziel Japans war, und außerdem insbesondere deshalb, weil im Nordosten Chinas der japanische Marionettenstaat Mandschukuo erschaffen wurde. Basis der folgenden Auseinandersetzungen sind die Theorien und Ansätze, welche im zweiten Kapitel diskutiert worden sind. Die Analyse der Forschungsfragen für das jeweiligen Gebiet ist systematisch in Unterkapitel gegliedert. Beginnend werden jeweils Beispiele von antijapanischem Widerstand dargelegt. Dies kann Aufstände, Widerstandsbewegungen, institutionalisierter Widerstand oder Guerillagruppen miteinschließen. Darauf aufbauend werden folgende Aspekte behandelt: Zunächst werden die äußeren Umstände, die im Gebiet herrschten, sowie die inneren Motivationsgründe diskutiert, welche die Aufständischen zum Widerstand geführt hatten. Dann wird jeweils der Grad des Widerstands bis 1945 betrachtet, das heißt, es wird analysiert, wie sich der Widerstand vom Beginn der Kolonisation bis zum Zusammenbruch des Kolonialreichs entwickelt hatte. Im Anschluss wird versucht, die Aufständischen in Personengruppen zu kategorisieren, wobei in erster Linie nach sozialer Herkunft klassifiziert wird. Schließlich wird auch der Aspekt der Kollaboration behandelt, das schließt wiederum die Fragen danach ein, welche Personengruppen kollaborierten und aus welchen Gründen.

### 4.1. TAIWAN

Zwischen 1895 und 1945 befand sich Taiwan unter japanischer Kolonialherrschaft. Das vorliegende Unterkapitel befasst sich mit den Forschungsfragen bezogen auf Taiwan: Das beinhaltet zum einen die Formen des Widerstands, wobei hier ein historisch bedeutungsvoller Aufstand als Beispiel herangezogen wird – der Tapani-Aufstand von 1915. Weiter werden die Umstände und Motivationsgründe erläutert, welche die Aufständischen zum Widerstand führten. Der dritte Abschnitt hinterfragt, ob der Widerstand gegen die japanische

Kolonialmacht zu Beginn der Kolonialzeit größer ausfiel als in nachfolgenden Perioden. Daran schließt sich eine Analyse der Aufständischen hinsichtlich deren sozialer und ethnischer Herkunft an. Dies soll die Fragen beantworten, welche Gruppen am stärksten am taiwanesischen Widerstand beteiligt waren. Zum Schluss wird beleuchtet, welche Versuche die Japaner unternahmen, um Widerstand zu unterbinden. Das schließt zwei Formen von Gegenmaßnahmen mit ein: einerseits die gewaltsame Aufstandsbekämpfung mit dem erhöhten Einsatz von Militär und Polizei, und andererseits Anreize für Einwohner\_innen Taiwans, um anstelle des Widerstands Kollaborationen mit der Kolonialmacht einzugehen.

#### 4.1.1. TAPANI-AUFSTAND

Neben dem Musha-Vorfall von 1930 gilt der Tapani-Vorfall von 1915 als einer der größten Aufstände während der japanischen Kolonialzeit in Taiwan – dank des großen Widerstands der taiwanesischen Bevölkerung. Dieser Abschnitt analysiert den taiwanesischen Widerstand gegen die japanische Kolonialherrschaft anhand von Zusammenfassungen der Ereignisse rund um diesen Aufstand.

Der Tapani-Aufstand ist nach jenem Ort benannt, an dem der härteste Kampf stattfand. Der Vorfall ist auch als *Yu Qingfang*-Aufstand bekannt, dem Namen des Rebellenführers. Eine weitere Bezeichnung der Kämpfe ist *Xilai-An*-Aufstand, benannt nach einem Tempel in der Stadt Tainan, wo der Hauptbestandteil des Rekrutierens und Organisierens stattfand (Katz 2005, 388). Für die vorliegende Arbeit wurde entschieden, den Begriff des Tapani-Aufstands zu verwenden. Die Analyse soll sich weitestgehend auf die Menschen von Tapani beziehen, und sich mit der Frage beschäftigen, warum und wie sie Widerstand gegen die japanische Kolonialmacht ausübten.

Der Aufstand startete mit Yu Qingfang, dem Rebellenführer. Anfang Juli 1915, als Japan soeben 20 Jahre Kolonialherrschaft über Taiwan gefeiert hatte, erklärte er den Kolonialherren den Krieg (Cheung 2017, 8). Qingfang (1879–1915) war ehemals Polizeibeamter, Schriftführer und Reisbauer (Katz 2005, 388), und ernannte sich selbst zum *Großen Marshall der wohltätigen Nation der großen Ming* (Cheung 2017, 8). Seine Motive sich gegen die Kolonialherrschaft aufzulehnen, waren nationalistisch und religiös. Am 6. Juli 1915 kündigte er an, dass er „vom Himmel ernannt wurde, die Gerechten zu sammeln und die Banditen zu vertreiben“ (vgl. Cheung 2017, 8). Er protestierte dagegen, dass Japan, welches

zuvor tributpflichtig an China war, „seinen Gebieter verraten hatte“ und dessen Gebiet besetzt hatte (vgl. Cheung 2017, 8).

Obwohl der Aufstand recht sorgfältig organisiert war, wurden die Rebellen schnell von der japanischen Armee besiegt. Polizeiberichte (vgl. Katz 2005, 406f) bestätigen, dass 265 Aufständische während der Kampfhandlungen gegen die Kolonialsoldaten starben. Die japanischen Truppen beschlossen anschließend Häuser von Taiwanern niederzubrennen, die verdächtigt wurden, am Aufstand teilgenommen zu haben. Zahlreiche Quellen der Oral History bekräftigen, dass es sich hiermit um Terrorakte handelte, die von Morden begleitet wurden. Die Japaner töteten mit Maschinengewehren und Flinten. Manche wollten eigenen Aussagen zufolge ihr Samuraischwert testen und köpften Aufständische. Teilweise wurden Dorfbewohner\_innen lebendig verbrannt (Lin Kunshan von Yujing, Interview, 20. März 2001; Xu Sifu von Yujing, Interview, 21. März 2001; Xu Tianyou von Zuozhen, Interview, 9. Juli 2001; vgl. Katz 2005, 407)<sup>6</sup>

So nahm der Tapani-Aufstand seinen Anfang und dauerte über zwei Monate an. Dieser Absatz widmet sich den Zahlen und Fakten. Beendet wurde der Aufstand mit Gegenanschlägen der Kolonialarmee und -polizei (Katz 2005, 389). Es wurden variierende Daten veröffentlicht, was die Anzahl der Todesopfer betrifft. Manche taiwanesischen Quellen postulierten, dass es bis zu 30.000 Tote während des Aufstands gab (Cheung 2017, 8). Die aktuellsten Zahlen zeigen 1.412 Tote und 1.421 Verurteilte; ausgenommen von diesen Berechnungen sind zwei Bezirke, von denen die Aufzeichnungen verloren gingen (Tainan Büro für kulturelle Angelegenheiten 2015, vgl. Cheung 2017, 8). Katz (2005, 389) legt ähnliche Zahlen vor: über 1.000 japanische und taiwanesischen Todesopfer, weitere 1.957 gefangene Taiwaner und Taiwanerinnen, von jenen mussten 1.482 Gerichtsprozesse durchlaufen, und 915 wurden schließlich zum Tode verurteilt. Des Weiteren deutet Katz (2005, 389) darauf hin, dass die Aufständischen vom Norden, vom Süden und von Zentraltaiwan anrückten, doch dass der Großteil – vor allem jene, die Waffen in die Hand nahmen – von den Bergen im Süden Taiwans kamen, wo auch der Aufstand stattfand. Zusammengefasst lässt sich also sagen, dass der Tapani-Aufstand zu hunderten von

---

<sup>6</sup> Mehr dazu (Ch'en 1979, 101f); (T'u 1999, 57f).

Zudem existieren Berichte von Vergewaltigungen auf beiden Seiten (Lü Qinghe von Nanhua, Interview, 5. März 2001; vgl. Katz 2005, 407); (Ta-hsüeh, Shih-lang, und Chia-Hsien 1974, 2, 513, 570-647; 1976, 8, 640-642).

Todesopfern und Festnahmen führte. Weiters hatte er große Fluchtbewegungen zur Folge, sodass die Gesamtbevölkerung der teilnehmenden Dörfer innerhalb der nächsten zwei Jahre um mehr als ein Drittel sank (Katz 2005, 407).

Die Mobilisierung wurde sehr sorgfältig organisiert. Katz (2005, 402) bekräftigt, dass die Aufständischen sehr effektiv arbeiteten, und fügt hinzu, dass das aufgrund der neuen kolonialen Richtlinien möglich war, die eine unmittelbare Bedrohung für sie darstellten. Somit waren viele bereit, gegen jene Richtlinien zu handeln. Viele politisch aktive Angehörige der Oberschicht halfen Qingfang dabei, Aufständische zu rekrutieren und die Revolte zu organisieren.

Die intensive Interaktion der Eliten begründet den Fakt, dass viele der Kämpfer und Kämpferinnen Uniformen trugen und in kleine Gruppen geteilt wurden (Katz 2005, 404). Die lokale Elite versuchte auch, neue Mitglieder mittels religiöser Rituale zu mobilisieren: dazu zählten Prophezeiungen, die Befolgung einer vegetarischen Ernährungsweise, Amulette für alle Aufständischen, Initiationsrituale bei der Aufnahme in die Bewegung und das Anbeten von Bannern vor den Kämpfen. Die Amulette, die alle Beteiligten erhielten, standen einerseits für die Mitgliedschaft in der antijapanischen Widerstandsbewegung, und andererseits wurde geglaubt, dass sie vor der bevorstehenden Apokalypse und vor Geschossen und Schwertern schützen würden (Katz 2005, 405).

#### 4.1.2. UMSTÄNDE UND MOTIVATIONSGRÜNDE

Zunächst werden die Motivationsgründe anhand des Tapani-Aufstands untersucht. Nicht alle Beteiligten teilten die gleichen patriotischen Gefühle gegenüber China, wie Yu Qingfang es tat. Cheung (2017, 8) zeigt, dass manche die Wiederrichtung eines chinesischen Kaiserstaates in Taiwan mit Qingfang oder einem anderen Aufständischen als Herrscher konstituieren wollten – im Unterschied zu jenen, die wiederum ein unabhängiges Taiwan forderten. Im Gegensatz zu Qingfang lehnten viele die Tatsache *nicht* ab, von Kolonialisten beherrscht zu werden, allerdings kritisierten sie die Art und Weise, *wie* sie beherrscht wurden. Laut Cheung lag die Ursache der Rebellion, neben anderen Faktoren, in der Einführung von unverhältnismäßig hohen Steuern sowie japanischer Arroganz und Brutalität (Cheung 2017, 8). Katz (vgl. Cheung 2017, 8) betont, dass jene Faktoren bei Befragungen sehr oft von den Aufständischen genannt wurden, aber dass die japanische Ethnizität der Herrscher keine

entscheidende Rolle gespielt habe. „We now have to pay huge amount of taxes, and all profitable enterprises have been monopolized by the Japanese [...] I couldn't take it anymore. If we could become part of China again, we would no longer have to suffer like this“ [Jetzt müssen wir eine riesige Summe an Steuern zahlen, und alle profitablen Unternehmen wurden von den Japanern monopolisiert [...] Ich konnte es nicht mehr ertragen. Wenn wir wieder Teil von China werden könnten, würden wir nicht mehr so leiden müssen], kritisierte einer der Aufständischen (vgl. Cheung 2017, 8).

Ein zentrales Beispiel der Richtlinien, die von Kolonialbeamten eingeführt wurde, betrifft die Zuckerfabrik Yujing. Sie wurde 1905 von einem großbürgerlichen Taiwaner namens Chen Hongming gegründet, aber 1911 an eine japanische Zuckergesellschaft verkauft (Wen 1999, 114–21). Das trieb viele lokale Zuckerrohrbauern in die Armut. Sie waren komplett abhängig von der Zuckergesellschaft und mussten Zuckerrohr für einen Fixpreis verkaufen, der von japanischen Kapitalisten festgelegt wurde (Katz 2005, 400). Diese Unterdrückung stellte einen wesentlichen Faktor dar, der die Zuckerrohrbauern dazu antrieb, sich dem Tapani-Aufstand anzuschließen. Aber es existieren noch weitere Motive. Manche postulierten, dass Yu Qingfang ihnen im Falle eines Sieges gegen Japan prestigeträchtige Positionen, Grund und Boden sowie Steuerbefreiungen geboten habe (Cheung 2017, 9).

Der außergewöhnlichste Motivationsgrund sich der Widerstandsbewegung anzuschließen, war Qingfangs volksreligiöse Rhetorik, die den Glauben verbreitete, dass eine Apokalypse und anschließende Erlösung bevorstand (Cheung 2017, 9). Laut Katz (vgl. Cheung 2017, 9) wurden diese religiösen Ansichten aber nicht von Qingfang in Umlauf gebracht, sondern sie kursierten schon länger im Süden Taiwans. Daher wollten manche Taiwaner nur in die Bewegung eintreten, um sich und ihre Familien vor der bevorstehenden Apokalypse zu schützen.

Die Nachweise, die in diesem Abschnitt als Gründe für das Anschließen an die antikoloniale Widerstandsbewegung in Tapani dargelegt wurden, unterscheiden sich bei allen Beteiligten. Fünf Motive können zusammengefasst werden: erstens, die aus der Volksreligion entstandene Angst vor der kommenden Apokalypse; zweitens, die Unzufriedenheit mit der Kolonialpolitik (u. a. hohe Steuern, Konfiszierung von Land für Zuckerrohr); drittens, Qingfangs Versprechen von lukrativen Posten, Grundstücken und Steuerbefreiungen für die

Aufständischen im Falle eines Erfolgs; viertens, der Wunsch nach China im Gegensatz zu Japan als Herrscher; und schließlich fünftens, der Wunsch nach taiwanesischer Unabhängigkeit.

#### *4.1.3. GRAD DES WIDERSTANDS ÜBER DIE KOLONIALZEIT HINWEG*

Dieser Abschnitt soll der Frage nachgehen, zu welchem Zeitpunkt oder in welcher Phase der Widerstand in Taiwan am größten war. Das umfasst zum einen die Frage, wie weit sich der Widerstand im ganzen Kolonialgebiet ausgedehnt hatte, und zum anderen, wie intensiv der Widerstand war – dies wird anhand von Zahlen erfasst, d. h. wie viele Personen nahmen an welchem Aufstand teil und wie viele Todesopfer gab es zu beklagen. Die These der vorliegenden Arbeit lautet, dass zu Beginn der Kolonialherrschaft mehr Widerstand geleistet wurde, als später. Der Hypothese nach, wären die Kolonialiserten anfänglich einem drastischen und undemokratischen Herrschaftswechsel ausgesetzt, der mehr oder weniger dazu führen könnte, dass die Unterdrückten sich eher einer Widerstandsbewegung anschließen – auch unter einer Herrschaft mit indirekter politischer Steuerung. Dem gegenüber stehen jüngere Generationen, die bereits im Kolonialismus aufgewachsen sind und sich mit dem Herrschaftssystem eher arrangiert haben. Jene Generationen wären tendenziell weniger dazu bereit, sich zu widersetzen.

Hechter et al. (2009, 38) befürworten, dass der Grad des Widerstands zu Beginn einer Kolonialzeit am höchsten ist. Eines ihrer Hauptargumente besagt, dass die japanische (militärische) Besetzung sowohl in Taiwan als auch in Korea zu Aufständen der Bevölkerung führte. Ein weiteres Argument ist, dass die lokalen Eliten umso weniger gegen die Fremdherrschaft protestierten, je besser die Kolonialbehörden sie behandelten. (Hechter, Matesan, und Hale 2009, 46). Wie im nächsten Kapitel am Beispiel Koreas dargestellt wird, gingen die Kolonialbehörden anfänglich extrem unterschiedlich mit den Bevölkerungen von Taiwan und Korea um. Zu Beginn der Kolonialherrschaft in Taiwan erlaubten die Japaner den Familien der Oberschicht, das Land zu verlassen, um so die Wahrscheinlichkeit zu mindern, dass jene Widerstandsbewegungen innerhalb Taiwans organisierten. Solch eine Möglichkeit wurde den Koreanern und Koreanerinnen der Oberschicht nie geboten, fast gänzlich blieben sie in Korea. Hechters et al. Ansatz ist nachvollziehbar, aber fokussiert sich rein auf die kolonialisierten Eliten. Doch die lokalen Indigenen und Angehörigen der

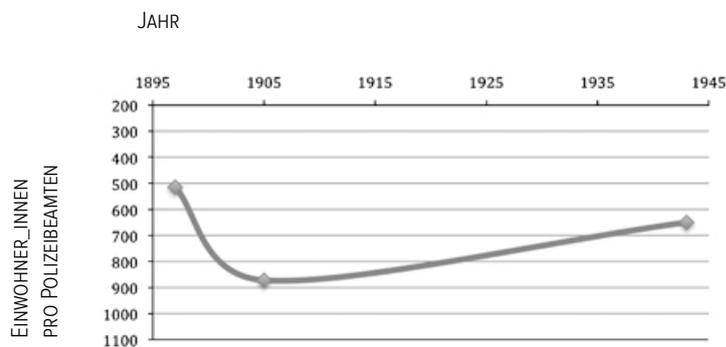
(bäuerlichen) Unterschicht spielten eine signifikant wichtige Rolle in den größten Aufständen gegen die japanische Kolonialherrschaft – Musha und Tapani (Katz 2005, 387).

Nach dem Unterzeichnen des Vertrags von Shimonoseki 1895 – mit dem Taiwan von China an Japan abgetreten wurde – waren die Japaner mit bewaffnetem Widerstand von chinesischen Militärtruppen vom Festland konfrontiert. Nach fünf Monaten war der chinesische Militäraufstand unter Kontrolle (Lamley 1970, 25), aber der Kampf war angeblich nicht komplett zu Ende. Guerillagruppen forderten die Japaner kontinuierlich heraus. Laut Chou (1989, 285) gab es zwischen 1895 und 1902 über 8.000 Konfrontationen lokaler und kolonialer Truppen.

Hechter et al. (2009, 38) meinen, dass der Widerstand gegen die Kolonialherrschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Beginn der Besetzung einen Höchststand erreichte. Sie beziehen sich auf Statistiken von Lamley (2007) und Chou (1996). Sehr deutlich zeigt Roy (2003, 47), dass über 6.000 Taiwaner und Taiwanerinnen während der ersten sechs Monate der Kolonialzeit getötet wurden. Zusätzlich wurden zwischen 1898 und 1902 etwa 12.000 weitere Einwohner\_innen ermordet (Lamley 2007, 207). Darüber hinaus brachten die Kolonialbehörden bis Ende 1897 weitere Militär- und Polizeikräfte nach Taiwan, einschließlich 250 Polizeioffiziere, 3.100 Polizisten, 664 Militäroffiziere und 3.375 Soldaten. Über 4.600 Taiwaner\_innen mussten sich der Todesstrafe stellen, zusätzlich wurden tausende weitere ohne Prozess ermordet (Chou 1989, 180). An dieser Stelle soll betont werden, dass diese Zahlen den Widerstand indirekt messen. Es wird davon ausgegangen, dass Japan als Reaktion auf den Widerstand solch repressive Maßnahmen anwandte. Diese Statistiken zeigen also, dass der Widerstand (und dessen Bekämpfung) zu Beginn der Kolonialzeit sehr hoch ausfiel. Nun wird der Grad des taiwanesischen Widerstands ab 1900 untersucht.

Es folgte ein Zerbröseln des bewaffneten Widerstands. Kerr (1974, 107f) bestätigt, dass zwischen 1900 und 1910 nur zehn Aufstände auftraten. Chen (1972, 477) zufolge waren die 1920er Jahre geprägt von politischen Widerstandsbewegungen, bei denen die Forderungen ohne Anwendung physischer Gewalt zum Ausdruck gebracht wurden. Jene Forderungen beinhalteten antirassistische Maßnahmen, um Gleichheit zwischen verschiedenen Ethnien zu erreichen und den Wunsch nach taiwanesischer Selbstverwaltung (Chen 1972, 477), aber sie drängten nie auf die Befreiung von Japan. Auch Lamley (2007, 233) stellt fest, dass jene Widerstandsorganisationen kaum jemals einen gleichberechtigten und separaten Status

Taiwans forderten, auch nicht innerhalb des Japanischen Kaiserreichs. Hechter et al. (2009, 39) berufen sich weiter auf einen Bericht des britischen Konsulats der Insel Taiwan (1997, 610f), welcher darlegt, dass es in Taiwan während der 1930er Jahre stets friedvoll war. Zur Veranschaulichung zeigt Abbildung 2 die Entwicklung der Anzahl der Einwohner\_innen Taiwans pro Polizeibeamten während der Kolonialherrschaft. Die Zahlen der taiwanesischen Bevölkerungsentwicklung wurden von Taeuber (1961, 102) bezogen, die Anzahl der Polizeibeamten von 1897 und 1905 wurden von Takekoshi (1907, 148f) herangezogen, und die Daten der Polizeibeamten von 1943 kommen von Chen (1970, 147f).



**Abbildung 2 Entwicklung der Polizeizahlen in Taiwan (Hechter et al. 2009, 41)**

Abbildung 2, veröffentlicht von Hechter et al. (2009, 41) zeigt einen starken Rückgang der Quote von Polizeibeamten pro Kopf in Taiwan zwischen 1897 und 1905 und eine leichte Steigerung bis 1943. Diese Zahlen bekräftigen, dass zu Beginn als Reaktion auf den taiwanesischen Widerstand mehr Polizeitruppen eingesetzt wurden. Wie zuvor berichtet, war es in Taiwan ab 1900 friedlicher, was sich ebenso aus Abbildung 2 erschließen lässt.

Die dargestellten Ergebnisse bestätigen alle die These, dass der Grad des Widerstands zu Beginn der Kolonialperiode am höchsten war. Allerdings vernachlässigen beispielsweise Hechter et al. zu erwähnen, dass die größten Aufstände von Tapani und Musha erst später stattfanden – nämlich 1915 und 1930. Alleine in den zwei Monaten des Tapani-Aufstands wurden 1.000 Menschen ermordet (Katz 2005, 389). Ein weiteres Argument gegen Hechters et al. Ansatz, ist der Fakt, dass sich die Forschung rund um Widerstand während den 1920er

und 1930er Jahren tendenziell auf unbewaffnete Widerstandsbewegungen fokussiert hat<sup>7</sup>, die nicht in den von ihnen herangezogenen Quellen widergespiegelt werden. Sie ziehen Daten nur heran, die sich auf Gewalt beziehen: die Anzahl an Todesopfern zeigt die physische Gewalt, das Einsetzen von Polizei- und Militärtruppen die strukturelle Gewalt der Kolonialherrscher.

#### 4.1.4. REBELLIERENDE UND KOLLABORATEURE

Diese Passage thematisiert die soziale und ethnische Herkunft der taiwanesischen Aufständischen. Das schließt mehrere Aspekte mit ein, inklusive die Anzahl der Rebellierenden der Elite, der Bauern bzw. Unterschicht sowie die Anzahl der Indigenen und Han-Chinesen.

Taiwan wurde bis 1895 bereits von den Niederlanden, Spanien und China fremdbeherrscht: 1) die Niederlande (1624-1662); 2) Spanien (1626–1942), das gleichzeitig mit den Niederlanden den Norden der Insel beherrschte; 3) das Cheng-Familienregime (1662–1683); 4) die Qing-Dynastie (1683–1895) (Jacobs 2014, 48). Aus diesem Grund kann ihre taiwanesishe Identität als nicht sehr ausgeprägt klassifiziert werden (Hechter, Matesan, und Hale 2009, 43). Die taiwanesishe Bevölkerung hatte nie ausdrücklich die Chance eine nationale Identität zu formen. Trotzdem begann sich eine taiwanesishe Identität zu entwickeln, als das Land 1895 an Japan abgetreten wurde (das bestätigt auch Tse (2000, 157)). Die Han-Chinesen – die den Großteil der Bevölkerung während dieses Zeitraums in Taiwan bildeten – begannen ebenfalls sich als taiwanesisch zu identifizieren, als Han-Taiwaner und Han-Taiwanerinnen. Weiters wurde im neuen Schulsystem nicht Mandarin als offizielle Sprache unterrichtet, sondern Taiwanesisch (Fujii 2006, 67).

Hinsichtlich der ethnischen Herkunft können in Taiwan zwei Gruppen kategorisiert werden: die Han-Chinesen und die Indigenen. Diese Kategorisierung erscheint aber zu simpel. Die Hoklo siedelten von der chinesischen Provinz Fujian nach Taiwan, stellen heute mit 70 % die größte Ethnie in Taiwan dar. Die Hakka kamen von der Provinz Guandong und teils auch von Fujian, obwohl sie nie eine „Heimatprovinz“ hatten, und über Jahrzehnte hinweg diskriminiert wurden. Heute stellen sie etwa 15 % der taiwanesischen Bevölkerung.

---

<sup>7</sup> Mehr dazu: Kleeman 2003; Lo and Robertson 2002; Wakabayashi 1983; Wang 1997; Yang 1996.

Sowohl die Hoklo als auch die Hakka begannen vor etwa 1.000 Jahren nach Taiwan zu emigrieren, wobei die meisten zwischen dem 14. und dem 17. übersiedelten. Bis heute blieb unklar, welche ethnische Gruppe zuerst auf Taiwan ankam (Copper 2019). Jedenfalls zählen beide Ethnien zu den Han-Chinesen. Heute besteht Taiwan aus ca. 2 % indigener Völker. Die Regierung erkennt zum heutigen Zeitpunkt 16 indigene Gruppen oder Stämme an. Die Ami sind heute die größte indigene Gruppe (38%), gefolgt von den Atayal (23%), und den Paiwan (18%) (The Republic of China Yearbook 2014). Im Jahre 1919, also inmitten der Kolonialzeit lebten 3 Millionen Han-Taiwaner\_innen, 120.000 Indigene (verschiedener Stämme), und 100.000 Japaner in Taiwan (E. I.-T. Chen 1970, 44).

Wie zuvor erwähnt, identifizierten sich Ende des 19. Jahrhunderts bereits zahlreiche Han-Chinesen als taiwanesisch. Hinsichtlich der sozialen Herkunft kann die Unterschicht – insbesondere die Bauernschaft – von der Oberschicht differenziert werden. An dieser Stelle muss betont werden, dass die Kategorien der ethnischen und sozialen Herkunft miteinander korrelierten. Beide, Ching (2001) und Katz (2005), stimmen der These zu, dass die Indigenen tendenziell aus der Unterschicht stammten und die Han-Chinesen aus der Oberschicht. Ching (2001, 135) vergleicht hier geopolitisch *heichi*, das Flachland, mit *sanchi*, der Gebirgslandschaft. Im flachen Land wurde die kapitalistische Produktionsweise bereits eingeführt, und die existierenden gesellschaftlichen Verhältnisse wurden von den Kolonialisten ausgenutzt. Im Kontrast dazu blieb das Berggebiet recht unerschlossen und wurde von Indigenen bevölkert. Aus diesen Gründen meint Ching (2001, 135), dass die taiwanesischen Indigenen „[the] most impoverished and marginalized population in the Japanese colonial hierarchy“ [die verarmteste und marginalisierteste Bevölkerungsgruppe in der japanischen Kolonialhierarchie] waren. Katz (2005, 389) bestätigt dies mit folgender Feststellung: Die Indigenen stammten „from areas that had suffered economic dislocation under the colonial regime“ [aus Gebieten, welche stark unter den wirtschaftlichen Umbrüchen gelitten hatten].

#### 4.1.5. KOLLABORATION STATT WIDERSTAND

Aufgrund der Tatsache, dass Indigene verärmerter als die han-taiwanesischen Eliten waren und härter kolonialisiert wurden, kann die These aufgestellt werden, dass die Indigenen signifikantere Gründe hatten, sich der Fremdherrschaft zu widersetzen. Dementsprechend

können die han-taiwanesischen Eliten eher als Kollaborateure des Kolonialregimes klassifiziert werden und die Indigenen als Rebellierende. Im Folgenden wird diskutiert, wie die Kolonisation von den verschiedenen Gruppen erlebt wurde, d. h. was sie jeweils dazu brachte, Widerstand zu leisten. Die These lautet, dass die Indigenen, im Gegensatz zu den Han-Chinesen, quantitativ vermehrt an Widerstandsbewegungen teilnahmen.

Ching (2001, 135) zeigt auf, dass die chinesisch-taiwanesische Bevölkerung indirekt den japanischen Kolonialismus unterstützte – deren feudale Strukturen und Privateigentümer erleichterten es, das japanische Kapital zu akkumulieren. Das Fehlen dieser Faktoren im Berggebiet trieb die Japaner dazu, die Indigenen auf viel brutalere Art und Weise zu kolonisieren. Die primären Produktionsweisen der Indigenen bildeten das Jagen und die Brandrodung. Diese Aktivitäten wurden gemeinschaftlich als ganze Stammesgruppe durchgeführt. Ching (2001, 135) sagt weiter, dass „their lack of class differentiation and their intimate bond with the land prevented the Japanese colonizer from taking advantage of existing class relations” [deren Mangel an Klassegegensätzen und deren innige Verbindung mit dem Land die japanischen Kolonialisten davon abhielt, die existierenden Klassenverhältnisse auszunutzen]. Stattdessen entschieden sich die Japaner dazu, die Indigenen als Ganzes zu bekämpfen. Sakuma Samata, der fünfte Gouverneur-General setzte 1910 einen Fünfjahresplan mit dem Ziel der Unterdrückung von indigenen Taiwanesen und Taiwaneseinnen ein (Ching 2001, 135). Der Plan enthielt Landenteignungen und Zwangsumsiedlungen von Indigenen und Daueraufenthalt von Japanern. Weiters meint Ching (2001, 135), dass es die primären Ziele der Japaner waren, ihre Lebensweise zurückzudrängen, sie in standardisierte Verwaltungseinheiten zu zwingen, ihre Jagdtätigkeiten zu beschränken, den Reisanbau gleichermaßen zu fördern und auszubeuten und ihren Waldbestand auszunutzen, einschließlich den Holz- und Kampfvorräten. Das sekundäre Ziel der Kolonialisten war, wie bereits erwähnt, die Implementierung einer paternalistisch-autoritäreren Herrschaftsweise gegenüber den Indigenen im Gegensatz zu einer weicheren Herrschaftspraktik gegenüber den Chinesisch-Taiwanese\_innen. Dafür mussten unzählige japanische Polizeibeamte nach Taiwan entsendet werden (Ching 2001, 136). Abbildung 2 stellt den Einsatz von Polizisten in Taiwan dar. Vor allem in den Gebirgslandschaften war die Zahl der Polizeitruppen höher. 1931 war dort das Verhältnis zwischen japanischen Polizeibeamten und taiwanesischen Einwohner\_innen 1 zu 57,5,

während die Quote im Flachland 1 zu 963 war (Ching 2001, 136). Diese Zahlen deuten darauf hin, dass die Japaner tatsächlich beabsichtigten, die Indigenen mit Unterdrückung und Disziplinierung zu kolonisieren, während die Han-Chines\_innen viel sanfter kolonisiert wurden. Ching (2001, 136) führt weiter aus, dass die japanischen Polizeibeamten in den Berggebieten eine Reihe von staatlichen Aufgaben übernahmen, was ihnen zum Machtausbau verhelfen sollte. Es wurde vorgeschrieben, dass die Polizeibeamten ebenso als Lehrer, Ärzte, und Juristen für die Indigenen in ihren jeweiligen Verwaltungsbezirken arbeiten sollten. Des Weiteren waren sie verantwortlich für die Aufzeichnung von Geburten, Todesfällen, Volkszählungen und Klimawandel. In Summe galten jene Polizeibeamten als direkteste und maßgeblichste Verbindung zwischen den Indigenen und den japanischen Kolonialherrschern in Tokio.

Hechter et al. fokussieren sich in ihrer Studie auf indigene Eliten als Rebellierende gegen die Kolonialherrschaft. Sie (2009, 53) postulieren, je besser die Möglichkeiten waren, die der indigenen Oberschicht geboten wurden, desto weniger Widerstand wurde gezeigt. Wie zuvor beschrieben, wurde den Han-Chinesen die Chance gegeben, innerhalb der ersten zwei Jahre der Kolonialzeit Taiwan zu verlassen (Hechter, Matesan, und Hale 2009, 27). Manche schätzen die Anzahl dieser Emigranten auf wenige Tausende (Chu und Lin 2001, 106), und andere sprechen von einem ganzen Viertel der taiwanesischen Bevölkerung (Lamley 2007, 208; Roy 2003, 34). Chou (1989, 308) und Lamley (2007, 208) bestätigen, dass diese Emigranten und Emigrantinnen primär der wohlhabenden Oberschicht angehörten. Ein Argument zugunsten Hechters et al. Behauptung ist, dass mit der Möglichkeit, das Land zu verlassen, definitiv so mancher Widerstand entschärft wurde. Die japanischen Autoritäten gingen nämlich davon aus, dass potenzielle Anführer von Widerstandsbewegungen aus den Reihen der Bourgeoisie kamen. Die verbleibenden han-taiwanesischen Eliten tendierten eher dazu, mit den Kolonialisten zu kollaborieren, und zwar aus dem Grund, dass sie mit angesehenen und hochbezahlten Posten versorgt wurden (Hechter, Matesan und Hale 2009, 53). Chen (1988, 32f) weist ebenso darauf hin, dass die kolonialen Autoritäten die Unterstützung der han-taiwanesischen Elite zu gewinnen versuchten, indem sie ihnen Positionen in der lokalen Verwaltung boten und ihnen wirtschaftliche Privilegien zusprachen, wie beispielsweise begehrte Lizenzen um Produkte wie Opium, Kampfer und Salz zu verkaufen. Obendrein wurden viele als

Bezirksvorsteher eingesetzt, was ihnen Macht über lokale Angelegenheiten gab (Katz 2005, 402). Verschiedene Studien (Huang 1996, 90–119; Lin 1996, 153f, 1997) zeigen, dass die japanische Kolonialpolitik vielen taiwanesischen Eliten zum Aufstieg verhalf. Viele führten zwar kein Amt an sich aus, aber konnten trotzdem erheblichen Einfluss auf lokaler Ebene ausüben. Allerdings nahm dies in den 1910er Jahren sein Ende. Angehörige der herrschenden Elite verloren zunehmend ihre einflussreichen Posten, und die Kolonialisten begannen sie zu ersetzen – mit gebürtigen Japanern, oder mit jüngeren Taiwanern der Oberschicht, welche bereits Bildung in kolonialisierten Schulen genossen hatten und dadurch sehr angepasst waren (Chen 1988, 34f). Die Ermächtigung über lokale Angelegenheiten in Taiwan zu entscheiden verschob sich von einer Gruppe, die gänzlich aus der han-taiwanesischen Elite bestand, zu einer komplett neuen Gruppe aus japanischen Kapitalisten und jüngeren elitären Gruppen, die sich an die Kolonialherrschaft angepasst hatten, fasst Huang zusammen (1996, 131).

Diese neue Kolonialpolitik hatte beträchtliche Auswirkungen auf die indigene Elite in Südtaiwan. Vor der Kolonialzeit wurden die Gebiete in Südtaiwan größtenteils von indigenen führenden Familien verwaltet (*wangzu*). Manche dieser indigenen Eliten waren recht gut gebildete Mitglieder des Adels, aber viele zählten auch zu politischen Oberhäuptern, die sich nicht zurückhielten, Gewalt anzuwenden, um ihre Macht auszubauen. Schließlich entschieden sich die lokalen Eliten für den Widerstand, und mobilisierten weitere bäuerliche Dorfbewohner\_innen für bewaffnete Aufstände (Katz 2005, 403). Das wiederum bestätigt die These, dass je besser die Kolonialisten die Kolonialisierten behandelten, desto weniger Widerstand wurde gezeigt. Die japanischen Autoritäten statteten die taiwanesischen Elite vorerst mit Geld und Macht aus. Dennoch, sobald die Kolonialisten sie mit Japanern oder jüngeren Bürgerlichen ersetzt hatten, begannen die Taiwaner und Taiwanerinnen zu rebellieren. Im nächsten Unterkapitel wird die Kollaboration von Taiwanern\_innen als Gegenmaßnahme des antijapanischen Widerstands ausführlich diskutiert.

Im Unterschied zu Hechter et al., weist Katz (2005, 414) darauf hin, dass die Elite tatsächlich Widerstand gegen die Kolonialherrschaft leistete. Viele, die zuvor in der Kolonialverwaltung in den Bergen Südtaiwans gearbeitet hatten, wurden von den kolonialen Autoritäten abgeschreckt. Diese Unterdrückung führte die Eliten dazu, eine Reihe von erfolgreichen Anschlägen gegen die Symbole des Kolonialismus zu verüben. Abgesehen davon, so Katz (2005, 414), waren es die Indigenen der Berggebiete, die am meisten

Widerstand gegen den japanischen Kolonialismus zeigten. Die These, dass mehr Indigene der Unterschicht als Han-Taiwaner\_innen der Oberschicht an den Widerstandsbewegungen teilnahmen, kann somit bestätigt werden. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass Angehörige der Unterschicht oftmals auf Grund dessen Widerstand zeigten, da sie von verschiedenen elitären Gruppen mobilisiert wurden, auch von den jeweiligen indigenen Oberhäuptern.

#### 4.1.6. GEGENMASSNAHMEN

Um den Widerstand einzudämmen, versuchten es die Japaner überwiegend mit Aufstandsbekämpfung. Ching (2001a, 139) zeigt, dass die Kolonialherrscher etwa 3.000 Soldaten und Polizisten nach Taiwan geschickt hatten – gegenüber 300 Rebellierenden des Musha-Aufstands. Katz (2005, 412) sagt, dass während des Tapani-Aufstands die japanischen Polizei- und Militärtruppen die Rebellen, die sich in den Bergen versteckt hatten, ausfindig gemacht und vernichtet hatten. Wie zuvor erwähnt, bedienten sich die Kolonialisten um den Widerstand zu stoppen neben institutioneller und struktureller Gewalt auch physischer Gewalt, einschließlich dem Niederbrennen von Häusern mutmaßlicher Rebellierender, begleitet von Morden und Vergewaltigungen. Dies zeigen zahlreiche Quellen der Oral History (vgl. Katz 2005, 407).

Hechter et al. stellt verschiedenste Strategien fest, die die Japaner anwandten, um die Aufstände zu unterbinden. Obwohl das Autorenkollektiv (2000, 39) bestätigt, dass die Kolonialisten in erster Linie mit gnadenloser Gewalt vorgingen – 6.000 Taiwaner und Taiwanerinnen wurden in den ersten sechs Monaten der Kolonialherrschaft getötet – deuten die Autoren auch darauf hin, dass die Japaner eine Reihe von Anreizen schufen, um Kollaboration mit Han-Taiwanern aufzubauen. Wie im letzten Abschnitt über die han-taiwanesischen Eliten beschrieben, wurden jene mit einflussreichen Posten ausgestattet (Hechter, Matesan, und Hale 2009, 45). Diese Möglichkeiten machten die taiwanesischen Eliten abhängig und in den meisten Fällen sogar loyal gegenüber der Kolonialherrschaft (Hechter, Matesan, und Hale 2009, 53).

Das führt zur Frage, warum sich manche Taiwaner dazu entschieden, mit den Kolonialisten zu kollaborieren. Max Weber (1994, 93) argumentiert, dass der Großteil von Beamten auch während einer Fremdherrschaft in ihren Posten verbleiben, da sie glauben, ihr

Beruf sei unpolitisch, und weil sie essentielle Dienstleistungen (Energieversorgung, Gesundheit, Sanitäranlagen, etc.) für ihre Mitbürger und Mitbürgerinnen aufrecht erhalten wollen. Die Fremdbeherrscher auf der anderen Seite ziehen es vor, einheimische Experten anzustellen, und zwar aufgrund deren Kompetenzen (Steuerung, Sicherheit, Landwirtschaft, usw.), die auf der regionalen Ebene gebraucht werden – und weil die Kolonialisten durch die Bereitstellung von Posten an Kolonialisierte auch für die Bevölkerung legitimiert wirken (Hechter, Matesan, und Hale 2009, 44). Beide Aspekte gelten als besonders wichtig, um die Ordnung im Land während der Kolonialherrschaft zu bewahren. Im besten Fall konnten also die han-taiwanesischen Angehörigen der Elite als indirekte Herrscher fungieren (Hechter 2000). Die japanischen Kolonialisten bemühten sich, ein von lokalen Eliten verwaltetes Regime in Taiwan zu errichten, welches die Gesellschaftsordnung zu Mindestkosten erhalten sollte (Chu und Lin 2001, 105). Lamley (2007, 215) zeigt auf, dass eine diverse Gruppe von lokalen Führungskräften zu Beginn der Kolonialherrschaft mit den Kolonialisten kooperierte, um sich selbst und ihre Dörfer vor gewaltsamen Konflikten zu schützen. Nach ein paar Monaten schlossen sich Kaufleute und Adelige den Kollaborateuren an (Hechter, Matesan, und Hale 2009, 45). Zweifellos wurden die Kolonialbeamten zunehmend erfolgreicher beim Finden von taiwanesischen Kollaborateuren, so Lamley (2007, 215f). Die Anreize, um Kollaboration mit dem Kolonialismus zu schaffen, fielen sehr unterschiedlich aus. Einige sollen an dieser Stelle genannt werden: Beispielsweise gab es eine Konferenz, bei der der Adel Taiwans eingeladen wurde, um die kulturellen, von Japan geförderten Transformationen zu präsentieren (Lamley 2007, 216). Weiters wurden „Kavaliersorden“ für kooperative hochrangige Taiwaner vergeben (Chu und Lin 2001, 106; Roy 2003, 45). Zusätzlich wurden die Kaufleute angelockt, indem ihnen wirtschaftliche Vorteile und Privilegien gegeben wurden (Roy 2003, 45). Den kooperierenden Taiwanern wurden zudem Bildungsmöglichkeiten angeboten; Fulda (2002) bestätigt, dass der Zugang zu Universitäten in Japan für sie geöffnet wurde. Manche Taiwaner, die bereits unter der Kolonialherrschaft (aus)gebildet wurden, schlossen sich Vereinen an, die das Ziel hatten, Traditionen, die als reaktionär empfunden wurden – wie zum Beispiel das Fußbinden oder das Tragen von chinesischen Zöpfen – zu beenden (Chu und Lin 2001, 110f).

Zusammengefasst kann durch die bisherigen Forschungsergebnisse bestätigt werden, dass die japanischen Kolonialisten zwei Arten von Gegenmaßnahmen anwendeten, um

Widerstand zu unterbinden, oder gar nicht erst aufkeimen zu lassen. Zum einen existierte die gewaltsame Aufstandsbekämpfung mit dem Einsatz von zahlreichen Polizei- und Militärtruppen, zum anderen wurde Kollaboration stark gefördert, indem man den Eliten erlaubte, zum chinesischen Festland zu flüchten, und den Verbliebenen attraktive Möglichkeiten zugunsten beider Seiten bot.

Dieses Kapitel hat dokumentiert, wie die Taiwaner und Taiwanerinnen Widerstand gegen die japanische Kolonialherrschaft zwischen 1895 und 1945 geleistet haben. Methodisch wurde der Widerstand anhand einer Analyse des Tapani-Aufstands von 1915 und anhand der Untersuchung der Anzahl der Todesopfer der Polizei- und Militärbeamten während der Kolonialherrschaft gezeigt. Es wurde bestätigt, dass der Widerstand zu Beginn der Kolonialzeit größer ausfiel, abgesehen von den Aufständen von 1915 und 1930. Allerdings empfiehlt es sich, auf diesem Gebiet weitere Forschungen zu betreiben, da sich ein Großteil der Studien auf diese zwei Aufstände fokussiert, es aber kaum Publikationen zum Widerstand des Anfangs gibt. Die herangezogenen Quellen zeigen hinsichtlich der Zahlen auch, dass sich primär die Indigenen der Besetzung widersetzen. Trotzdem setzen die bisherigen Studien ihren Fokus auf han-taiwanische Eliten, weshalb sich künftige Arbeiten vermehrt mit den Indigenen Taiwans beschäftigen sollten. Die Kolonialisten nutzten verschiedene Methoden, um Widerstand einzudämmen: einerseits gewaltsame Aufstandsbekämpfung, und andererseits das Schaffen von Anreizen, die die Kollaboration fördern sollten. Schließlich handelte es sich um eine indirekte Herrschaftsform. Den (privilegierten) Kolonialiserten wurden also gewisse Rechte und Vorteile eingeräumt, aber überall, wo auch nur der geringste Widerstand aufschien, wurde dieser heftig bekämpft.

#### 4.2. KOREA

Nach zahlreichen Versuchen seit Ende des 19. Jahrhunderts den japanischen Einfluss in Korea auszuweiten und 1905 ein Protektorat im Land geschaffen wurde, wurde die Halbinsel 1910 annektiert und zur zweiten substanziellen Kolonie Japans ernannt. Dieses Unterkapitel ist dem Widerstand gegen die japanische Kolonialmacht in Korea gewidmet. Zunächst sollen die Forschungsfragen um die Formen des Widerstands beantwortet werden. Ein zentrales Beispiel einer antijapanischen Widerstandsbewegung, der sich weiteste Teile der koreanischen

Bevölkerung anschlossen, war die Bewegung des Ersten März. Weiters wird die Tätigkeit der provisorischen Regierung der Republik Korea als institutionelle Form des Widerstands untersucht. Anschließend werden zum einen die Umstände analysiert, die aufgrund der japanischen Kolonialpolitik in Korea herrschten, und zum anderen die direkten Motive der Aufständischen beleuchtet, die sie zum Widerstand leiteten. Dann folgt eine Analyse der zeitlichen Entwicklung des Widerstands und die Beantwortung der These, ob dieser zu Beginn der Kolonialherrschaft am größten ausfiel. Nachfolgend wird über die Rebellierenden als Gruppen diskutiert. Im Grunde nahmen die unterschiedlichsten Personengruppen am antijapanischen Widerstand teil; dieser Abschnitt versucht darzulegen, wie breit die Widerstandsbewegungen anhand ihrer Teilnehmer und Teilnehmerinnen tatsächlich waren. Aufbauend darauf wird die Agrarreform erläutert, welche einerseits Egalität zwischen den sozialen Schichten bewirkte, und andererseits zu Zusammenarbeit mit den Eliten führen sollte. Allerdings brachte die Agrarreform gegenteilige Ergebnisse und resultierte stattdessen im Widerstand von sowohl den Bauern als auch den Eliten. Abschließend wird am Beispiel der Kollaboration erläutert, wie sich eine liberal-nationalistische Gruppe von Aufständischen zu Kollaborateuren entwickelte.

#### *4.2.1. DIE BEWEGUNG DES ERSTEN MÄRZ*

Als zentrales Beispiel für antikolonialen Widerstand in Korea wird die Bewegung des Ersten März herangezogen, da sich mit ihrer Breite – sowohl geographisch als auch politisch – keine vergleichbare Form des Widerstands finden lässt.

Nationalisten nutzten ihre Gelegenheit beim Begräbnis des ehemaligen Königs, um eine Großdemonstration in Seoul auszutragen (March First Movement 2019). Das Datum war klug gewählt, weil viele Menschen an diesem 1. März des Jahres 1919 nach Seoul kamen, um dem König zu gedenken. Es wurden 3.000 Kopien der koreanischen Unabhängigkeitserklärung an eine Ansammlung von tausenden Koreanern und Koreanerinnen verteilt. Die Unabhängigkeitserklärung wurde zuvor von 33 Anführern religiöser und nationalistischer Gruppen verfasst und unterschrieben. Heimlich produzierte koreanische Fahnen wurden geschwenkt, und zahlreiche Koreaner\_innen marschierten auf die Straßen. Simultane Demonstrationen wurden in sieben anderen Städten organisiert, darunter auch in Pjöngjang (Ku 1985, 68f). Die dadurch entstandene Bewegung wurde als die

Bewegung des Ersten März bekannt. Massenproteste weiteten sich innerhalb eines Monats auf das gesamte Land aus. Jene Demonstrationen können somit als national charakterisiert werden und dauerten bis April 1919 an, mit einem Durchschnitt von 15 Protesten pro Tag auf der gesamten Halbinsel. Laut Hechter et al. (2009, 40) nahmen in diesen zwei Monaten mindestens 460.000 Koreaner und Koreanerinnen an der Bewegung des Ersten März teil. Koreanische Quellen geben zwei Millionen Teilnehmende an, japanische Quellen eine Million (Ku 1985, 72f; Lee 1963, 114). Die Enzyklopaedia Britannica (March First Movement 2019) führt ebenso ca. 2.000.000 Beteiligte an der Bewegung des Ersten März an – allerdings wird im Zeitraum von 12 Monaten gerechnet, bis zum Punkt, an dem der Widerstand endgültig niedergeschlagen wurde. In diesem ganzen Jahr fanden mehr als 1.500 Demonstrationen statt. Etwa 7.000 Menschen wurden von den japanischen Streitkräften ermordet, und es gab 16.000 Verletzte. Des Weiteren wurden 715 Privathäuser, 47 Kirchen und zwei Schulgebäude niedergebrannt. Etwa 46.000 Menschen wurden festgenommen, von diesen wurden 10.000 vor Gericht gestellt und verurteilt. Die Bewegung des Ersten März wurde schließlich von Japan mit dem Einsatz von sechs Infanteriebataillons und 400 Gendarmen niedergeschlagen. Die japanischen Kolonialisten griffen auf repressive Maßnahmen wie Folter und Auspeitschung zurück, so Ku (1985, 103–9), zudem wurden neben tausenden Festnahmen auch etwa genauso viele Menschen ermordet – in allen Regionen Koreas (Lee 1963, 115–18). Die brutale Repression der Bewegung des Ersten März sendete eine klare Botschaft an die koreanischen Aufständischen. Nahezu alle Anführer der Bewegung wurden inhaftiert oder ins Exil verbannt. Des Weiteren verboten die japanischen Kolonialbehörden Vorträge, Publikationen und Demonstrationen, da all dies als antijapanisch erachtet wurde (Hechter, Matesan, und Hale 2009, 40).

Trotz dieser gewaltsamen Repression gewährten die neuen kolonialen Richtlinien nach der Niederschlagung der Bewegung des Ersten März etwas mehr Freiheit. Widerstand durfte und wurde nun durch neu erlaubte Zeitungen, durch Radiosender und durch die Arbeit von Vereinen gezeigt. Chae (2010, 404) fügt hinzu, dass zudem die Herrschaftsgewalt der Polizei und des Militärs geschwächt und viele soziale und politische Barrieren zwischen der koreanischen und japanischen Bevölkerung aufgelöst wurden. Presse- und Versammlungsfreiheit für Koreaner\_innen wurde initiiert und viele wirtschaftliche Beschränkungen abgeschafft. Was ebenso eine wesentliche Bedeutung für Korea hatte, war

die erstmalige Einführung von kommunalen Verwaltungseinrichtungen im Jahre 1920, auch wenn jene nur mit limitierter Kompetenz ausgestattet wurden. Die Nationalisten und Nationalistinnen begannen ihr Bestreben in der Bildung zu festzumachen und betonten die Wichtigkeit, die koreanische Kultur und das nationale Bewusstsein aufrechtzuerhalten, gerade während einer Zeit von zunehmenden Assimilierungsversuchen der Japaner (Lee 1963, 238–46).

Trotz des revolutionären Beginns und der hohen Anzahl an Aufständischen auf der gesamten koreanischen Halbinsel wurde die Bewegung des Ersten März niedergeschlagen. Die Unabhängigkeitsbewegung wurde teils mit repressiven Gegenmaßnahmen von den Japanern beendet, mit Tötungen und Verletzungen, dem Niederbrennen von Gebäuden, Inhaftierungen und sogar mit Folterungen und Auspeitschungen. Daran schloss eine liberalere Kolonialpolitik als Gegenmaßnahme an, um den Widerstand möglichst klein zu halten, aber dennoch zu bewilligen. Durch die Einrichtung von neuen koreanischen Medien, wurde den Kolonialiserten die Möglichkeit geboten, ihren Nationalismus zu verbreiten.

#### *4.2.2. PROVISORISCHE REGIERUNG IN SHANGHAI*

Nicht unerwähnt bleiben darf die provisorische Regierung der Republik Korea, welche eine tragende Rolle im Widerstand gegen die japanische Kolonialherrschaft spielte, und eine Form des institutionalisierten Widerstands darstellt.

Durch die Tragweite der Bewegung des Ersten März, schloss sich eine Gruppe koreanischer Nationalisten zusammen und gründete die provisorische Regierung am 13. April 1919 in Shanghai (Neff 2010). Mit der Gründung dieser Exilregierung hatte Korea die Möglichkeit, abgestimmte Maßnahmen durchzuführen, um die koreanische Unabhängigkeit zu erreichen. Die provisorische Regierung nutzte ihr Netzwerk und hielt direkten Kontakt mit verschiedenen Unabhängigkeitsbewegungen, sowohl in Korea als auch international. Um ihrem Ziel näher zu kommen, veröffentlichte sie eine Zeitung namens „Die Unabhängigkeit“, die an koreanische Widerstandsgruppen in der Mandschurei gerichtet war, und die das Bewusstsein für politische Partizipation deutlich erhöhte. Ebenso schickte die Exilregierung ihre Delegierten in die USA und nach Europa, um internationale Aufmerksamkeit für ihr Anliegen zu gewinnen, beschreibt Neff (2010).

Bemerkenswert ist, dass die Mitglieder der provisorischen Regierung zwar allesamt nationalistische Koreaner waren, politisch aber unterschiedliche Hintergründe hatten. Drei wesentliche Führungsfiguren waren Ahn Chang-ho, ein erfolgreicher Koreaner amerikanischer Abstammung, Syngman Rhee, mit besten Verbindungen in die USA, und Yi Tong-hwi, der Beziehungen zur Sowjetunion pflegte. Ahn Chang-ho, der die Funktion des Arbeitsministers und die Aufgaben des Pressesprechers einnahm, beschrieb die Rolle der provisorischen Regierung der Republik Korea in einem Zeitungsinterview vom Februar 1920 (vgl. Neff 2010) folgendermaßen:

We represent the people. Our Cabinet members come from various parts of the world. Our Cabinet officers carry out their duties like other governments except that we are forced to function in a foreign land. The Korean people pay taxes and our authority and orders are recognized and respected. The Korean people recognize our government as the only government to which they owe allegiance; [...] There are many bands and groups that wish to throw bombs and kill the Japanese in Korea and who would stop at nothing in order to rid the country of their common enemies, but as the government has forbidden such acts they have, for the time being, refrained. How long they will remain pacified remains to be seen.

[Wir repräsentieren die Menschen. Unsere Kabinettsmitglieder kommen aus verschiedenen Teilen der Welt. Unser Kabinett führt Funktionen wie jede andere Regierung aus, außer, dass wir gezwungen sind im Ausland zu agieren. Das koreanische Volk bezahlt Steuern, und unsere Legitimation und Befehlsgewalt ist anerkannt und respektiert. Das koreanische Volk erkennt unsere Regierung als die einzige Regierung an, der es Loyalität beipflichtet; [...] Es existieren viele Gruppen, die gerne die Japaner in Korea bombardieren und töten würden, und die sich durch nichts aufhalten lassen würden, um das Land von seinen Feinden zu befreien. Da aber die Regierung solche Handlungen verboten hat, haben diese Gruppen ihre Taten vorerst unterlassen. Wie lange sie befriedet sein werden, bleibt abzuwarten.]

Tatsächlich hatte die provisorische Regierung die koreanische Bevölkerung angewiesen, die Japaner weder mündlich zu beschimpfen, noch physisch mit Fäusten oder Steinen anzugreifen, mit der Erklärung, dass dies „acts of barbarians“ [Taten von Barbaren] wären (vgl. Neff 2010). Aber auch bei der provisorischen Regierung gab es eine Kehrtwende, und ihr friedvoller Widerstand wandelte sich zu einem physisch gewaltbereiten Widerstand. Im August 1920, also nur wenige Monate später, traf Ahn ein US-amerikanisches Kongressmitglied, welches er darüber informierte, dass die provisorische Regierung von 2 Millionen Auslandskoreanern und -koreanerinnen unterstützt wurde, welche „determined

never to cease the (peaceful) agitation for independence“ [beschlossen hatten, niemals die (friedliche) Agitation für die Unabhängigkeit zu beenden], bis Japan in einem Krieg mit einer „first class power“ [Großmacht] war, an welchem Punkt die koreanische Bevölkerung sich mit Waffen erheben würde, bis die Japaner ihre Besatzungstruppen abziehen und Korea die Unabhängigkeit erlangen würde (vgl. Neff 2010). Wenige Monate später nahmen die japanischen Kolonialisten eine Kategorisierung von „Korean political malcontents“ [koreanischen politischen Querulanten] in Moderate und Radikale vor. Die moderaten Querulanten waren „in favor of avoiding violent action and reaching their goal by a slow and steady process“ [gegen gewalttätigen Widerstand und versuchten ihr Ziel in einem langsamen und stetigen Prozess zu erreichen]. Die radikalen Querulanten „opposed such a lukewarm policy and advocated a policy of having recourse to bombs for the consummation of their object“ [lehnten solch eine halbherzige Einstellung ab und vertraten eine Politik der Bomben für ihr Ziel der Befreiung]. Des Weiteren war die japanischen Besatzungsmacht der Ansicht, dass die Verwaltungspolitik der provisorischen Regierung dazu diene, Bomben zu zünden, um Japaner zu töten und ihre Häuser zu zerstören, so Neff (2010). Dementsprechend fühlte sich Japan von der weitreichenden Machtausübung der provisorischen Regierung der Republik Korea tatsächlich bedroht.

Der Historiker Kim Hee-gon zeigt in einem Interview mit *The Korea Times* (Ausgabe vom 12. April 2009), dass die provisorische Regierung der Republik Korea höchst erfolgreich war: „The Provisional Government rose above ideological differences among right and left factions and achieved a unified administration to work toward the nation’s peace“ [Die provisorische Regierung sah über ihre ideologischen Differenzen von rechten und linken Fraktionen hinweg und erschuf eine einheitliche Verwaltung, um für den Frieden der Nation zu kämpfen] (Do 2009). Das mag in den späteren Jahren der Fall gewesen sein, aber in ihren Anfängen wurde die provisorische Regierung durch ideologische und persönliche Unstimmigkeiten fast zerrissen. Rhee, der sich in den USA aufhielt, als er zum Präsidenten der provisorischen Regierung gewählt wurde, kehrte im Dezember 1920 zurück, und damit begannen ernsthafte Auseinandersetzungen zwischen ihm und anderen Kabinettsmitgliedern. Rhees grundsätzliche Herangehensweise war es, eng mit dem Westen zusammenzuarbeiten, um damit auf diplomatische Weise über die internationale Gemeinschaft Koreas Unabhängigkeit zu erlangen. Andere, wie beispielsweise Yi Tong-whi, setzten sich für

militärische Maßnahmen mit Unterstützung der Sowjetunion ein. Yi Tong-whi hatte von der Sowjetunion 600.000 Rubel als Dank erhalten, weil er eine Armee von Koreanern aufgebaut und in Sibirien gegen die Zaristen gekämpft hatte. Diese Summe war gekoppelt an die Finanzierung der koreanischen Widerstandsbewegung und sollte nur von Kommunisten verwaltet werden. Das veranlasste Rhee, Yi der Korruption zu beschuldigen. Yi verließ daraufhin im Jänner 1921 empört die provisorische Regierung. Doch mit dem Austritt Yis war keine Ruhe eingekehrt. Rhees eigene Vergangenheit und Persönlichkeit waren nicht ohne Makel. Er trug viel zu Konflikten innerhalb der provisorischen Regierung bei. Park Yong-man, Minister für Diplomatie und internationale Angelegenheiten war mit Rhee befreundet, aber wurde durch „Rhee’s malicious acts of humiliation, insult and subterfuge“ [Rhees bösertige Taten der Demütigung, Beleidigung und Täuschung] entfremdet (vgl. Neff 2010). Weiters weist ein Zeitgenosse darauf hin, dass „Rhee repeatedly borrowed money from all his friends with no intention of paying it back“ [Rhee mehrfach Geld von seinen Freunden lieh, ohne die Intention es jemals zurückzuzahlen] (Neff 2010). Er verließ Shanghai und damit die provisorische Regierung im März 1925. Je nach Historiker oder Historikerin wird Rhees Abschied unterschiedlich beschrieben: Entweder wurde dieser als graziöser freiwilliger Rücktritt beschrieben, um „leaving the government in the hands of more radical elements“ [die Regierung in Händen radikalerer Ansichten zu lassen], oder der Abschied wird als schamvoller Abgang dargestellt, nachdem er ausgeschlossen oder wegen Veruntreuung angeklagt wurde. Park Yong-man selbst setzte sich auf allen Linien für die Befreiung Koreas ein, er nahm sogar an direkten Verhandlungen mit den japanischen Kolonialherren teil. Diese Bereitschaft mit den Kolonialisten zu verhandeln und zu arbeiten, machte die militanteren Mitglieder der provisorischen Regierung misstrauisch. Schließlich, beschließt Neff (2010) seine Ausführungen, wurde Park Yong-man aufgrund der vermeintlichen Spionage für die japanische Kolonialmacht auf Befehl von koreanischen Kommunisten erschossen.

Die provisorische Regierung der Republik Korea kann trotz ihrem Sitz außerhalb des Landes als mächtige und einflussreiche Institution des antijapanischen Widerstands klassifiziert werden. Mit dem aus der Bewegung des Ersten März gewonnenen Antrieb schlossen Koreaner mit unterschiedlichster politischer Einstellung ein Bündnis, welches Nationalismus, die Befreiung von der japanischen Kolonialmacht und schließlich die Errichtung eines koreanischen Staates als Ziel verfolgte. Die Exilregierung war in den ersten

Jahren zwar von inneren Differenzen geplagt, im Laufe der Zeit wurde sie jedoch erfolgreicher. Die Unstimmigkeiten widerspiegeln die verschiedenen politischen Strömungen der Kabinettsmitglieder.

#### *4.2.3. UMSTÄNDE UND MOTIVATIONSGRÜNDE*

Auch in Korea sind die Umstände und Motivationsgründe, die zum antikolonialen Widerstand führten, weitestgehend unterschiedlich. Aufgrund der geographischen Lage war Korea schon sehr früh ein primäres Ziel militärischer Expansion der Japaner, was die Koreaner und Koreanerinnen ab dem späten 19. Jahrhundert auch zunehmend zu spüren bekamen. Unterdrückung ohne weiteren Kontext kann nicht als alleinigen Motivationsgrund für Widerstand herangezogen werden.

Was allerdings tatsächlich als valides Motiv erscheint, ist der koreanische Nationalismus. Bereits in den vorigen Abschnitten wurden bewusst die Begriffe „Nationalisten“ und „Nationalistinnen“ verwendet, da Nationalismus in der Forschung als primärer Motivationsgrund für den antijapanischen Widerstand genannt wird (Chae 2010; Dong 1965; Hechter, Matesan, und Hale 2009; Ku 1985; Lee 1963). Korea hatte zum Zeitpunkt der Kolonisation bereits eine Geschichte der Staatlichkeit hinter sich, war unabhängig und hatte eine nationale Identität entwickelt. Die Joseon-Dynastie war, als sie von den japanischen Kolonialisten gestürzt wurde, seit dem 14. Jahrhundert in Korea etabliert. Anders als in anderen kolonialisierten Gebieten, hatte Korea dadurch eine grundlegende organisatorische und ideologische Basis für die Entwicklung einer nationalistischen Befreiungsbewegung (Chen 1968). Verschiedenen Quellen (Eckert 1991; Robinson 2007; Shin 2006; Wu 2003) zufolge, kann aber erst ab Ende des 19. Jahrhunderts von einem koreanischen Nationalismus gesprochen werden. Dieser neu entstandene Nationalismus hatte sich primär als Reaktion auf den Druck von außen in Kombination mit dem neuen Imperialismus Japans entwickelt (Eckert 1991, 226; Lee 1963, 47, 51; Schmid 2002, 5). Und die nationalistische Bewegung hatte sich erst herauskristallisiert, als das Japanische Kaiserreich die Herrschaft übernahm (Rhee 2001, 142, 201; Robinson 1988, 3; Schmid 2002, 32). Das bestätigt wiederum, dass der Widerstand zu Beginn sehr stark war, da sich in kurzer Zeit eine sehr breite antijapanische Bewegung formierte. Nationalismus war bereits in der Bewegung des Ersten März ein primäres Motiv, sich dem Widerstand

anzuschließen. Aber auch in der provisorischen Regierung und in vielen weiteren kleineren Bewegungen scheint koreanischer Nationalismus durchgehend eine Rolle gespielt zu haben. Umstände, die für den Widerstand gegen die japanische Kolonialmacht sprachen, waren sicherlich die kolonialpolitischen Richtlinien um Wirtschaft, Bildung und Kultur. Auf der anderen Seite sollte Koreas industrielle Entwicklung dabei helfen, den japanischen Binnenmarkt zu vergrößern und der japanischen Regierung jene Ressourcen bereitzustellen, welche sie für weitere Kolonisationen und Kriegsmobilisierungen benötigten. Dieser von Japan gelenkte Ausbau der Industrie in Korea hatte einschneidende Auswirkungen auf die Sozialstruktur der Agrargesellschaft, welche eine industrielle Revolution erlebte und zu Urbanisierung und Zwangsverschickungen führte (Hechter, Matesan, und Hale 2009, 47f). Das betraf die Wirtschaft. Darüber hinaus hatten kulturelle Eingriffe Assimilierung zum Ziel und tangierten deshalb oft die Sprache. Eines der Ziele Japans war es, in den Kolonialgebieten Japanisch als offizielle Sprache einzuführen (Kang 2005, 151). So wurde Japanisch zur offiziellen Amtssprache in Korea, und Koreanisch wurde nur noch als Zweitsprache in Schulen unterrichtet. Nach der Bewegung des Ersten März konnte in Magazinen, Zeitungen, Radio und anderen Medien wieder Koreanisch verwendet werden. Diese Lockerung hatte aber die für die Kolonialherrscher ungewollte Folge, koreanischen Nationalismus zu stimulieren (Robinson 1988, 4). Somit wurde ab den 1930ern die koreanische Sprache wieder verboten, koreanische Zeitungen wurden aufgelöst (Kim 2005, 137), Schüler und Schülerinnen streng bestraft, wenn sie in der Schule Koreanisch sprachen (Breen 1998, 114), und Mitglieder der Gesellschaft für die koreanische Sprache wurden inhaftiert (Chou 1996, 54).

Um abschließend noch ein maßgebliches Beispiel zu nennen, wie extrem die Lebensumstände für die koreanische Bevölkerung war: Keine Analyse der japanischen Kolonialherrschaft ist komplett, ohne die koreanischen „Trostfrauen“<sup>8</sup> zu nennen. Im Zweiten Weltkrieg wurden zwischen 100.000 und 200.000 Frauen zwangsprostituiert und von den japanischen Soldaten sexuell ausgebeutet. Von diesen Frauen waren 80–90 % Koreanerinnen, so Chung (1995, 16), etwa 150.000 koreanische Frauen wurden auf Listen geführt (Breen 1998, 113), weil sie

---

<sup>8</sup> „Trostfrauen“ ist ein euphemistischer Begriff. Die zwangsprostituierten Frauen wurden von den Japanern selbst so bezeichnet, um die Moral der japanischen Armee zu heben (Zöch 2019).

angeblich von japanischen Soldaten aufgrund ihrer Hautfarbe bevorzugt wurden (Oh 2001, 10).

Gerade im Vergleich mit Taiwan war die japanische Herrschaft in Korea viel direkter und militärischer. Diese harte und direkte politische Steuerung in Kombination mit dem etablierten Nationalismus, der sich bereits in Korea entwickelt hatte, kann als Motivationsgrund angeführt werden, der die koreanische Bevölkerung zum antijapanischen Widerstand trieb.

#### *4.2.4. GRAD DES WIDERSTANDS ÜBER DIE KOLONIALZEIT HINWEG*

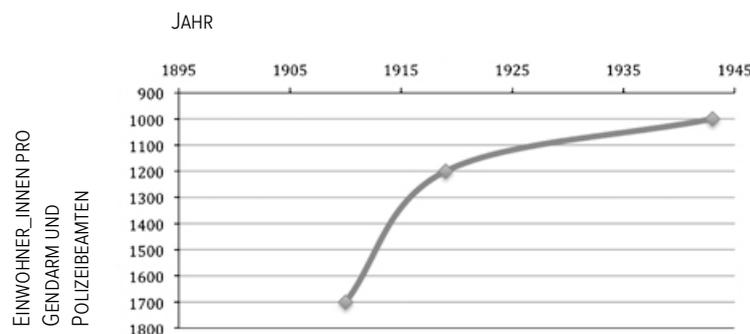
In diesem Unterkapitel wird besprochen, wie hoch der Grad des Widerstands zu welchem Zeitpunkt der Kolonialherrschaft war. Wie bereits erwähnt, lautet die These, dass der Widerstand zu Beginn am größten ausfällt. Am Beispiel Koreas lässt sich aber erkennen, dass der Widerstand nicht speziell während der Annexion 1910 besonders groß war, sondern punktuell immer wieder bis 1945 auftrat. Grundsätzlich stieg der Widerstand bis zum Ende der Kolonialherrschaft sogar an.

1895 wurde die Königin Koreas vom japanischen Militär ermordet. Daraufhin formierte sich eine widerständige, bewaffnete und antijapanische Bewegung. Die Bewegung sollte aber nur kurz währen. Dieser beginnende Widerstand wurde schnellstens von den japanischen Truppen ausgelöscht. Der koreanische König wurde 1907 abgesetzt, und es wurde ein Vertrag aufgesetzt, der besagte, dass er den Entscheidungen des japanischen Generalresidenten zu folgen hatte. Infolgedessen reorganisierte sich der Widerstand und wuchs zu einer breiten Bewegung, der die Eliten, die Intellektuellen und die lokalen Bauern folgten. Die Zahlen zeigen, dass es 1.451 bewaffnete Konflikte im Jahre 1908 mit 69.832 Beteiligten gab. Nach der harten Repression des japanischen Militärs gab es zwei Jahre später nur noch 147 Konflikte mit 1.892 Beteiligten (Hechter, Matesan, und Hale 2009, 39). Bis zum August 1910, als Korea offiziell von Japan annektiert wurde, war der bewaffnete Widerstand bereits komplett niedergeschlagen (Ku 1985, 3). Der Widerstand wurde in den Untergrund verdrängt: Geheimgesellschaften und Privatschulen wurden zu Austragungsorten für nationalistische Bewegungen (Lee 1963, 97). Im Jahre 1919 sollte sich dies aber ändern, wie schon im einleitenden Abschnitt über Korea erwähnt wurde. Die Bewegung des Ersten März

fand Anhänger und Anhängerinnen auf der gesamten koreanischen Halbinsel. Die Zahl der Aufständischen reichte von mindestens 460.000 bis zu zwei Millionen.

Neben einigen kleineren isolierten Vorfällen, gab es nach der Bewegung des Ersten März noch zwei weitere wichtige Aufstände: der Six-Ten-Aufstand und der Gwangju-Aufstand 1929. Der erstere entstand wiederum aus einem Trauerzug aus über 400.000 Koreanern und Koreanerinnen, der sich zu einem nationalen Protest weiterentwickelte (Dong 1965, 289). Trotzdem wurde der Widerstand in diesem Fall unterdrückt, bevor er sich im Rest des Landes ausweiten konnte. Der zweite Aufstand dauerte über fünf Monate an. Über 54.000 koreanische Studierende nahmen daran teil, die aufgrund der japanischen Kolonialpolitik entrüstet und dadurch mehr aus Ressentiment anstatt nationaler Bestrebungen motiviert waren (Dong 1965, 290f).

Wie schon in der Analyse über das koloniale Taiwan, wird nun die Entwicklung der Anzahl der Polizeibeamten während der Kolonialzeit in Korea betrachtet, um daraus zu schließen, wie hoch der Grad des Widerstands zu welchem Zeitpunkt war; denn der Grad des Widerstands korreliert mit der Anzahl der Streitkräfte, da jene dafür eingesetzt wurden, um den Widerstand zu bekämpfen. Die Anzahl stellt sich in Korea im Vergleich zu Taiwan auch in diesem Aspekt sehr unterschiedlich heraus. Abbildung 3, publiziert von Hechter et al. (2009, 41) zeigt, dass das Verhältnis von Polizeibeamten pro Kopf in Korea stieg, wie die Zahlen von 1910, 1919 und 1943 belegen. Dieses Wachstum des Polizeiwesens spiegelt einen indirekten Maßstab von Widerstand gegen den japanischen Kolonialismus wider. Gleichermassen stieg zwischen 1922 und 1933 die Anzahl an Koreaner\_innen, die wegen politischer Straftaten verurteilt wurden. Zusätzlich erhöhte sich auch die Zahl an solchen Fällen zwischen 1936 und 1943, die zu Gericht gebracht wurden (Dong 1965, Abbildung 8–9).



**Abbildung 3: Entwicklung der Gendarmerie- und Polizeizahlen in Korea (Hechter et al. 2009, 41).**

Die Bevölkerungszahlen wurden von Trewartha und Zelinsky (1955) herangezogen. Die Daten der Anzahl der Polizeikräfte zwischen 1910 und 1919 wurden von Ku (1985, 13) und jene Daten bis 1943 von Chen (1970, 147f) verwertet.

Es kann resümiert werden, dass (bewaffneter) Widerstand in Korea bereits vor der offiziellen Annektierung organisiert wurde. Dass die Ermordung der koreanischen Königin als Motiv zur Mobilmachung herangezogen wurde, ist durchaus vergleichbar mit dem (inoffiziellen) Beginn einer Kolonialherrschaft. Der Widerstand ebte aber nicht komplett ab – im Gegenteil, er wurde im weiteren Verlauf der Fremdherrschaft immer wiederkehrend ausgeübt. Um nur wenige, aber schlagkräftige Beispiele zu wiederholen: 1907 wurde aufgrund der Absetzung des Königs, 1919 im Rahmen der Bewegung des Ersten März und 1929 mit dem Gwangju-Aufstand landesweiter Widerstand organisiert. Des Weiteren stiegen jeweils die von Japan eingesetzten Polizeibeamten und die Anzahl der politisch-motivierten Festnahmen bis zum Zusammenbruch der Kolonialherrschaft an.

#### 4.2.5. REBELLIERENDE

Im Folgenden wird versucht, die Frage nach den Personengruppen im Widerstand zu analysieren. Es muss betont werden, dass sich eine breite Bevölkerungsschicht dem Widerstand anschloss, und zwar bereits früher, aber insbesondere bei der Bewegung des Ersten März. In Korea spielten elitäre, religiöse, kommunistische, studentische und bäuerliche Gruppen eine wesentliche Rolle im antikolonialen Widerstand. Anders als in Taiwan war die ethnische Diversität in Korea nicht sehr hoch, sondern fast gänzlich homogen von Koreaner und Koreanerinnen bewohnt. Ethnische Koreaner und Koreanerinnen lebten auch teilweise in der Mandschurei, wohin zudem einige privilegierte Yangban-Koreaner\_innen während der japanischen Fremdherrschaft flüchteten. Was die soziale Gliederung betrifft, hatte die Joseon-Dynastie ein hierarchisches Klassensystem erschaffen, das in groben Zügen aus vier Klassen bestand: *Yangban* (Oberschicht), *Chungin* (Kleinbürgertum), *Sangmin* (Mittelschicht), und *ch'ŏnmin* (Unterschicht) (Yangban 2019).

Im Gegensatz zu Taiwan wurde den koreanischen Angehörigen der Oberschicht keine Möglichkeit geboten, zu Beginn der Kolonialherrschaft das Land zu verlassen. Sie blieben also, und es geschah exakt das, was die Japaner in Taiwan zu verhindern wussten. Die gut

vernetzten und positionierten Eliten nutzten ihre Privilegien, um den antijapanischen Widerstand zu organisieren. Gleich zu Beginn galt die japanische Kolonialherrschaft als höchst umstritten. Dies führte die etablierte Gruppe der Yangban schnell zum Handeln. Diese genossen Jahrhunderte an aristokratischer Legitimation (Cumings 2005, 151), zählten zu den Top 10 % der Bevölkerung, und es wurde ihnen sogar verboten, andere Bestreben zu verfolgen, als im Staatsdienst zu arbeiten, so Breen (1998, 87). Sie hatten wichtige Positionen in Einrichtungen der Regierung und des Militärs in Korea für sich monopolisiert. Nach dem Absetzen des koreanischen Königs 1907 formierten die Yangban eine Guerillagruppe um zurückzuschlagen (Breen 1998, 103). Bis zur japanischen Annexion Koreas im Jahre 1910 waren die meisten der aufständischen Yangban in die Mandschurei geflohen (Cumings 2005, 146). Die verbliebene koreanische Elite hatte keine Möglichkeit ihre Heimat zu verlassen, ohne ihren hohen sozialen Status zu verlieren. Die koreanische Bourgeoisie verblieb also auf der Halbinsel, wo sie zu Unterdrückten der japanischen kolonialen Administration wurde. Das sollte maßgebliche Konsequenzen für die weitere Entwicklung des antikolonialen Widerstands mit sich bringen. Wie im nächsten Abschnitt über die Agrarreform dargelegt wird, wurden verschiedene Anreize für die Zusammenarbeit mit den Yangban geschaffen, was wiederum zu erhöhtem Widerstand der Bauern führte – einer ebenso essenziellen Gruppe im antikolonialen Kampf.

Mit Religionen und deren Vertretern in Korea hatten die japanischen Kolonialisten lange Zeit keine Probleme. Buddhistische Gläubige wurden im konfuzianischen Korea lange aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit diskriminiert. Das wusste die japanische Kolonialmacht zu nutzen, und versuchte das wiedergutzumachen. Daher standen die Buddhist\_innen der japanischen Fremdherrschaft tendenziell bejahend gegenüber (Lone und McCormack 1993, 54). Die christlichen Missionare unterstützten die Annexion Koreas – zu Beginn (Kang 2005, 156f). Schnell kamen sie in Konflikt mit der japanischen Kolonialpolitik. Studien (Kang 2005, 156f; Lone und McCormack 1993, 54) zeigen, dass die christliche Kirche führend an der Organisation der Bewegung des Ersten März beteiligt war. Christen stellten den Großteil der 33 Unterschriften der Unabhängigkeitserklärung. Die Einführung des japanischen Schintoismus als offizielle Religionsgemeinschaft in Korea wurde mit weit verbreitetem Missfallen aufgenommen. Schinto-Schreine wurden im ganzen Land aufgestellt und sollten die japanische Eroberung symbolisieren sowie Ehrfurcht verbreiten (Rhee 2001,

63). Ab 1935 wurden die Koreaner und Koreanerinnen gezwungen, die Schreine anzubeten (Kang 2005, 158). Im Jahre 1940 wurden über 2.000 christliche Gläubige inhaftiert, weil sie die Anbetung der Schinto-Schreine verweigerten (Kim 2005, 137).

Neben den zuvor genannten Eliten und den Gläubigen spielten auch Studierende eine wichtige Rolle im antijapanischen Widerstand. Der Breite der Bewegung des Ersten März zufolge, waren die Studierenden maßgeblich an der Mobilisierung beteiligt. Das sollte aber nicht der einzig studentisch-organisierte Widerstand bleiben. Der bereits kurz erwähnte Gwangju-Aufstand wurde ausschließlich von Studierenden organisiert (Dong 1965, 290f). Es begann mit einer Auseinandersetzung in einem Zug, die sich zu einer breiten Bewegung entwickeln sollte: Im November 1929 wurde eine koreanische Studentin in der Anwesenheit einer Gruppe von Studierenden in einem Zug von einem japanischen Studenten belästigt. Um den Japaner zu stoppen, schlug ein koreanischer Student zu, was dazu führte, dass sich die Auseinandersetzung im ganzen Zug verbreitete. Als die Neuigkeit in der Stadt Gwangju Schlagzeilen machte, weigerten sich die koreanischen Studierenden ihre Kurse zu besuchen und organisierten eine Demonstration gegen die japanische Kolonialmacht. Des Weiteren attackierten sie öffentliche Gebäude, auch Regierungsgebäude, die von japanischen Kolonialherren besetzt wurden, und einen Zeitungsverlag, der verzernte Artikel über die koreanischen Studierenden schrieb. Die Befreiungsbewegung der Studierenden in Gwangju verbreitete sich über das ganze Land hinweg und hielt bis zum folgenden Jahr an. Die Studierenden mussten viele Todesopfer beklagen, da die japanische Polizei nicht aufgab, die Bewegung niederzuschlagen (Anti-Japanese Spirit of Korean Students 2019).

Als bedeutsame Gruppe im Widerstand gegen die japanische Kolonialherrschaft können ebenso die Kommunisten und Kommunistinnen genannt werden. Sie galten laut Hechter et al. (2009, 40) hinsichtlich der Organisation des internen Widerstandes als höchst erfolgreich. Ermutigt von der bolschewistischen Revolution, halfen sie zwischen 1920 und 1925 über 330 Großstreiks sowie viele kleinere mit zehntausenden Arbeitern und Arbeiterinnen zu organisieren. Zwischen 1931 und 1935 folgten 900 Streiks mit 70.000 Arbeiter\_innen. Jene Streiks gelten nach wie vor als besonders eindrücklich, da zwischen 1932 und 1935 fast 453.000 koreanische Streikende inhaftiert wurden (Simons 1995, 140, 144). Die Kommunisten und Kommunistinnen waren aber auch an Aufständen beteiligt, wie zum

Beispiel bei Kim Il Sung's Angriff auf den japanischen Außenposten an der nördlichen Grenze in Korea (Buzo 2002, 46; Simons 1995, 142–44).

Zusammenfassend können fünf maßgebende Gruppen genannt werden, die sich allesamt für Widerstand gegen die japanische Kolonialherrschaft einsetzten. Die detaillierten Umstände der Angehörigen der Oberschicht, der Bauern, der Religiösen, der Studierenden, und der Kommunistinnen und Kommunisten mögen unterschiedlich gewesen sein, jedoch verfolgten alle dasselbe Ziel: die Befreiung Koreas.

#### *4.2.6. VON DER AGRARREFORM ZUM WIDERSTAND*

In ihren Kolonien führten die Japaner Agrarreformen durch, so auch in Korea (Myers und Yamada 1984, 428f). Dort hatte die Agrarreform große Auswirkungen auf die soziale Struktur. Vor der Annexion war der gesamte Grund und Boden Eigentum des Königshauses und wurde von den Yangban verwaltet (Lee 1963, 93), welche das Pachtgeld von den Bauern einzogen. Um Kollaboration zu schaffen, boten die Kolonialbehörden exklusive Rechte für zukünftige Landeigentümer. Es wurden Grundstücksvermessungen durchgeführt, und anschließend sollte ein modernes Landeigentümersystem geschaffen werden (Kang 2005, 100). Die Yangban meldeten daraufhin Besitzansprüche auf Gemeinschaftseigentum von Dörfern an, und die selbständigen Pächter erhoben ebenso Ansprüche auf ihren Boden. Infolgedessen wurde eine gesamte pachtende Bauernschaft mit hohen Pachtsummen und Steuern belastet, und ihre traditionellen Erbrechte wurden durch Kurzzeitverträge ersetzt (Lee 1963, 94). Die japanische Regierung plante, die Kollaboration mit den Yangban weiterhin zu fördern, indem sie ihnen Titel und Stipendien anboten. Von 84 lehnten nur acht Yangban ab (Henderson 1968, 77). Die Zusammenarbeit schien also anfänglich zu funktionieren. Trotzdem stellten sich die meisten Yangban im weiteren Verlauf gegen die japanische Kolonialherrschaft. Zu den Privilegien der Yangban zählte nie das Landeigentum, sondern der Zugang zu hohen Regierungs- und Militärpositionen. Und genau das sollte ihnen ab nun verwehrt bleiben. Die Kolonialisten schufen alle gesetzlichen Unterscheidungen innerhalb der koreanischen Bevölkerung ab. Das heißt, dass auch die Privilegien für die Yangban beendet wurden, tausende Yangban pensioniert wurden (Henderson 1968, 77) und quasi alle staatlichen Ämter von den Japanern selbst besetzt wurden (Lee 1963, 96). Zudem stieg die Anzahl der Japaner auf der Halbinsel rapide an. Von der in Korea lebenden

japanischen Bevölkerung arbeiteten 41.4 % in der Verwaltung, von der koreanischen Bevölkerung waren im Vergleich dazu nur 2.9 % in denselben Einrichtungen tätig (Henderson 1968, 75). Weil viele koreanische Grundherren ihre Steuern nicht mehr bezahlen konnten, da sie es aufgrund der Agrarreform als Eigentum erhalten hatten, wurde ihr Land konfisziert (Lee 1963, 94f). Das hatte laut Hechter et al. (2009, 46) zur Folge, dass sich der Grundbesitz der Japaner in Korea zwischen 1910 und 1923 vervierfachte.

Nun zurück zur Bewegung des Ersten März: Als der König starb, kamen viele am 1. März 1919 nach Seoul um seiner zu gedenken und formierten gemeinsam die Bewegung – viele von ihnen waren ehemalige Yangban, die später teilweise inhaftiert wurden (Lee 1963, 96). Die Aufständischen protestierten aufgrund des Verlusts ihrer Privilegien. Und obwohl das Abschaffen der Privilegien im Grunde zum Ziel hatte, die Klassenunterschiede in Korea zu beseitigen und die soziale Stellung der Bauern und Arbeiter zu verbessern, führte es zu einer Entfremdung der Eliten. Ironischerweise, fassen Hechter et al. (2009, 46) zusammen, verloren die japanischen Kolonialisten dadurch sowohl die Eliten als auch die Bauernschaft.

Die Schenkung von privatem Landeigentum an die Yangban erzeugte wachsenden Widerstand der Bauern. Sie warfen ihren Grundherren vor, mit den Kolonialherrschern zu kollaborieren (Cumings 2005, 152). Die Bauernproteste waren so einschneidend, dass die japanische Regierung eine radikale Agrarreform erließ, welche Rechte für Pächter schaffen und unbefristete Pacht garantierten sollte. Durch das Erhöhen der Arbeitskosten zogen viele koreanische Landeigentümer es jedoch vor, doch in die Industrie zu investieren und nicht mehr in die Landwirtschaft. Diese kleine Gruppe an koreanischen Industriellen wurde von den japanischen Kolonialbehörden angelockt, um die Kollaboration zu stärken. Sie erhielten finanzielle Unterstützung und direkte Zuschüsse für ausgewählte Landgewinnung, Bergbau und industrielle Projekte, so McNamara (1989, 311). Während der japanischen Kolonialherrschaft war es unmöglich, größeres Kapital ohne japanische Kredite oder Subventionen zu akkumulieren. Aus diesem Grund hatten zumindest die koreanischen Unternehmer großes Interesse daran, mit den Japanern zu kollaborieren (McNamara 1989, 315).

Hechter et al. (2009, 47) fassen zusammen, dass die Gesellschaft Koreas im Vergleich zu jener Taiwans stärkere Spaltungen aufwies. Die koreanische Bevölkerung hatte eine starke und fest verwurzelte Elite, der keine Möglichkeit geboten wurde, das Land frühzeitig zu

verlassen. Ihre lang privilegierte Position innerhalb der koreanischen Gesellschaft wurde von den Japanern bedroht. Ihre Privilegien wurden bald durch Entlassungen aus den Staatseinrichtungen und durch Zugeständnisse an bäuerliche Pächter und Eigentümer ersetzt. Nur ein kleines Segment dieser Elite kollaborierte mit den Kolonialherrschern. Als Konsequenz von all diesen Maßnahmen gab es in Korea eine Vielzahl an Anführern, um nationalistische Widerstandsbewegungen zu mobilisieren.

#### 4.2.7. VOM WIDERSTAND ZUR KOLLABORATION

Eine maßgebliche Wende der politischen Einstellung zeigt sich bei den Eliten Koreas. Während in den 1920er Jahren Widerstand gegen die japanische Kolonialherrschaft von bürgerlichen Gruppen geleistet wurde, begannen dieselben Gruppen in den 1930ern mit Japan zu kollaborieren, meint Chae (2010, 398) – anders als in Taiwan, wo die Eliten ja anfänglich kollaborierten und dann zum Widerstand übergingen. Auch Anderson (1983) zeigt, dass es im kolonialen Korea eine westlich-orientierte Gruppe an Nationalisten gab, die ihren antijapanischen Widerstand aufgaben und sich dem „offiziellen Nationalismus“ Japans unterwarfen. Interessanterweise starteten sie ihre Kollaborationen nicht aufgrund von Anreizen, wie sie in Taiwan von den Japanern geschaffen wurden, sondern weil diese Gruppe an Eliten aufgrund äußerer politischer Umstände ihre antikoloniale Ideologie selbst zurückwies.

Chae (2010, 403) definiert antikolonialen Widerstand im weitesten Sinne als Bewegung, die nicht nur konfrontative Aufstände, sondern auch Langzeitprogramme, die ein Ende der Kolonialherrschaft als Ziel verfolgen, miteinschließt. Dementsprechend fokussiert sich der von Chae veröffentlichte Artikel auch auf jene bürgerlichen Gruppen, die solch ein antikoloniales Programm umsetzten, später aber zu Kollaborateuren wurden. Dieses Programm der 1910er und 1920er Jahre kann als Separatismus geleitet von liberalem Nationalismus definiert werden. Die liberalen Nationalisten verfolgten sofortige Unabhängigkeit oder Selbstverwaltung, um Korea vor japanischer Assimilierung zu schützen. Sie stellten sich gegen die Kolonialherrschaft, imitierten westliche Praktiken und unterstützten maßgeblich die Bewegung des Ersten März. Durch die neu gewonnenen Freiheiten nach dem Ende dieser Bewegung formierte sich ein eher moderater Widerstand. Eine neue Kolonialzeit unter dem Namen der „kulturellen Herrschaft“ (*bunka seiji*) begann. Die kulturelle Herrschaft

schien für viele Koreaner und Koreanerinnen positiv: Wie schon zuvor erwähnt, wurde die Pressefreiheit eingeführt, und es wurden nationalistische Zeitungen und Radiosender gegründet. Die Kolonialpolizei und das Kolonialmilitär verlor an Macht, und es wurden viele Wirtschaftsrestriktionen für Koreaner aufgelöst.

Nun entstanden laut Chae (2010, 404) im Kreise der liberalen Nationalisten im Wesentlichen zwei Widerstandsbewegungen: der kulturelle Nationalismus und die Bewegung der Selbstverwaltung. Die Personen um die erstere Bewegung waren jene, die später zu Kollaborateuren werden sollten. Die Ideologie des kulturellen Nationalismus ist benannt nach dem Kulturalismusprojekt der 1920er, welches zuerst von *Tonga ilbo* initiiert wurde, einer nationalistischen Zeitung, die aufgrund der Reform nach der Bewegung des Ersten März gebildet werden konnte. Die Zeitung inklusive ihrer Ideologie des kulturellen Nationalismus fand schnell unzählige intellektuelle Anhänger und Anhängerinnen. An dieser Stelle muss betont werden, dass dieser Kulturbegriff keine authentische indigene Kultur beinhaltete, sondern Kultur als westliche Zivilisation signifizierte. Chae (2010, 404) definiert Kulturalismus folgendermaßen: „[C]ulturalism was meant to make individual life or society more fruitful by the increase of wealth, the advancement of politics, the purification of morality, and the development of science [Kulturalismus sollte das Leben von Individuen oder der Gesellschaft durch Anstieg von Reichtum, Förderung der Politik, Klärung der Moral und Weiterentwicklung der Wissenschaft ertragreicher machen]“. In diesem Sinne kann Kulturalismus als kapitalistische Ideologie klassifiziert werden. Ziel war es, eine kapitalistische Nation in Korea zu schaffen, mit einer Zivilgesellschaft, die die Werte westlicher Zivilisationen verkörpern sollte. Eine Organisation, die 1923 im Sinne des Kulturalismus gegründet wurde, war die „Bewegung für industrielle Produktion“, die den Konsum von koreanischen Gütern förderte, um das Wachstum des „nationalen Kapitalismus“ zu steigern (vgl. *Tonga ilbo*, 17. Mai 1922, Chae 2010, 405).

Bis in die 1920er hinein fand koreanische Kollaboration also nur sehr eingeschränkt statt. Das sollte sich aber in den 1930er und 1940er Jahren ändern. Die liberalen Nationalisten begannen nach und nach ihre vorige politische Einstellung des Kulturalismus, die auf westlichen Grundsätzen aufbaute, abzulehnen. Dieses mehr oder weniger plötzliche Ablehnen eines westlichen Demokratieverständnisses korrelierte mit dem „decline of the west

[Untergang des Abendlandes]<sup>9</sup>“, so Chae (2010, 412). Diese Abkehr vom westlichen Vorbild war aus der Perspektive der (ehemaligen) Kulturalismus-Anhänger durch den Niedergang des Liberalismus und den Aufstieg des Faschismus, gemeinsam mit einem neuen Zweifel darüber, ob nationalistische Ideologien tatsächlich auf Liberalismus basieren können, charakterisiert. Zudem behauptete sich Japan zunehmend als starker Machthaber in Korea. Diese politische Kehrtwende spiegelte sich auch in der Zeitung *Tonga ilbo*, die Editorials veröffentlichte wie „Diktaturen als weltweiter Trend – historischer Niedergang der Demokratie“ (4. Februar 1934), oder „Was nach dem Liberalismus kommen wird“ (29. März 1934), in dem sogar klar ausgedrückt wurde, dass der Liberalismus aufgegeben werden solle. Auch die brutalen militärischen Expansionen Japans in China und der Mandschurei in den 1930er Jahren trugen zum Verebben des Liberalismus bei den koreanischen Intellektuellen bei. Denn dass die Westmächte bei Japans erfolgreicher Invasion auf dem asiatischen Festland nicht effektiv eingriffen, enttäuschte viele elitäre Koreaner und Koreanerinnen, und führte sie weg vom Liberalismus. Dies erleichterte ihnen die Hinwendung zur japanischen Großmachtspolitik.

Antikolonialer Nationalismus nahm also ab 1930 signifikant ab, und Kollaboration stieg an. Die Anzahl von Koreanern in lokalen Verwaltungseinrichtungen stieg von 30 % im Jahre 1920 auf 50 % im Jahre 1939. Die „Bewegung für industrielle Produktion“ löste sich 1937 eigenständig auf, und einzelne wichtige Mitglieder begannen „Asianismus“ im Sinne der Großasiatischen Wohlstandssphäre zu propagieren (Pang 1996, 141). Politische sowie unpolitische indigene Vereine in Korea wurden freiwillig oder ansonsten gezwungenermaßen aufgelöst, um durch pro-japanische Gruppen ersetzt zu werden. Federführende Zeitungen und Zeitschriften – unter anderem *Tonga ilbo* – wurden zu Kollaborationsmaschinen umfunktioniert. Die Kollaborateure rechtfertigten sich mit dem Argument, dass Kollaboration die einzige Möglichkeit sei, die Nation zu erhalten. Demnach war ihre Einstellung nach wie vor nationalistisch, und trotzdem befand sie sich im ideologischen Rahmen der Assimilierung, fasst Chae (2010, 418) zusammen.

Es kann also resümiert werden, dass der Widerstand in Korea – gerade im Vergleich mit anderen Kolonialgebieten – insgesamt sehr kraftvoll ausfiel. Das lag in erster Linie an der sehr militanten Kolonisation von Korea, aber auch am Umstand, dass die Bevölkerung eine

---

<sup>9</sup> Daran angelehnt war Oswald Spenglers „Der Untergang des Abendlandes“.

koreanische Identität, einen Nationalismus entwickelt hatte. Am Beispiel der Bewegung des Ersten März wurde eine Widerstandsbewegung untersucht, die widerspiegelt, wie breit Widerstand in Korea tatsächlich ausfiel – geographisch und politisch. Denn die zahlreichen Teilnehmer und Teilnehmerinnen mit unterschiedlichen Hintergründen – ob Angehörige der Oberschicht, christliche Vertreter, Studierende und später auch Arbeiter\_innen und Bauern und Bäuerinnen – organisierten Demonstrationen und Proteste auf der gesamten Halbinsel. Demgegenüber liegt eine Form des institutionalisierten Widerstands der provisorischen Regierung der Republik Korea, deren Kabinettsmitglieder ebenfalls unterschiedliche politische Einstellungen hatten und anfänglich auch aufgrund dessen mit Differenzen zu kämpfen hatten; aber schließlich mit weitreichender koreanischer Unterstützung maßgeblichen Druck auf die japanische Kolonialmacht ausüben konnten. Die Gründe, sich dem Widerstand anzuschließen, waren genauso vielfältig wie deren Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Aber einer dieser Gründe einte offenbar sämtliche Rebellierende: der Nationalismus und somit das Ziel der Unabhängigkeit Koreas. Auf der Halbinsel fiel der Widerstand bereits Jahre vor der offiziellen Annexion sehr hoch aus. Widerstandsbewegungen tauchten punktuell auf und wurden vielfach repressiv niedergeschlagen, wobei sie insgesamt bis 1945 leicht anstiegen, wenn man sie an den Zahlen der japanischen Polizeibeamten misst. Zu Beginn wurden den herrschenden Gruppen Koreas keine Anreize geboten, um Kollaboration zu betreiben – im Gegenteil, sie durften nicht einmal das Land nicht verlassen. Aus diesem Grund entschlossen sich viele Angehörige der Oberschicht dafür, Widerstand zu leisten, wodurch wiederum die japanischen Kolonialherrscher einsahen, dass sie ihnen Vorteile bieten mussten, um den Widerstand einzubremsen. Die Agrarreform ist ein Beispiel, das sowohl der Bauernschaft als auch den Yangban gerecht werden sollte, die als Steuerpächter fungierten. Allerdings traf das Gegenteil ein, und beide Gruppen wandten sich zum Widerstand gegen Japan. Trotzdem stieg bis zum Ende der Kolonialherrschaft die Kollaboration von elitären Koreanern mit den Japanern. Ein herausragendes Beispiel dafür bietet die Gruppe um den sogenannten Kulturalismus, der ein liberales und kapitalistisches Korea, ähnlich wie in den Staaten des Westens, forderte. Dieselbe Gruppe gab ihre Einstellung ab den 1930ern auf und kollaborierte größtenteils in der Verwaltungsarbeit mit den Kolonialisten. An dieser Stelle sollte festgehalten werden, dass sowohl in Taiwan als auch in Korea ausschließlich Personen aus der Gruppe der

einheimischen Oberschicht zu Kollaborateuren wurden. Einerseits deshalb, weil eben jene immer großes Potenzial hatten, Widerstandsbewegungen anzuführen – sicherlich aufgrund ihres Netzwerkes und ihrer Machtausübung – und Japan genau dieses Potenzial entschärfen wollte, indem sie ihnen Anreize boten. Andererseits wurde der Arbeiterschaft und Bauernschaft nie eine vergleichbare Zusammenarbeit angeboten. Viele Widerstandsbewegungen in Korea mögen von Gruppen, wie den Studierenden, den Christen und den Bürgerlichen organisiert worden sein, doch die Teilnehmer und Teilnehmerinnen setzten sich aus der breiten Bevölkerung aller sozialer Schichten zusammen. Davon abgesehen wurden in den 1920ern und 30ern etliche Arbeiterstreiks organisiert.

### 4.3. CHINA

Wie im dritten Kapitel nachzulesen ist, wurde China seit den 1870ern bis 1945 immer wieder politisch von Japan bedrängt. China als Gesamtstaat konnte zwar nie von Japan komplett annektiert werden, der japanische Einfluss wurde aber trotzdem weit ausgebaut. Zusätzlich war Japan verantwortlich für die Invasion im Nordosten Chinas 1931 und der Errichtung des Marionettenstaates Mandschukuo im Jahre darauf. Dieses Unterkapitel untersucht die Aspekte des antijapanischen Widerstands in China. Als anschauliche Beispiele von Widerstandsformen werden einerseits die Bewegung des Vierten Mai in Peking und andererseits die Freiwilligenarmeen im Nordosten herangezogen. Anschließend werden die politischen Umstände in China und die Motivationsgründe der Aufständischen analysiert, die zum Widerstand geführt hatten. Darüber hinaus wird die Entwicklung des Widerstands über die Zeit hinweg diskutiert, und es wird dargelegt, welche Personengruppen in erster Linie Widerstand organisierten bzw. am Widerstand partizipierten. Zuletzt wird dem der Aspekt der Kollaboration dem gegenübergestellt, und zwar einschließlich der Frage, welche Personengruppen mit Japan kollaborierten.

#### *4.3.1. BEWEGUNG DES VIERTEN MAI*

Um ein zentrales Beispiel für antijapanischen Widerstand in China zu zeigen, wird die Bewegung des Vierten Mai herangezogen. Der Aufstand am vierten Mai 1919 und die daraus entstandene Bewegung hatten eine Tragweite und Auswirkung, wie sonst keine vergleichbare

Form des Widerstands gegen Japan. Per definitionem hatte die Bewegung nicht nur, aber auch antijapanische Beweggründe. Sich dem Widerstand anzuschließen, war sowohl der äußeren kolonialen Unterdrückung als auch der inneren nationalen Schwäche geschuldet – beides hing miteinander zusammen.

Die Bewegung begann sich bereits im Jahre 1915 zu formieren, als junge Intellektuelle anfangen, sich für modernisierende Reformen und die Stärkung der chinesischen Gesellschaft einzusetzen. Anregungen erhielt jene Gruppe durch die Zeitschrift *Xin Qingnian* (Neue Jugend), herausgegeben vom revolutionären Intellektuellen Chen Duxiu (May Fourth Movement 2019). Die Zeitschrift publizierte polarisierende Texte gegen die konfuzianischen Traditionen Chinas und gegen die imperialistische Ausbeutung durch Japan und die Westmächte (Wasserstrom 2005, 60). Aus der Ideologie dieser Zeitschrift entstand also eine Bewegung für eine neue Kultur, angeführt von Chen Duxiu und Hu Shi, der in den USA studiert hatte. Neben dem Widerstand gegen den Konfuzianismus und gegen die Ideale des Westens vertraten sie ein zweckfreies Bildungsideal mit den westlichen Werten der Wissenschaftsfreiheit und Demokratie. Des Weiteren forderten sie die Einführung einer Schriftsprache nach der Vernakularsprache (*baihua*), um die komplexe 2000 Jahre alte Schriftsprache zu ersetzen (*wenyan*) (May Fourth Movement 2019).

Am 4. Mai 1919 schließlich entlud sich der Kampf um ihre Forderungen auf den Straßen Pekings. An diesem Tag sammelten sich am Tiananmen-Platz über 3.000 Studierende von 13 Hochschulen und hielten eine Demonstration ab (May Fourth Movement 2019). Ausschlaggebend für die Mobilisierung war der Beschluss der Friedenskonferenz von Versailles im Anschluss des Ersten Weltkriegs. Insbesondere lehnten die Aufständischen die Bestimmung ab, dass Japan Nachfolger Deutschlands über das Pachtgebiet der Provinz Shandong wurde (was im Friedensvertrag festgelegt wurde), und den Fakt, dass die chinesische Regierung das offenbar duldete. Die jungen Menschen prangerten laut Wasserstrom (2005, 59) den japanischen Imperialismus und die offenkundige Korruption an. Sie forderten den Rücktritt von drei Ministern der chinesischen Regierung, welche verantwortlich für den weichen Kurs gemacht wurden, als Japan das Shandong-Pachtgebiet im Norden Chinas übernahm. Die Demonstrierenden gingen einen Schritt weiter: Sie brannten das Haus des Ministers für Kommunikation nieder (Wasserstrom 2005, 59) und griffen Chinas Japan-Minister an (May Fourth Movement 2019). Der studentische Aufstand

wurde daraufhin niedergeschlagen. Die Studierenden wurden geschlagen und inhaftiert, einer starb an den Folgen seiner Verletzungen. Dieser Aufstand entwickelte sich (auch aufgrund der prominenten Beteiligung von Hu Shi und Chen Duxiu) zu einer landesweiten Bewegung, die neben weiteren Studierenden schnell Unterstützung von Kaufleuten und Arbeiter\_innen gewinnen konnte. In den größeren Städten wurden über zwei Monate Streiks organisiert, und japanische Güter wurden boykottiert. Die Bewegung gipfelte am 5. Juni in einem Generalstreik in Shanghai, welcher laut Wasserstrom (2005, 59) die chinesische Wirtschaft lahmlegte. Schließlich erkannte die chinesische Regierung den wachsenden Unmut gegenüber ihren Entscheidungen und reagierte: Alle Studierenden, die am 4. Mai inhaftiert worden waren, wurden entlassen; die drei beschuldigten Minister wurden abberufen, und die Unterstützung Chinas für den Vertrag von Versailles wurde zurückgezogen. Damit waren die drei Kernforderungen der Bewegung des Vierten Mai umgesetzt worden. Zum Unmut der Akteure konnte die Übernahme der Shandong Provinz durch Japan nicht verhindert werden, jedoch stellt der Rückzug der chinesischen Unterstützung eine symbolisch äußerst wichtige Geste dar (Wasserstrom 2005, 60).

Die von der Widerstandsbewegung erkämpften Teilerfolge zeigen auf, dass die chinesischen Aufständischen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, zusammen sehr viel erreichen konnten. Als Teil der Bewegung wurde eine Kampagne initiiert, um die breite Bevölkerung aller sozialen Schichten zu erreichen. Massenkundgebungen wurden im ganzen Land organisiert, und über 400 neue Publikationen begannen die Ideale der Bewegung zu verbreiten. Daraus resultierte tatsächlich ein beschleunigter Rückgang des traditionellen Ethik- und Familiensystems; Frauenemanzipation erhielt einen neuen Aufschwung; Literatur wurde in der Vernakularsprache publiziert, und die modernisierenden Intellektuellen sollten die weitere politische Entwicklung Chinas maßgeblich beeinflussen (May Fourth Movement 2019). Allerdings waren dies bei weitem nicht die einzigen Auswirkungen der Bewegung des Vierten Mai. Erstens wurde die Nationalistische Partei *Kuomintang* durch den Erfolg der Bewegung angespornt, sich neu zu organisieren; zweitens führte die Bewegung zur Geburtsstunde der Kommunistischen Partei Chinas. Wasserstrom weist (2005, 60) darauf hin, dass die von Kommunisten verfassten Überlieferungen der Bewegung des Vierten Mai besonders überschwänglich ausfielen. Dies liegt daran, dass einige der Gründer der Kommunistischen Partei Universitätsprofessoren und Mentoren der aufständischen

Studierenden der Bewegung waren. Eine weitere Verbindung zwischen der Bewegung und der daraus resultierenden Parteigründung war der Fakt, dass viele Schlüsselfiguren der Partei dieselben waren, die zuvor für Zeitschriften geschrieben oder diese herausgegeben hatten, die den japanischen und westlichen Imperialismus und die konfuzianischen Traditionen anprangerten (wie beispielsweise *Xin Qingnian*) (Wasserstrom 2005, 60).

#### 4.3.2. DIE ANTIJAPANISCHEN FREIWILLIGENARMEEN DES NORDOSTENS

Während die japanische Kwantung-Armee im September 1931 ihre Invasion auf die Mandschurei im Nordosten Chinas begann, schaute die chinesische Regierung tatenlos zu. Widerstand wurde nicht von offizieller Seite, sondern von lokalen Gruppen, die einen Guerillakrieg gegen die Japaner führten, gezeigt. Dieser Abschnitt soll die Freiwilligenarmeen der Mandschurei thematisieren, da sie eine Schlüsselrolle im militanten Widerstand der Bevölkerung gegen Japan einnahmen.

Die japanische Armee begann also die Mandschurei zu überfallen und plante, das Gebiet in den Marionettenstaat Mandschukuo umzuwandeln. Die chinesische Regierung protestierte zwar, setzte allerdings keinerlei Schritte, um dem entgegenzuwirken. Wenige Tage nach der Explosion der ersten japanischen Bombe bei Mukden – bekannt als Mukden-Zwischenfall – kündigte der chinesische Präsident Chiang Kai-shek an, dass die Regierung das Vertrauen gänzlich in den Völkerbund setzen würde, um den Konflikt mit friedlichen Mitteln zu lösen, und dass die chinesische Armee keinen Befehl erhalten würde, Widerstand zu leisten. Chiangs Priorität war es nicht, die Japaner zu bekämpfen, sondern eine nationale Einheit in China zu schaffen, da zu seinem Missfallen manche Provinzen von Warlords beherrscht wurden, und der Kommunismus im Süden immer präsenter wurde. Sowohl die nationale chinesische Armee als auch die Nordostarmee befolgten die Anweisungen der Regierung und weigerten sich, das überfallene Gebiet zu verteidigen. Auch der Völkerbund griff zunächst nicht ein, abgesehen davon, dass er das Handeln Japans öffentlich ablehnte. In der Bevölkerung führte diese passive Haltung der Institutionen zu erheblichem Unmut. Daraus entstanden die großen Freiwilligenarmeen, die bis 1933 Krieg gegen die kolonialen Truppen Japans und Mandschukuos führten. Die Freiwilligenarmeen wurden zwar niedergeschlagen, aber erst nachdem ihr entschlossener Widerstand zu beginnendem Erfolg geführt hatte (Coogan 1993, 36f).

Der erste Anführer einer der Freiwilligenarmeen war der General Ma Zhanshan. Er entschied sich dafür, das Widerstandsverbot der Regierung zu ignorieren. Er plante die Japaner zu stoppen, indem er mit seinen Truppen eine strategisch wichtige Eisenbahnbrücke verteidigte. Schließlich musste er seine Truppen aber abziehen, nachdem die Japaner mit Panzern und Artillerietruppen aufmarschierten. Ma wurde trotz seines gescheiterten Versuchs zu einem Nationalhelden erklärt – sowohl in der chinesischen als auch in der internationalen Presse. Es sollen sogar „Ma Zhanshan-Zigaretten“ produziert worden sein, damit die Rauchenden ihren Patriotismus offen zeigen konnten, so Coogan (1993, 37).

Die Freiwilligenarmeen waren meist sehr komplex organisiert, weil sie aus verschiedenen Einheiten bestanden, die jeweils einem anderen Kommandanten folgten. Manche Einheiten verfolgten eine semi-religiöse Praxis, die Teil von traditionellen Selbstverteidigungsgesellschaften war, zum Beispiel der „Roten Speere“ und der „Gesellschaft der großen Schwerter“. In leichtsinniger Manier attackierten Widerstandskämpfer dieser Gesellschaften unter anderem japanische Panzerwagen mit Äxten und Hämmern. Die „Großmeister“ dieser Gesellschaften waren davon überzeugt, die Mitglieder durch Magie unverwundbar zu machen. Mit anderen Worten, die Freiwilligenarmeen der „Roten Speere“ und der „Gesellschaft der großen Schwerter“ hatten ihre eigenen Kommandanten und eigenen Methoden des Kampfes. Ihre Courage mag unverkennbar stark gewesen sein, aber die Zahl ihrer eigenen Todesopfer war hoch, und schließlich mussten sie erkennen, dass Magie keine nachhaltige Verteidigung gegen Waffen war (Coogan 1993, 38, 40).

Wang Fengge, der in seiner Jugend Kampfkunst studiert hatte, diente als Offizier der Nordostarmee. 1931, kurz nach der japanischen Invasion, feuerten Wangs Truppen auf japanische Gutachter, die dort arbeiteten, wo eine neue strategische Eisenbahnlinie erbaut werden sollte. Wangs Kommandant wollte diesen mit dem Angebot einer Beförderung dazu überreden, sein Bataillon zu verlegen. Der Kommandant war aber Teil des Mandschukuo-Regimes, und somit lehnte Wang das Angebot ab. Stattdessen bildete er im März 1932 eine der erfolgreichsten Freiwilligenarmeen, die „Nationale Heilsarmee“. Einen Monat vor der offiziellen Gründung bestand Wangs Armee aus 200 Freiwilligen, zur Gründung im März waren es bereits 1.000, und im Juli desselben Jahres 30.000 Widerstandskämpfer. Mit seinem antijapanischen Nationalismus und seiner jahrelangen Erfahrung im Militär zog Wang viele Freiwillige an, und lenkte die Armee höchst professionell. Vorteilhaft war ebenso, dass die

Widerstandskämpfer im Gegensatz zu den Japanern ihre Kenntnisse des lokalen Terrains nutzen konnten. Es schlossen sich nicht nur Freiwillige der Zivilbevölkerung an, sondern vor allem Streitkräfte des neuen Marionettenstaats Mandschukuo, die sich gegen die Kollaboration und für den Widerstand entschieden (Coogan 1993, 39).

Trotz mehrfachem Erfolg mussten sich die Freiwilligenarmeen im Nordosten Chinas gegenüber den Streitkräften Japans und Mandschukuos geschlagen geben. Das hatte mehrere Ursachen: Einer der offensichtlicheren Gründe war sicherlich der Fakt, dass sie den japanischen Streitkräften militärisch schlichtweg unterlegen waren. Sie setzten sich größtenteils aus Infanterie- und Kavalleriekräften zusammen und hatten zudem Waffen- und insbesondere Munitionsmangel zu beklagen. Im Gegensatz zu Japan hatten sie außerdem keine Luftwaffe. Darüber hinaus stieg die Stärke der japanischen Kwantung-Armee alleine im Jahr 1931 mit einer Anzahl von etwa 10.000 auf 65.000 an, so Coox (1989, 422f). Der Zugang zu Lebensmitteln und Kleidung war besonders im Winter beschwerlich. Hinzu kam, dass sich die chinesische Regierung verweigerte, die Freiwilligenarmeen zu unterstützen: Sie wurden in keiner Weise als Teil des nationalen Militärs behandelt, die Regierung schickte weder Waffen noch Truppen zur Verstärkung. Präsident Chiang hielt an seiner Einstellung fest, wollte keinen Konflikt mit Japan schüren, und fokussierte sich auf sein Projekt der nationalen Einheit, indem er die kommunistischen Gebiete attackieren ließ. Eine weitere Ursache für die Niederlage der Freiwilligenarmeen war, dass zahlreiche Freiwillige aufgrund ihrer Leichtsinnigkeit getötet wurden, wie zuvor am Beispiel der „Roten Speere“ und der „Gesellschaft der großen Schwerter“ dargelegt wurde. Des Weiteren gab es zwischen Offizieren verschiedener Freiwilligenarmeen Verfeindungen. Die antijapanischen Beweggründe traten im Gegensatz zu diesen internen Konflikten, die auch gegenseitige Tötungen mit sich brachten, oftmals in den Hintergrund .

Bis 1933 teilten sich die Freiwilligenarmeen entweder in kleinere Truppen oder zogen sich in Sicherheit zurück, viele flüchteten in die Sowjetunion. Die kleinen Guerillagruppen kämpften unter härtesten Bedingungen, setzten ihren antijapanischen Widerstand aber teilweise sogar bis 1941 fort (Coogan 1993, 40).

### 4.3.3. UMSTÄNDE UND MOTIVATIONSGRÜNDE

Dieser Abschnitt diskutiert die Umstände und Motivationsgründe, die in China zum Widerstand gegen Japan geführt haben. Die Analyse bezieht sich insbesondere auf die bereits behandelten Ereignisse rund um die Bewegung des Vierten Mai und die antijapanischen Freiwilligenarmeen.

Ein Umstand, der die Studierenden am 4. Mai 1919 zu direktem Handeln führte, welches später zur landesweiten Bewegung des Vierten Mai werden sollte, war definitiv die Übertragung des Pachtgebiets Shandong von Deutschland an Japan, die im Friedensvertrag von Versailles festgehalten wurde. Die chinesische Bevölkerung war nicht nur über den Fakt erzürnt, dass Japan nun Kontrolle über Shandong erhielt, sondern vor allem, weil die chinesische Regierung handlungsunfähig erschien und die Abtretung einfach akzeptiert hatte. Hinter dem Widerstand der Bewegung des Vierten Mai befand sich aber mehr als dieser direkte Auslöser. Die Aufständischen waren generell mit der hierarchischen Gesellschaftsordnung und den konfuzianischen Traditionen Chinas unzufrieden. Wie bereits erwähnt, forderten sie eine neue Staatsordnung, mehr Rechte für die Verbreitung der Vernakularsprache und ein neues Bildungsideal, welches Demokratie und Wissenschaftsfreiheit als Basis haben sollte. Es muss allerdings darauf hingewiesen, dass vor allem das steigende und bedrohende imperialistische Handeln Japans, und dass die chinesische Regierung dies schlichtweg akzeptierte, zum Aufstand führte. Die zuvor genannten Ideale und das Ankreiden der imperialistischen Ausbeutung vonseiten Japans wurden in Texten von Zeitschriften wie *Xin Qingnian* verarbeitet und schließlich verbreitet. Somit kann festgestellt werden, dass auch das Publizieren jener Zeitschriften den Widerstand mitmobilisierte.

Die Forschungen um die Bewegung des Vierten Mai vernachlässigen oftmals nationale Souveränität, Nationalismus und Unabhängigkeit als Beweggründe für die Teilnehmenden, da die Krise um Shandong viel naheliegender und gewichtiger erscheint. Allerdings spielten diese grundlegenden Motive sicherlich eine maßgebliche Rolle im Widerstand. Sie bildeten die Basis für die spezifischeren Forderungen der Bewegung, wie beispielsweise das Erreichen einer Blockade gegen das Abtreten von Shandong im Versailler Friedensvertrag. Nationale Unabhängigkeit, insbesondere von Japan, kann bis 1945 als grundlegendes Motiv, welches zum antijapanischen Widerstand in China führte, herangezogen werden. Ein primäres Motiv

für die Gründung sowie für das Handeln der Freiwilligenarmeen im Nordosten Chinas stellte darauf aufbauend zweifellos die Invasion der japanischen Kwantung-Armee 1931 in jenem Gebiet dar. Wie Mitter (2000a, 156) bestätigt, stellte Japan jahrzehntlang ein Problem für den chinesischen Nationalismus dar, aber die Mandschurei-Krise bot eine eindeutige Möglichkeit, diesen Nationalismus durch antijapanischen Widerstand in die Tat umzusetzen. Die Freiwilligenarmeen beteiligten sich teilweise jahrelang am Kampf um die Befreiung der Mandschurei. Anfänglich waren es die Bomben und Attacken der japanischen Truppen, die die Freiwilligenarmeen zur Verteidigung der Mandschurei mobilisierten; später aber war es das Errichten des Marionettenstaats Mandschukuo.

#### 4.3.4. GRAD DES WIDERSTANDS

Die Entwicklung des Widerstands gegen Japan ist in diesem Kapitel differenziert zu betrachten, da die angewandte These eine Kolonie (wie zuvor bei Taiwan und Korea) voraussetzt. Trotzdem kann der Grad des Widerstands in China analysiert werden, schließlich versuchte Japan bis 1945 stets seinen Einfluss in China auszuweiten. Darüber hinaus bietet sich der Widerstand im japanischen Marionettenstaat Mandschukuo als repräsentatives Beispiel an, denn der antijapanische Widerstand fiel bereits als Reaktion auf die erste Invasion sehr groß aus.

Mit Ausnahme des Boxeraufstands<sup>10</sup> von 1899–1900 konzentrierte sich der antijapanische Widerstand in China insbesondere auf die 1920er und 1930er Jahre. Nach der den Widerstand gewissermaßen einleitenden Bewegung des Vierten Mai des Jahres 1919, nahm also besonders ab 1920 die Quantität und Qualität der antijapanischen Widerstandsbewegungen in China zu. Um die Größe der Bewegung des Vierten Mai anhand von Zahlen darzulegen: am 4. Mai 1919 versammelten sich 3.000 Aufständische am Tianmenplatz in Shanghai, und Anfang Juni streikten bereits 100.000 Arbeiter und Arbeiterinnen, um gegen die Repression der Studierenden des 4. Mais zu protestieren (Kucha und Llewellyn 2015). Zur Veranschaulichung von vermehrtem Widerstand in den 1920ern und 1930ern werden nun ausgewählte Beispiele beschrieben: Erstens, protestierten und

---

<sup>10</sup> Auch wenn sich der Boxeraufstand ideologisch u. a. gegen Japan richtete, wurden im direkten Kampf insbesondere zivile Immigrant\_innen und Christ\_innen angegriffen (Boxer Rebellion 2019). Aus diesem Grund nimmt der Boxeraufstand keinen zentralen Teil in der Analyse des Widerstands gegen Japan ein.

demonstrierten 1920 Aufständische aller sozialer Schichten, insbesondere Studierende, gegen die japanische Invasion in der Stadt Hunchun (Japan hatte Truppen in die Stadt gesendet, da zuvor das japanische Konsulat von Mitgliedern der koreanischen Unabhängigkeitspartei niedergebrannt wurde). Zweitens, verlangten das chinesische Außenministerium zusammen mit der Bevölkerung im Jahr 1923 die Rückgabe des Pachtgebiets Kwantung auf der Liadong-Halbinsel. Japan lehnte ab, und die chinesische Bevölkerung beschloss dagegen zu demonstrieren. Viertens, wurden am 30. Mai 1925 streikende Arbeiter und Arbeiterinnen in Shanghai von britischen und japanischen Streitkräften bekämpft und niedergeschossen. Diese Aufstandsbekämpfung führte zur Entwicklung der Bewegung des 30. Mai, welcher sich neben Arbeiter\_innen auch Studierende und in weiterer Folge Personen aller sozialer Schichten anschlossen. Proteste der Bewegung fanden in zahlreichen Städten Chinas statt und brachten nationalistische Ideale in Kombination mit der Solidarität gegenüber angegriffenen und ermordeten Streikenden in Shanghai zum Ausdruck. Fünftens, sollte Japan im Herbst 1929 eine Erweiterung der Eisenbahnstrecke von Jilin nach Huining bauen. Daraufhin bildete sich starker Widerstand gegenüber diesem Vorhaben, der in allen Gesellschaftsschichten der Bevölkerung zu spüren war. Am 9. November 1929 organisierten Schüler und Schülerinnen Großdemonstrationen in Harbin, die allerdings von der Polizei niedergeschlagen wurden. Manche Schüler und Schülerinnen wurden dabei schwer verletzt (Wang und Tan 2010, 33). Das sechste und letzte Beispiel handelt von der Bewegung des Neunten Dezembers. An diesem Tag im Jahre 1935 versammelten sich Studierende der Universität Yenching in Peking, um gegen die japanischen Expansionen zu protestieren. Es war keine Überraschung, dass sich die Widerstandsbewegung zu dieser Zeit und an diesem Ort organisierte: Nach der Erschaffung des Marionettenstaats im Nordosten drohten die japanischen Truppen damit, die Stadt Peking als nächstes einzunehmen (Boorstin 1986).

Der Nordosten Chinas wurde mit einer kaum vergleichbaren Schnelligkeit und Erbarmungslosigkeit von den japanischen Truppen eingenommen. Daraus kann abgeleitet werden, dass auch der regional organisierte Widerstand schnell und militant ausfiel. Dies wird auch durch die Mobilisierungen der Freiwilligenarmeen veranschaulicht. Die erste japanische Bombe fiel am 18. September 1931, und die Japaner konnten in wenigen Tagen eine Vielzahl an wichtigen Städten erobern. Alleine im Jahr 1931 wuchs die Kwantung-Armee von etwa 10.000 auf fast 65.000 Soldaten an (Mitter 2000b, 101), und im März 1932 wurde bereits der

Marionettenstaat Mandschukuo errichtet (Coogan 1993, 36). Ab dem Zeitpunkt, als die erste Bombe im September fiel, wurde lokal Widerstand organisiert. Doch zunächst blieb es nur bei Versuchen. Die erste bekannte Freiwilligenarmee wurde im Dezember 1931 von Mo Fushan aufgestellt (Mitter 2000b, 106). Wie zuvor erwähnt, war das kein leichtes Unterfangen, denn die chinesische Regierung versuchte stets antijapanischen Widerstand einzudämmen (Coogan 1993, 37). Die von Wang gegründete „Nationale Heilsarmee“ zählte im Februar 1932 200 Widerstandskämpfer, und fünf Monate später war die Freiwilligenarmee bereits auf 30.000 Aufständische angestiegen (Coogan 1993, 39). Bis 1933 erzielten die Freiwilligenarmeen zahlreiche Erfolge im Widerstand. Schließlich waren sie den japanischen Truppen offenkundig unterlegen. Bis 1937 kämpften kleinere Freiwilligentruppen, eine Truppe sogar bis 1941 (Coogan 1993, 40), trotzdem gilt die Zeit zwischen 1931 und 1933 als Blütezeit der Freiwilligenarmeen der Mandschurei.

Widerstand gegen die Großmacht Japan fand nach dem Boxeraufstand zur Jahrhundertwende und der sozusagen einleitenden Bewegung des Vierten Mai von 1919 insbesondere während den 1920er und 1930er Jahren statt. Am Beispiel Chinas bestätigt sich die These, dass der Widerstand zu Beginn am größten ausfällt. Wiederum muss betont werden, dass China nie zu einer substantziellen Kolonie Japans wurde. Allerdings wurde stets zu jenen Zeitpunkten Widerstand geleistet, als Japan einen Schritt in Richtung Expansion von chinesischen Gebieten machte: 1919 war es die Abtretung des Pachtgebiets Shandong, 1931/32 die Errichtung des Marionettenstaats in der Mandschurei, 1935 die drohende Invasion von Peking – es wurde jederzeit rasch reagiert. Anhand der zuvor analysierten Widerstandsbewegungen sowie auch der Freiwilligenarmeen der Mandschurei kann festgestellt werden, dass der Widerstand zu Beginn (in Zahlen) zwar sehr stark ausfiel, aber kurz- oder längerfristig niedergeschlagen wurde oder zerfiel.

#### 4.3.5. *REBELLIERENDE*

Im Folgenden wird der Frage nach dem „Wer“ im antijapanischen Widerstand nachgegangen. Abgesehen vom Wegschauen der Regierung, die es stattdessen vorzog, kommunistische Gruppen einzudämmen, wurde in China von einer breiten Bevölkerungsschicht Widerstand gegen die japanischen Fremdmächte gezeigt. Gegenseitige Solidarität zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen stand stets im Vordergrund. Das

kann sicherlich mit dem grundsätzlichen Motiv des Nationalismus in der chinesischen Bevölkerung in Verbindung gebracht werden. Insbesondere Studierende und Arbeiter und Arbeiterinnen waren maßgeblich an der Mobilisierung und Partizipation von Widerstand beteiligt. In der Mandschurei haben in erster Linie bäuerliche Gruppen bewaffneten Widerstand im Rahmen der Freiwilligenarmeen gezeigt. Als politisch einflussreiche Gruppe können die Kommunisten genannt werden.

Daten von 1937 zeigen, dass der Großteil der Mandschurei aus Han-Chines\_innen und Mandschu bestand. Wie in anderen Besatzungsgebieten wollte Japan in der Mandschurei (vor allem bäuerliche) Japaner ansiedeln, was aber kaum gelang, da der Lebensstandard niedriger als in Japan war (Schumpeter 2000, 68ff). Es existierten ab 1900 mehr han-chinesische als mandshurische Einwohner\_innen in der Mandschurei. Seit die Qing-Dynastie im 17. Jahrhundert errichtet wurde, emigrierten im Laufe der Jahrhunderte viele Mandschu in andere chinesische Provinzen, und umgekehrt immigrierten zahlreiche Han in die Mandschurei. Des Weiteren verpartnerten sich Mandschu zunehmend mehr mit Han-Chines\_innen, und ab dem 19. Jahrhundert begann die kulturelle Segregation der zwei Ethnien zu zerbröseln (Manchu 2019). Die Mandschurei bestand aus einer ländlichen Gesellschaft, die die japanischen Besatzungsmächte zu einem industrialisierten Militärstaat umbauen wollten, um weitere Militärexpansionen im asiatischen Raum zu erleichtern (Manchuria 2019).

Studierende und Schüler\_innen nahmen in China eine besonders große Rolle im antijapanischen Widerstand ein. Besonders wenn man die Jahre von 1919 bis 1945 betrachtet, wird deutlich, dass immer wieder Studierende an der Front von Widerstandsbewegungen standen, insbesondere in Bezug auf Gründung und Erstmobilisierung. Die von Studierenden organisierten Aufstände entwickelten sich oftmals in landesweite Bewegungen, denen sich Personen aller sozialer Schichten anschlossen. Die Bewegung des Vierten Mai wurde von Beginn an von Studierenden Pekings getragen und breitete sich zusammen mit anderen Gruppen zu einer flächendeckenden Widerstandsbewegung aus (Wasserstrom 2005, 59). Darüber hinaus kann der 1920 organisierte Protest in Hunchuan genannt werden, der großteils von Studierenden initiiert wurde und dem sich wiederum Personen aller sozialer Schichten anschlossen. Die Bewegung des 30. Mai wurde zwar nicht von Studierenden gegründet, da es sich um einen großflächigen Streik handelte, trotzdem schlossen sich

Studierende nach und nach den nationalistischen Arbeiterprotesten an und organisierten unter anderem in Shenyang, Changchun, Dalian, und Harbin Demonstrationen, um ihre Solidarität mit den Streikenden auszudrücken (Wang und Tan 2010, 33). Schüler und Schülerinnen von Harbin hielten eine Großdemonstration ab, um gegen den Ausbau der japanischen Eisenbahnlinie zu protestieren. Auch 1935 waren es Studierende, die in Peking auf die Straßen zogen, um gegen die geplante Invasion der Japaner in Peking zu protestieren (Boorstin 1986).

Arbeiter und Arbeiterinnen spielten ebenso eine tragende Rolle im antijapanischen Widerstand. Sie solidarisierten sich stark mit der Bewegung des Vierten Mai und organisierten federführend die Streiks, die zur Entwicklung der Bewegung des 30. Mai führten.

Die politische Gruppierung, die mit hoher Beteiligung am antijapanischen Widerstand partizipierte und im weiteren Verlauf kräftig daraus profitierte, waren die Kommunisten und Kommunistinnen. Wie bereits erwähnt, zählten einige Universitätsprofessoren zu den Mentoren der aufständischen Studierenden des vierten Mai 1919. Jene Professoren und eine Vielzahl an Studierenden der Bewegung sollten später mitverantwortlich für die Gründung der Kommunistischen Partei Chinas sein. Es waren dieselben Personen, die für antijapanische und fortschrittliche Zeitschriften schrieben, die am vierten Mai auf den Straßen protestieren, und die in weiterer Folge an der Gründung der Kommunistischen Partei beteiligt waren (Wasserstrom 2005, 60), was als Wende von der traditionellen zur modernen chinesischen Kultur gilt (Vierte-Mai-Bewegung 2019). Auch aus den Streiks und den Demonstrationen der Bewegung des 30. Mai konnte die Kommunistische Partei maßgeblich profitieren. Die vorherrschend anti-imperialistischen Grundsätze der Bewegung kamen der Partei zugute, was sich anhand von steigenden Mitgliederzahlen von wenigen hunderten auf mehr als 20.000 erkennen lässt (May Thirtieth Incident 2014). Auch wenn Kommunismus stark in Verbindung mit antijapanischem Widerstand in China stand, wurde die Geschichte von Widerstandsbewegungen insbesondere von kommunistischen Historikern auffallend verherrlichend überliefert. Dies kann unter anderem bei der Bewegung des Vierten Mai (Wasserstrom 2005, 60) und bei der Bewegung des neunten Dezember (Boorstin 1986) festgestellt werden. Besonders die Verschriftlichungen von Maos Parteigenossen verschönerten die Geschichte der Bewegung des neunten Dezembers. Diese

Widerstandsbewegung Ende des Jahres 1935 erzielte zwar keine konkreten Erfolge, aber sie schwächte Chiang Kai-sheks Regierung und führte zu einer erneuten Erstarkung des chinesischen Nationalismus. Diejenigen, die zuvor die Proteste organisierten, wanderten Richtung Norden, um die Kommunistischen Armeen zu unterstützen (Boorstin 1986). Das galt als maßgebliche Wende, denn bis 1935 standen die Kommunisten den Freiwilligenarmeen im Nordosten sehr kritisch gegenüber.

Die Kommunistische Internationale tolerierte keine Allianzen mit nicht-kommunistischen Organisationen und Institutionen, und so gab es auch keine Bündnisse mit den Freiwilligenarmeen im Nordosten. Die lokalen Kommunisten tätigten sogar einen Ausruf an die Freiwilligen, dass sie ihre Offiziere töten und dem Kommunismus im Kampf um die soziale Revolution folgen sollten. Die Widerstandskämpfer zogen es vor, in den Freiwilligenarmeen zu bleiben, aus dem einfachen Grund, dass ihnen der Kampf gegen die japanische Invasion dringlicher erschien, als das Erreichen einer kommunistischen Revolution. Die Kommunisten stellten kleinere Rote Armeen im Nordosten auf, allerdings verkümmerten sie im Vergleich zu den Freiwilligenarmeen, die aufgrund des simpel erscheinenden antijapanischen, nationalistischen Anreizes zahlreiche Widerstandskämpfer rekrutieren konnten. 1935 änderte die Kommunistische Internationale ihre Politik: Die anti-japanische Bewegung sollte unterstützt werden, und die revolutionären Ziele sollten einstweilen in den Hintergrund treten. Das geschah auch deshalb, weil die Kommunistische Partei ansonsten kaum eine andere Wahl hatte, zu einer ernstzunehmenden politischen Kraft zu werden. Nun konnte sie ihre eigenen Streitkräfte in der Mandschurei aufstellen: die Vereinte Antijapanische Armee im Nordosten. Offen für alle, die sich der japanischen Invasion widersetzen wollten, und mit der Erklärung, mit allen antijapanischen Kräften Bündnisse eingehen zu wollen, konnte die Kommunistische Armee sogar einige Einheiten anderer Freiwilligenarmeen gewinnen und weitere Allianzen mit anderen Freiwilligenarmeen schließen (Coogan 1993, 40f). Nationalismus hatte sich zu einem maßgeblich wichtigen Faktor in der chinesischen Politik entwickelt. Nachdem die Kommunisten 1949 an die Macht kamen, wurden einige überlebende Anführer der Freiwilligenarmeen zu hohen Posten in der Verwaltung berufen. Obwohl die Kommunistische Partei die Freiwilligenarmeen und deren Offiziere als Helden bezeichnete, wurde wenig über sie publiziert. Der Widerstand harmonierte nicht direkt mit der kommunistischen Version der Geschichtsschreibung, welche

die Kommunistische Partei und insbesondere Mao Zedong verherrlichte. Sie verbarg zudem unangenehme Fakten, wie die anfängliche Opposition der Kommunistischen Partei gegenüber den Freiwilligenarmeen.

Die Anführer der Freiwilligenarmeen waren oftmals ehemalige Offiziere oder hatten andere Positionen in der chinesischen Armee, der Nordostarmee inne. Manche Widerstandskämpfer hatten militärische Erfahrung, andere nicht. Gesamtheitlich betrachtet, kämpften Personen aller sozialer Schichten in den Freiwilligenarmeen: Die meisten waren Bauern, Arbeiter, Studierende, Polizisten, oder Händler (Coogan 1993, 37ff).

Antijapanischer Widerstand wurde in China also von einer breiten Bevölkerungsschicht geleistet. Studierende sowie Arbeiter und Arbeiterinnen initiierten oftmals Proteste, Streiks oder Demonstrationen, welche im weiteren Verlauf zu größeren und oftmals landesweiten Widerstandsbewegungen wurden. Solidarität kann hier als wesentliches Stichwort genannt werden. Etliche Male schlossen sich Gruppen von Studierenden und Kaufleuten den Arbeitern an und umgekehrt. In Taiwan und in Korea mobilisierten jeweils Eliten maßgeblich zum Widerstand gegen die japanische Kolonialmacht. In der Literatur über China sind diesbezüglich aber keine Hinweise zu finden. Im nächsten Unterkapitel soll die Frage der Kollaboration mit den Japanern behandelt werden – hier spielt die Elite wiederum eine wichtige Rolle.

#### 4.3.6. *KOLLABORATION IN MANDSCHUKUO*

In diesem Unterkapitel wird das Thema der Kollaboration am Beispiel der chinesischen Elite mit den Japanern im Rahmen der Errichtung des Marionettenstaats Mandschukuo besprochen. Die japanischen Besatzer im Nordosten Chinas waren getrieben von einer Mischung aus imperialistischem Opportunismus und einem pan-asiatischem Idealismus. Das heißt, dass ihre Eroberung mit einer weitreichenden Kooperation mit der regionalen chinesischen Bevölkerung verbunden werden sollte, um damit sowohl in China als auch international Legitimation zu erreichen. Ebenso erschien es den Japanern einfacher, bereits existierende Verwaltungsstrukturen zu nutzen (Mitter 2000b, 101). Die japanischen Generäle Ishiwara und Itagaki gelten als hauptverantwortlich für den Mukden-Zwischenfall im September 1931. Sie hielten, als sie die Invasion planten, fest: „Japanese administration would be possible within the existing means of the local Chinese governments“ [Japanische

Verwaltung würde mit den vorhandenen Mitteln der Landesregierungen möglich sein] (vgl. Ogata 1964, 44).

Nach dem Mukden-Zwischenfall wollten die Japaner das Zerfallen der Verwaltungsstrukturen auf Bezirksebene verhindern. Die Kwantung-Armee versuchte, die ansässige herrschende Elite anzuregen, Komitees zu gründen. Diese Elite war besorgt, dass ihre Gemeinschaft im Konflikt mit den Japanern zerstört werden würde. Doch es verursachten weniger die Angriffe der Japaner den Zusammenbruch der lokalen Ordnung, sondern zahlreiche Beamte, die aus Angst flüchteten. Der Zerfall der Verwaltung hatte Raubzüge von Banditen, die zu einem umfangreichen Problem im Nordosten wurden, zur Folge (Mitter 2000b, 102). Die verbliebenen Eliten erkannten die Problematik des Banditentums und die Dringlichkeit, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Somit waren sie bereit, die Komitees aufzustellen. Die Japaner nutzten die Komitees als wirksames Mittel, um Außenstehende von ihrer Legitimation in der Mandschurei zu überzeugen. Allerdings trauten sie nicht allen Bezirken die gleiche Machtausübung zu.

Ein solches Komitee wurde unter anderem im Landkreis Liaozhong, der Teil der Liaoning Provinz ist, errichtet. Es wurde berichtet, dass „the merchants had been extremely frightened, and the people’s minds were unsettled“ [die Kaufleute extrem ängstlich waren, und die Menschen sich verunsichert fühlten] (vgl. Chonglü und Sheng 1991). Also wurde eine Konferenz einberufen, in der der Leiter der lokalen Organisation (*tuanti*) und lokale Eliten das Komitee für Friedenssicherung gründeten, das auf der Erhaltung der öffentlichen Ordnung im Landkreis ausgerichtet war, so Mitter (2000b, 104). Weiters sollte jedes größere Dorf eine Miliz mit eigenen Bewohnern aufstellen, die in erster Linie dafür verantwortlich war, die Banditen zu bändigen. In Liaoyuan, welches sich in der Provinz Jilin befindet, erreichte die lokale Elite sogar eine Vereinbarung mit den japanischen Konsularbeamten, die besagte, dass der Landkreis Strafverfolgungsbehörden stellen und die Kwantung-Armee dabei nicht eingreifen würde. Auch im Kreis Changtu konnte die öffentliche Ordnung erhalten werden. Allerdings dauerte es hier Monate, bis die lokale Elite eine Vereinbarung mit den Japanern erreichte. Changtu liegt an der Grenze zur Mongolei, und die Bevölkerung setzte sich damals aus Han Chinesen und Han Chinesinnen sowie aus Mongolen und Mongolinnen zusammen. Auch hier verbreitete sich nach dem Mukden-Zwischenfall schnell ein Banditentum, und 13 sogenannte „gerechte“ Mitglieder der lokalen Elite gründeten ein

Komitee zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Schließlich einigten sie sich mit den Japanern nach einigen Monaten darauf, gemeinsam verwaltete Strafverfolgungsbehörden mit lokalen Milizen zu erschaffen (Mitter 2000b, 105).

Auf Landkreisebene hatte die Errichtung der Komitees für öffentliche Ordnung verschiedene Zwecke: Die Komitees boten der lokalen Elite eine Struktur, um einzugreifen und die öffentliche Ordnung erhalten zu können. Das wiederum nahm den Japanern die Last, dies selbst bewältigen zu müssen, und kooptierte die Eliten indirekt, mit den Besatzern zusammenzuarbeiten (2000b, 106). Es mag den Anschein erwecken, dass den chinesischen Mitgliedern der Komitees teilweise sehr viel Entscheidungsfreiheit gewährt wurde, und dass Kollaboration hier als unpassendes Schlagwort erscheint. Doch nachdem die Japaner die Kooperation mit den Komitees quasi gesichert hatten, konnten sie ihren Einfluss wirksam ausbauen, um nun viel explizierter Unterstützung für ihr Regime zu finden – zum Beispiel als sie die Zustimmung der Landkreisverwaltungen benötigten, um die Unabhängigkeit von Nanking (dem politischen Zentrum Chinas) und den separaten Nordosten auszurufen (Mitter 2000b, 106).

Die bourgeois Einwohner und Einwohnerinnen im Nordosten konnten sich anfänglich noch entscheiden, wie sie auf die Besatzung Japans reagieren wollten. Laut Mitter (2000b, 108) flüchtete ein beträchtlicher Anteil nach Peking oder schloss sich dem Widerstand in der Mandschurei an, aber die meisten blieben. Die Verbliebenen, die mit den Japanern kollaborierten, hatten dafür unterschiedliche Motive: Manche dachten, die Japaner boten ihnen eine Chance für einen Neustart der Region, andere stellten fest, dass die Japaner vermutlich für eine längere Zeit bleiben würden und sahen keine andere Möglichkeit, als mit ihnen zusammenzuarbeiten. Fakt ist jedenfalls, dass die Japaner beim Rekrutieren von einheimischen Angehörigen der Machtelite auf Provinz- und Landkreisebene, um Kontrolle über den Nordosten zu behalten, und währenddessen das Gebiet von China loszulösen, höchst erfolgreich waren. Das war auch deshalb möglich, weil sie die Verwaltung in den Provinzen zwar den lokalen Eliten überließen und dadurch Legitimation und Vertrauen gewannen, aber die Kwantung-Armee das neue Regime an der Spitze dominierte.

Nach den Komitees für die Erhaltung der öffentlichen Ordnung, sollte die „Selbstverwaltung“ der Chinesen forciert werden. Mit der wohlklingenden Bezeichnung der Selbstverwaltung planten die Japaner ein weiteres Mittel der Kontrolle zu etablieren. Jeder

Landkreis sollte ein „Richtlinienkomitee der Selbstverwaltung“ und ein „Vorstandskomitee der Selbstverwaltung“ einrichten. Den Letzteren sollte je ein Japaner vorstehen. Zusätzlich wurde eine „Schule für Selbstverwaltungstraining“ errichtet, um die chinesische Elite nach japanischen Vorstellungen anzuweisen (Mitter 2000b, 109f).

Die Japaner kooptierten also lokale Angehörige der Oberschicht, um Kontrolle über die Landkreise zu behalten, eigene Ressourcen zu sparen und die gegebenen Strukturen zu nutzen. Das hielt sie aber nicht davon ab, jegliche Opposition niederzuschlagen. Die lokale Elite hatte wenig Ahnung über die Ideale der Kwantung-Armee, welche die Kollaborateure aktiv als Argument heranzogen, um zu „beweisen“, dass es in Mandschukuo eine authentische Kooperation zwischen Japanern und Einheimischen gab. Trotzdem muss betont werden, dass die Kollaborateure ihr Leben wie vor dem Mukden-Zwischenfall fortsetzen konnten – eine Tatsache, die den Großteil der verbliebenen Elite auch zur Kollaboration veranlasste.

Dieses Unterkapitel hat den Widerstand in China gegen das Vordringen des Kaiserreich Japan dargelegt. Zur Analyse wurden die unterschiedlichen Widerstandsformen der Bewegung des Vierten Mai 1919 in Peking und der Freiwilligenarmeen im Nordosten zwischen 1931 und 1933 herangezogen. Während der Aufstände des vierten Mai, die von Studierenden und Intellektuellen organisiert wurden, und sich zu einer breiten Bewegung über viele Regionen Chinas entwickelten, gelten die Freiwilligenarmeen im Nordosten als militante Form des Widerstands, die in Guerillakriegen gegen die japanischen Truppen kämpften. Das Basismotiv, sich dem Widerstand anzuschließen, konnte mit einem weitverbreiteten Nationalismus in der chinesischen Bevölkerung belegt werden. Ob die Entwicklung des Widerstands zu Beginn des wachsenden japanischen Einflusses am stärksten war, kann schwer beantwortet werden. Jedenfalls hing der Widerstand mit dem Handeln auf japanischer Seite zusammen. Wann immer es einen Schritt in Richtung Expansion oder Beeinflussung Chinas gab, reagierte die chinesische Bevölkerung mit Widerstand. Um diese Frage eindeutig beantworten zu können, bedarf es aber weiterer Forschung. Die dargestellten Ergebnisse rechtfertigen die Aussage, dass die Rebellierenden als Personengruppen sehr breit aufgestellt waren. Was allerdings im Gegensatz zum Widerstand in Korea und Taiwan als auffallend gilt, ist, dass sich in China – entsprechend der Forschung – kaum oder keine

nennenswerte Anzahl von Angehörigen der Oberschicht dem Widerstand anschlossen. Im Gegenteil, sie zählten mithin zu den Kollaborateuren.

## 5. CONCLUSIO

Diese Forschungsarbeit ging von folgender These aus: Je besser die Kolonialiserten von den Kolonialisten behandelt werden, desto weniger Widerstand wird gegen die Fremdbeherrschung geleistet. Diese Annahme kann an dieser Stelle bestätigt werden. In Taiwan, das in relativ sanftem Maße kolonialisiert wurde und wo der han-taiwanesischen Elite viele Anreize geboten wurden, wurde wenig Widerstand gezeigt; insbesondere verglichen mit anderen Gebieten. Hingegen wandte sich die Kolonialmacht in aller Härte gegen die Indigenen, die sich im Gegenzug zahlreich Widerstandsbewegungen anschlossen. Im wesentlich militanter kolonialisierten Korea, wo der Grad der Repression auch höher war und keiner Bevölkerungsgruppe vergleichbare Freiheiten wie in Taiwan geboten wurden, organisierte sich vermehrt Widerstand. Im Nordosten Chinas, welcher in kürzester Zeit attackiert wurde und wo die Mandschurei zu einem Marionettenstaat umgebaut wurde, formierten sich daraufhin bewaffnete Guerillagruppen – die Freiwilligenarmeen.

In allen drei analysierten Gebieten kristallisierte sich Nationalismus und der Wunsch nach Unabhängigkeit als ein wesentliches Motiv heraus, sich dem Widerstand anzuschließen. In Taiwan waren diese Ideale allerdings weniger signifikant verbreitet – in Korea und China umso mehr, da sie anders als Taiwan bereits eine lange Geschichte der Staatlichkeit entwickeln konnten. Unzufriedenheit mit der japanischen Kolonialpolitik und mit der harten politischen Steuerung bis zur Repression konnten ebenso als fundamentale Gründe herausgearbeitet werden. Korea, wie auch der Nordosten Chinas wurden militanter eingenommen, und auch die Kolonialpolitik fiel repressiver aus als in Taiwan. Dies spiegelt sich darin wider, dass in Taiwan weniger Widerstand geleistet wurde – außer von indigenen Gruppen.

Die Hypothese bezüglich der zeitlichen Entwicklung lautete, dass der Widerstand während der beginnenden Phase der Besatzung oder Kolonisation am stärksten ausfällt. In Taiwan war das tatsächlich der Fall, wobei zusätzlich aber noch zwei Aufstände, nämlich 1915 und 1930, stattfanden. Korea wurde schon im 19. Jahrhundert bedrängt, schließlich

wurde bereits schon vor der offiziellen Annexion ab 1907 Widerstand geleistet, der allerdings bis 1910 ausgelöscht wurde. Zusätzlich können in Korea u. a. noch die Jahre 1919 und 1929 angeführt werden, in denen besonders starke Widerstandsbewegungen organisiert wurden. Außerdem stiegen die Inhaftierungen und die Anzahl der Polizeibeamten bis 1945 an.

In China, welches nie gesamtheitlich annektiert wurde, wurde nach 1919 zunehmend in den 1920er und 1930er-Jahren Widerstand geleistet – besonders nach dem Mukden-Zwischenfall im Nordosten. Dass der Widerstand zu Beginn besonders stark ausfällt, kann also nicht in allen Fällen bestätigt werden. Die zeitliche Analyse deutet eher darauf hin, dass sich oftmals Widerstand formierte, um auf repressive Handlungen von Seiten der Japaner zu reagieren.

Die Aufständischen stammen nach der These dieser Arbeit tendenziell aus der Arbeiterschaft und Bauernschaft oder zählen zu den Studierenden. Das hat sich durch die vorgenommenen Literaturanalysen bestätigt. In der Literatur scheinen in allen drei untersuchten Gebieten insbesondere Personen aus der unteren sozialen Schicht als widerständig auf. Zusätzlich konnte für Taiwan eine Analyse aufgestellt werden, in der die ethnische Herkunft mit der sozialen korreliert. Die Indigenen waren jene, die Widerstand zeigten, während die han-taiwanesische Elite mit der Besatzungsmacht kollaborierte. Insbesondere in Korea und China konnten Studierende, bäuerliche Gruppen – und als politische Gruppierung auch Kommunisten und Kommunistinnen – als Aufständische identifiziert werden. Religiöse Anhänger des Widerstands gab es sowohl in Taiwan als auch in Korea. Sowohl in Korea, aber in größerem Maße in China kann Solidarität als zentraler Wert der Rebellierenden genannt werden. Oftmals schlossen sich Bevölkerungsgruppen Widerstandsbewegungen an, die ursprünglich von anderen organisiert wurden. Dies hängt wohl auch mit den grundsätzlichen gemeinsamen Motiven Unabhängigkeit und Nationalismus zusammen.

Auch die bereits in der Einleitung aufgestellte Vermutung, dass die Elite tendenziell zu den Kollaborateuren und weniger zu den Aufständischen zählt, hat sich als zutreffend erwiesen. Allerdings muss das differenziert betrachtet werden. Den elitären Han-Chinesen wurden in Taiwan etliche Anreize geboten, wie u. a. finanzielle Vorteile und die Schaffung von Posten. Um Widerstand möglichst zu vermeiden, wurde den Angehörigen der Oberschicht anfänglich die Möglichkeit geboten, das Land zu verlassen. Damit nahmen die

Kolonialisten den taiwanesischen Widerstandsbewegungen den Großteil ihrer potentiellen Anführer. In Korea konnten Angehörige der Elite im Gegensatz dazu nicht emigrieren. Somit blieben sie und nutzten ihr Wissen, ihre Vernetzungen und ihre Fähigkeiten, um Widerstand zu organisieren. Später wechselten allerdings auch einige Bürgerliche aufgrund eines ideologischen Wandels zur Kollaboration mit der japanischen Kolonialmacht. In China nahmen neben der unkritischen Regierung um Chiang Kai-shek ebenso Zugehörige der heimischen Elite Mandschukuos Platz in den Reihen der japanischen Kollaborateure. Insbesondere in Taiwan und in Mandschukuo argumentierten die Kollaborateure mit der Wichtigkeit, die öffentliche Ordnung und Dienstleistung zu erhalten.

An dieser Stelle sollen eine Reihe von Restriktionen in dieser Diplomarbeit und daraus entstehende zukünftige Forschungsfelder angeführt werden. Geographisch hat sich die Studie auf Taiwan, Korea und China bzw. die Mandschurei als Kolonien fokussiert. Lohnenswert wäre sicherlich eine tief reichende wissenschaftliche Erarbeitung des Widerstands in den besetzten Gebieten rund um den Pazifikkrieg gegen Ende der japanischen Kolonialzeit. Bezüglich der Untersuchung der Rebellierenden als Gruppen blieben folgende Faktoren unberücksichtigt: für Korea und China (v. a. Mandschurei) konnten keine Quellen hinsichtlich der ethnischen Herkunft der Aufständischen (und Kollaborateuren) herangezogen werden – lediglich eine kurze Übersicht der demographischen Verhältnisse der jeweiligen Bevölkerung. Ebenso bleibt zu fragen, welche Rolle der Faktor des Geschlechts einnahm, i. e. wie hoch der Anteil von Frauen im Widerstand war. Diesbezüglich wären zukünftige Forschungen über Teilnehmende des antikolonialen Widerstands wünschenswert, die auf der Theorie der Intersektionalität basieren und Faktoren wie soziale und ethnische Herkunft, Geschlecht, etc. nicht isoliert behandeln. Nichtsdestotrotz kann dennoch gesagt werden, dass die vorliegende Diplomarbeit einen wichtigen Beitrag zum Forschungsbereich des antikolonialen Widerstands in Ostasien während der Zeit des japanischen Kaiserreichs leisten konnte – insbesondere aufgrund des Faktes, dass kritische Forschungen ebenjener Thematik in Japan nach wie vor tabuisiert werden.

## 6. BIBLIOGRAPHIE

- Adas, Michael. 1992. „From Avoidance to Confrontation: Peasant Protest in Precolonial and Colonial Southeast Asia“. In *Colonialism and Culture, Comparative studies in society and history book series*, hrsg. Nicholas Dirks. University of Michigan Press, 89–126.
- Anderson, Benedict. 1983. *Imagined Communities. Reflections on the Spread and Origin of Nationalism*. London: Verso.
- „Anti-Japanese Spirit of Korean Students“. 2019. National Institute of Korean History. [http://contents.history.go.kr/front/kh/view.do?category=english&levelId=kh\\_001\\_0080\\_002\\_0\\_0020](http://contents.history.go.kr/front/kh/view.do?category=english&levelId=kh_001_0080_002_0_0020) (29. April 2019).
- Beasley, William G. 1987. *Japanese imperialism*. Oxford: Clarendon Press.
- Boorstin, Robert O. 1986. „Chinese Protests. Tracing the Roots“. *The New York Times*: 14. <https://nyti.ms/29CPJ1c> (11. Mai 2019).
- „Boxer Rebellion“. 2019. *Encyclopædia Britannica* (11. Mai 2019).
- Breen, Michael. 1998. *The Koreans. Who They Are, What They Want, Where Their Future Lies*. London: Orion Business Book.
- Brunner, Otto, Werner Conze, und Reinhart Koselleck, hrsg. 2004a. *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Band 2. 1. Aufl., Stuttgart: Klett-Cotta.
- , hrsg. 2004b. *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Band 3. 1. Aufl., Stuttgart: Klett-Cotta.
- Buzo, Adrian. 2002. *The making of modern Korea*. London: Routledge.
- Ch'en, Ch'un-Mu. 1979. „Ta-pa-ni shijian Zuozen diqu zaonan caifang ji [Aufzeichnungen von Interviews über das Leiden im Zuozen-Gebiet während des Tapani-Vorfalles]“. *Nanying wenxian* 24: 95–113.
- Chae, Ou-Byung. 2010. „The “Moment of the Boomerang” Never Came: Resistance and Collaboration in Colonial Korea, 1919–1945“. *Journal of Historical Sociology* 23(3): 398–426.
- Chen, Ching-Chih. 1988. „The Impact of Japanese Colonial Rule on Taiwanese Elites“. *Journal of Asian History* 22(1): 25–51.
- Chen, Edward I-Te. 1968. „Japanese Colonialism in Korea and Formosa. A comparison of its effects upon the development of nationalism“. University of Pennsylvania.
- . 1970. „Japanese colonization in Korea and Formosa. A comparison of the systems of political control“. *Harvard Journal of Asiatic Studies* 34: 391–416.
- . 1972. „Formosan Political Movements Under Japanese Colonial Rule, 1914–1937“. *The Journal of Asian Studies* 31(3): 477–97.
- Cheung, Han. 2017. „Taiwan in Time: Magic amulets, tax breaks and a messiah“. *Taipei Times*: 8–9.
- Ching, Leo. 2001. *Becoming „Japanese“. Colonial Taiwan and the Politics of Identity Formation*. Berkeley, CA: University of California Press.
- Chonglü, Wang, und Liu Sheng, hrsg. 1991. „Liaozhong xian zhengfu wei baogao shibian hou weichi zhi'an qingxing zhi weichihui daidian [Liaozhong Bezirksverwaltung öffentliche Ordnung Komitee Bericht der Aufrechterhaltung nach dem Zwischenfall, 9. Oktober 1932]“. In *Jiu-yi-ba shibian dang'an shiliao jingbian [Wesentliche historische Quellen des Archives des Zwischenfalls vom 18. September]*, Shenyang: Liaoning Renmin Chunbanshe.
- „Chosŏn dynasty“. 2018. *Encyclopædia Britannica* (10. September 2018).
- Chou, Wan-Yao. 1996. „The Kominka movement in Taiwan and Korea: comparisons and

- interpretations“. In *The Japanese Wartime Empire: 1931-1945*, hrsg. Peter Duus, Ramon Myers, und Mark Peattie. Princeton, NJ: Princeton UP.
- Chou, Whei-ming. 1989. *Taiwan unter japanischer Herrschaft 1895-1945*. Bochum: Brockmeyer.
- Chu, Yun-Han, und Jih-Wen Lin. 2001. „Political Development in 20th-Century Taiwan: State-Building, Regime Transformation and the Construction of National Identity“. *The China Quarterly* 165(3): 102–29.
- Chung, Chin Sung. 1995. „Korean women drafted for military sexual slavery by Japan“. In *True Stories of the Korean Comfort Women*, hrsg. Keith Howard. London: Cassell.
- „Colonus“. 2019. Langenscheidt. <https://de.langenscheidt.com/latein-deutsch/colonus> (23. Jänner 2019).
- Coogan, Anothony. 1993. „The Volunteer Armies of Northeast China“. *History Today* 43(7): 36–41.
- Coox, Alvin. 1989. „The Kwantung Army Dimension“. In *The Japanese Informal Empire in China, 1895-1937*, Princeton, NJ: Princeton UP.
- Copper, John C. 2019. „Taiwan“. *Encyclopædia Britannica* (13. März 2019).
- Cummings, Bruce. 2005. *Korea's Place in the Sun. A Modern History*. New York; London: W.W. Norton.
- Deutsch, Karl W. 1953. *Nationalism and Social Communication*. New York: Free Press.
- Do, Je-hae. 2009. „Provisional Legislative Council in Shanghai Launched Korea's Parliamentary Democracy“. *The Korea Times*.
- Dong, Wonmo. 1965. „Japanese Colonial Policy and Practice in Korea. 1905-1945. A Study in Assimilation“. Washington, DC: Georgetown University.
- Eckert, Carter. 1991. *Offspring of Empire. The Koch'ang Kims and the Colonial origins of Korean Capitalism*. Seattle, WA: Georgetown University.
- „Freiheit“. 2019. Brockhaus Enzyklopädie Online. (2. April 2019).
- Frühstück, Sabine. 1999. „Japan vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg“. In *Ostasien. Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhunderts*, hrsg. Sepp Linhart und Erich Pilz. Wien: Verein für Geschichte und Sozialkunde, 89–107.
- Fujii, Shozo. 2006. „The formation of Taiwanese identity and the cultural policy of various outside regimes“. In *Taiwan Under Japanese Colonial Rule 1895–1945: History, Culture, Memory*, hrsg. Ping-Hui Liao und David Der-Wei Wang. New York: Columbia UP.
- Fulda, Andreas Martin. 2002. „Reevaluating the Taiwanese Democracy Movement: A Comparative Analysis of Opposition Organizations under Japanese and KMT Rule“. *Critical Asian Studies* 34(3): 357–94.
- Gellner, Ernest. 1983. *Nations and Nationalism*. Ithaca, NY: Cornell UP.
- „Gewalt“. 2019. Brockhaus Enzyklopädie Online (27. März 2019).
- Greenfeld, Liah. 1992. *Nationalism: Five Roads to Modernity*. Harvard UP.
- Halliday, Jon. 1975. *A political history of Japanese capitalism*. New York, NY: Pantheon Books.
- Hechter, Michael. 2000. *Containing nationalism*. Oxford: Oxford UP.
- Hechter, Michael, Ioana Emy Matesan, und Chris Hale. 2009. „Resistance to alien rule in Taiwan and Korea †“. *Nations and Nationalism* 15(1): 36–59.
- Henderson, Gregory. 1968. *Korea. The politics of the vortex*. Cambridge, MA: Harvard UP.
- Hobsbawm, Eric. 1992. *Nations and nationalism since 1780. Programme, myth, reality*. 6. Aufl. Cambridge: Cambridge UP.
- Hobson, John Atkinson. 1972. „Imperialism: a study“. In *Economic Imperialism*, hrsg. Kenneth Boulding und Tridibesh Mukherjee. Michigan.
- Hoffmann-Lange, Ursula. 1992. *Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik*. Opladen: Leske + Budrich.

- Hoppel, Lisa. 2019. „Panafrikanistische Momente nationaler Unabhängigkeitsbewegungen. Zum Spannungsverhältnis von Nationalismus und Internationalismus“. Universität Wien.
- Huang, Shao-Heng. 1996. „Cong dui tangye zhi touzi kan Ri-E zhanzheng qianhou Taiwan ren ziben de Dongxiang [Die Bewegungen des taiwanesischen Kapitals. Investments in die Zucker-Industrie vor und nach dem Japanisch-Russischen Krieg]“. *Taiwan: A Radical Quarterly in Social Sciences* 23(3): 83–146.
- Imbusch, Peter. 2002. „Der Gewaltbegriff“. In *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*, hrsg. Wilhelm Heitmeyer und John Hagan. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 26–57.
- Iriye, Akira. 2015. „The failure of military expansionism“. In *The Dilemmas of Growth in Prewar Japan*, Princeton University Press, 107–38.
- Jacobs, J. Bruce. 2014. „Taiwan’s Colonial Experiences and the Development of Ethnic Identities. Some Hypotheses“. *Taiwan in Comparative Perspective* 5: 47–59.
- Jansen, Marius B. 1984. „Japanese imperialism: late Meiji perspectives“. In *The Japanese Colonial Empire, 1895-1945*, hrsg. Ramon Hawley Myers und Mark R. Peattie. , 61–79.
- Jarman, Robert, hrsg. 1997. *7 Taiwan. Political and Economic Reports. 1861-1960 Annual Report on the Island of Formosa*. Slough.
- Kang, Man-Gil. 2005. *A History of Contemporary Korea*. Kent: Global Oriental.
- Katz, Paul R. 2005. „Governmentality and Its Consequences in Colonial Taiwan: A Case Study of the Ta-pa-ni Incident of 1915“. *The Journal of Asian Studies* 64(2): 387–424.
- Kerr, George. 1974. *Formosa: licensed revolution and the home rule movement: 1895-1945*. Honolulu: UP of Hawaii.
- Kim, Djun Kil. 2005. *The History of Korea*. Westport, CT: Greenwood Press.
- Kleeman, Faye Yuan. 2003. *Under an imperial sun. Japanese colonial literature of Taiwan and the South*.
- Kley, Andreas. 2013. „Souveränität“. *Historisches Lexikon der Schweiz*.
- Kohn, Margaret, und Kavita Reddy. 2017. „Colonialism“. *The Stanford Encyclopedia of Philosophy*. <https://plato.stanford.edu/archives/fall2017/entries/colonialism/> (2. Februar 2019).
- „Kolonialismus“. 2019. *Brockhaus Enzyklopädie Online* (2. Februar 2019).
- Ku, Dae-Yeol. 1985. *Korea under colonialism*. Seoul: Seoul Computer Press.
- Kucha, Glenn, und Jennifer Llewellyn. 2015. „The May Fourth Movement“. *Alpha History*. <https://alphahistory.com/chineserevolution/may-fourth-movement/> (19. Mai 2019).
- Lamley, Harry. 1970. „The 1895 Taiwan war of resistance: local Chinese efforts against a foreign power“. In *Taiwan. Studies in Chinese Local History*, hrsg. Murray Rubenstein. Armonk, NY: Sharpe.
- . 2007. „Taiwan under Japanese rule, 1895-1945: the vicissitudes of colonialism“. In *Taiwan: A New History*, hrsg. Murray Rubenstein. New York: Sharpe.
- Lee, Chong-Sik. 1963. *The Politics of Korean Nationalism*. Berkeley, CA: University of California Press.
- Lenin, Wladimir Iljitsch. 1960. „Der Imperialismus als höchste Stufe des Kapitalismus“. In *Wladimir Iljitsch Lenin: Werke.*, hrsg. Institut für Marxismus-Leninismus. Berlin, 189–309.
- Lichtheim, George. 1971. *Imperialism*.
- Lin, Man-Houng. 1996. „Youguan riju shiqi Taiwan jingjishi de sizhong wujie [Vier Missverständnisse der Wirtschaftsgeschichte von Taiwan unter japanischer Kolonialherrschaft]“. *Taiwan: A Radical Quarterly in Social Sciences* 23(3): 147–57.
- . 1997. „Cha, tang, zhangnao ye yu Taiwan zhi shehui jingji bianqian (1860-1895) [Die Tee-, Zucker- und Kampferindustrie und der sozioökonomische Wandel in Taiwan (1860-1895)]“. *Taiwan: A Radical Quarterly in Social Sciences* 23: 147–57.

- Linhart, Sepp. 2007. „Ostasiens Bedeutung für die Welt des 20. Jahrhunderts“. In *Ostasien im 20. Jahrhundert*, Wien: Promedia.
- Lo, Ming-cheng M., und Jennifer Robertson. 2002. *Doctors Within Borders: Profession, Ethnicity, and Modernity in Colonial Taiwan*. Berkeley und Los Angeles: University of California Press.
- Lone, Stewart, und Gavan McCormack. 1993. *Korea. Since 1850*. New York: Longman Cheshire.
- Luxemburg, Rosa. 2012. *Die Akkumulation des Kapitals*. Jazzybee Verlag.
- „Manchu“. 2019. *Encyclopædia Britannica* (19. Mai 2019).
- „Manchuria“. 2019. *Encyclopædia Britannica* (19. Mai 2019).
- „March First Movement“. 2019. *Encyclopædia Britannica* (18. April 2019).
- „May Fourth Movement“. 2019. *Encyclopædia Britannica* (19. Mai 2019).
- „May Thirtieth Incident“. 2014. *Encyclopædia Britannica* (17. April 2019).
- Mayo, Marlene. 1970. *The emergence of imperial Japan*. hrsg. Marlene Mayo. Lexington, MA: Heath.
- Mcnamara, Dennis. 1989. „The Keisho and the Korean business elite“. *The Journal of Asian Studies* 48(2): 310–23.
- Mcnamara, Dennis L. 1986. „Comparative Colonial Response: Korea and Taiwan“. *Korean Studies* 10(1): 54–68.
- „Meiji“. 2018. *Encyclopædia Britannica* (10. August 2018).
- Mense, Thorsten. 2016a. „Antikoloniale Unabhängigkeitskämpfe in Lateinamerika“. In *Kritik des Nationalismus*, Stuttgart: Schmetterling Verlag, 115–20.
- . 2016b. *Kritik des Nationalismus*. Stuttgart: Schmetterling Verlag.
- Mitter, Rana. 2000a. „Selling Salvation. The Campaign of the National Salvation Society, 1931–1933“. In *The Manchurian Myth. Nationalism, Resistance and Collaboration in modern China*, Berkeley, CA: University of California Press, 130–56.
- . 2000b. *The Manchurian myth. Nationalism, resistance and collaboration in modern China*. Berkeley, CA: University of California Press.
- Myers, Ramon, und Saburo Yamada. 1984. „Agricultural development in the empire“. In *The Japanese Colonial Empire, 1895–1945*, hrsg. Ramon Myers und Mark Peattie. Princeton, NJ: Princeton UP.
- Neff, Robert. 2010. „Provisional Government in Shanghai Resisted Colonial Rule“. *The Korea Times*.
- Nolte, Hans-Heinrich. 2017. *Kurze Geschichte der Imperien*. Wien: Böhlau Verlag.
- Ogata, Sadako N. 1964. *Defiance in Manchuria. The Making of Japanese Foreign Policy, 1931–1932*. Berkeley und Los Angeles: University of California Press.
- Oh, Bonnie. 2001. „The Japanese imperial system and Korean ‚comfort women‘ of World War II“. In *Legacies of the Comfort Women of World War II*, hrsg. Margaret Stetz und Bonnie Oh. Armonk, NY: Sharpe.
- „Ōkuma Shigenobu“. 2018. *Encyclopædia Britannica* (12. August 2019).
- Öner, Özgür. 2002. *Nation, Nationalismus und Globalisierung*. Köln: Papyrossa.
- Osterhammel, Jürgen, und Jan Jansen. 2012. *Kolonialismus*. 7. München: Beck.
- Pang, Gi-Jung. 1996. „1920/30 nyondae Choson mulsan jangryohoe yonku [Eine Studie der koreanischen Bewegung für industrielle Produktion in den 1920ern/30ern]“. *Kuksakwan nonchong* 67: 95–144.
- Peattie, Mark R. 2005. „The Japanese colonial empire, 1895–1945“. In *The Cambridge history of Japan*, hrsg. Peter Duus. Cambridge: Cambridge UP, 217–70.
- Pelizaes, Ludolf. 2008. *Der Kolonialismus*. Wiesbaden: Marix.
- Poulantzas, Nicos. 1977. *Die Krise der Diktaturen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Rhee, Syngman. 2001. *No The Spirit of Independence. A Primer of Korean Modernization and Reform*. Honolulu: University of Hawaii Press.
- Robinson, Michael. 1988. *Cultural Nationalism in Colonial Korea, 1920-1925*. Seattle, WA: University of Washington Press.
- . 2007. *Korea's Twentieth-Century Odyssey*. Honolulu: University of Hawaii Press.
- Rothermund, Dietmar. 2006. *The Routledge companion to decolonization*. 1. publ.. New York: Routledge.
- Roy, Denny. 2003. *Taiwan: A political history*. Ithaca, NY: Cornell UP.
- Schmid, Andre. 2002. *Korea Between Empires*. New York: Columbia UP.
- Schumpeter, Elizabeth Boody. 2000. *The Industrialization of Japan and Manchukuo. 1930–1940*. o. O.: Routledge.
- Schwentker, Wolfgang. 1999. „Die ‚lange Restauration‘. Japans Übergang vom Shōgunat zur Meiji-Ära“. In *Ostasien. Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert*, hrsg. Sepp Linhart und Erich Pilz. Wien: Promedia.
- Shin, Gi-Wook. 2006. *Ethnic Nationalism in Korea. Genealogy, Politics, and Legacy*. Stanford, CA: Stanford UP.
- Simons, Geoff. 1995. *Korea. The Search for Sovereignty*. Basingstoke: Macmillan Press.
- Smith, Anthony D. 1991. *National Identity*. Reno, NV: University of Nevada Press.
- . 1995. *Nations and Nationalism in a Global Era*. Cambridge: Polity Press.
- „Souveränität“. 2019. *Brockhaus Enzyklopädie Online* (10. März 2019).
- „Soviet Union“. 2018. *Encyclopædia Britannica* (18. November 2018).
- T'u, Shung-Ts'ung. 1999. „Zoufang Nanying kangri cimiao [Ein Besuch bei den Schreinen und Tempeln des antijapanischen Widerstands in Tainan]“. *Nanying wenxian* 43: 34–59.
- Ta-hsüeh, Cheng, Wang Shih-lang, und Wu Chia-Hsien, hrsg. „Yu Qingfang kangri geming an quandang [Komplettes Archiv der antijapanischen Revolution (angeführt von) Yu Qingfang]“. In *Nantou: Taiwan sheng wenxian weiyuanhui*.
- Tauber, Irene. 1961. „Population Growth in a Chinese Microcosm: Taiwan“. *Population Index* 27(2): 101–26.
- Takekoshi, Yosaburo. 1907. *Japanese Rule in Formosa*. New York: Longmans, Green and Co.
- Tanin, O., und E. Yohan. 1936. *Japan rüstet zum grossen Krieg*. Paris: Ed. du Carrefour.
- The Republic of China Yearbook 2014*. 2014. Taipei.  
[http://www.ey.gov.tw/Upload/UserFiles/YB 2014 all 100dpi.pdf](http://www.ey.gov.tw/Upload/UserFiles/YB%202014%20all%20100dpi.pdf) (22 November 2018).
- „Tokugawa period“. 2018. *Encyclopædia Britannica* (18. August 2018).
- Trewartha, Glenn, und Wilbur Zelinsky. 1955. „Population distribution and change in Korea. 1925-1949“. *Geographical Review* 45(1): 1–26.
- Tse, John Kwock-Ping. 2000. „Language and a Rising New Identity in Taiwan“. *International Journal of the Sociology of Language* 143(1): 151–64.
- „Vierte-Mai-Bewegung“. 2019. *Brockhaus Enzyklopädie Online* (13. Mai 2019).
- Wakabayashi, Masahiro. 1983. *Taiwan kōni undōshi [Geschichte der antijapanischen Bewegung in Taiwan]*. Tokio: Yamamoto shoten.
- Wang, Hsiao-po. 1997. *Taiwan kangri wushi nian [50 Jahre antijapanischer Widerstand in Taiwan]*. Zhonghe: Zhengzhong shuju.
- Wang, Lianjie, und Yi Tan. 2010. „Research on Early Korean Independence Movement and the Patriotic Movement against Japan in Northeast China“. *Asian Social Science* 6(3): 30–33.
- Wasserstrom, Jeffrey N. 2005. „Chinese Students and Anti-Japanese Protests, Past and Present“. *World Policy Journal* 22(2): 59–65.
- Weber, Max. 1960. *Soziologische Grundbegriffe*. Tübingen.
- . 1972. *Wirtschaft und Gesellschaft. Jubiläumsa.* Frankfurt (Main): Uni-print.
- . 1994. „Domination and stratification“. In *Sociological Writings*, hrsg. Wolf Heydebrand.

- New York: Continuum.
- Wehler, Hans-Ulrich. 1979. „Vorüberlegungen zur historischen Analyse sozialer Ungleichheit“. In *Klassen in der europäischen Sozialgeschichte*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 9–32.
- Wen, Fu-Chu. 1999. *Huishou Ta-pa-ni* [Rückblickend auf Tapani]. Yujing: Yuijing xianggongsuo.
- Wendt, Reinhard. 2016. *Vom Kolonialismus zur Globalisierung. 2., aktual.* Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- „Widerstand“. 2019. Brockhaus Enzyklopädie Online (15. März 2019)
- Wilson, Sandra. 2005. „Bridging the Gaps: New Views of Japanese Colonialism, 1931-1945“. *Japanese Studies* 25(3): 287–99.
- Wilson, Sandra, und Robert Cribb. 2017. „Japan’s colonial empire“. In *Routledge Handbook of Modern Japanese History*, Routledge handbooks, hrsg. Sven Saaler und Szpilman Christopher. London New York: Routledge, Taylor & Francis Group, 77–91.
- Wu, Rwei-Ren. 2003. „The Formosan Ideology. Oriental Colonialism and the Rise of Taiwanese Nationalism, 1895-1945“. University of Illinois.
- Yang, Pi-ch’uan. 1996. *Riju shidai Taiwan ren fangkang shi* [Geschichte von 50 Jahren taiwanesischen Widerstands während der japanischen Besetzung]. Panchiao: Daoxiang chubanshe.
- „Yangban“. 2019. Encyclopædia Britannica (10. Mai 2019).
- Zöch, Irene. 2019. „Mary Lynn Bracht: Die stille Hölle der ‚Trostrfrauen‘“. Die Presse. [https://diepresse.com/home/kultur/literatur/5573239/Mary-Lynn-Bracht\\_Die-stille-Hoelle-der-Trostrfrauen](https://diepresse.com/home/kultur/literatur/5573239/Mary-Lynn-Bracht_Die-stille-Hoelle-der-Trostrfrauen) (5. Mai 2019).
- Zöllner, Reinhard. 2006. *Geschichte Japans. Von 1800 bis zur Gegenwart*. Paderborn: Ferdinand Schöningh.

## 7. ANHANG

### 7.1. ABSTRACT DEUTSCH

Obwohl Fremdherrschaft im Allgemeinen als illegitim erachtet wird, variiert nationalistischer Widerstand dagegen über Zeit und Raum. Der Fokus dieser Diplomarbeit liegt auf der Untersuchung von antikolonialem Widerstand in den von Japan besetzten Gebieten in Taiwan, Korea und Teilen Chinas während der japanischen Kolonialzeit von 1895–1945. Bis heute erzeugen Forschungen rundum antijapanischem Widerstand während der Kolonialperiode Kontroversen zwischen Wissenschaftler\_innen und Politiker\_innen aus sehr unterschiedlichen ideologischen und geschichtswissenschaftlichen Perspektiven. Die vorliegende Studie hat vier Hauptzwecke: (1) die Gründe der Aufständischen zu erforschen, die zum Widerstand führten, welche insbesondere Nationalismus als inneres Motiv und repressive Kolonialpolitik als äußeres Motiv beinhalten; (2) die soziale und teils auch ethnische Herkunft der Aufständischen und Kollaborateure zu ermitteln und darzulegen, warum Angehörige der Unterschicht und der Indigenen mehr Gründe hatten sich dem Widerstand anzuschließen als kollaborierende Eliten; (3) zu veranschaulichen, dass je bessere Möglichkeiten den (indigenen) Eliten geboten wurden, desto weniger Widerstand geleistet wurde; und, dass je gerechter die Herrschaft war, desto weniger Widerstand gezeigt wurde; (4) zu untersuchen, ob und aus welchen Gründen nationalistischer Widerstand in Phasen früher Besetzung und in Zeiten von repressiver Herrschaft höher war.

### 7.2. ABSTRACT ENGLISH

Although alien rule is broadly assumed to be illegitimate, nationalist resistance to it differs across time and space. The aim of this thesis is to examine anticolonial resistance in regions occupied by Japan including Taiwan, Korea and parts of China during the colonial period from 1895 to 1945. Attempts to address events regarding anti-Japanese resistance within the colonial period repeatedly spark controversies between politicians and researchers with vastly differentiating ideological and historical viewpoints. This study has four major

purposes: (1) to explore reasons for initiating anticolonial resistance, which particularly include nationalism as an internal motive and repression by the colonial ruler as an external motive; (2) to determine the insurgents' and collaborators' social and ethnic background, and why members of lower classes and indigenous people had more reasons to resist in contrast to collaborating elites; (3) to demonstrate that the greater the opportunities given to the (native) elites, the weaker the resistance was; and the more righteous the governance, the weaker the resistance to alien rule was; (4) to investigate why there was greater nationalist resistance in earliest phases and in times of oppressive governance.